Montag, 4. November 1985 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 - Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 257 - 45.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8.75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU



Die Schulen sind – statistisch – auf dem Weg zum pädagogischen Paradies: Als Folge der Lehrereinstellungen und des Schülerrückgangs werden die Klassen kleiner, können Lehrer Schüler intensiver betreuen. Zwei Einschränkungen: Es gibt große Unterschiede zwischen den Bundesländern, und die Statistik gibt keine Auskunft darüber, daß weiterhin Unterricht ausfällt.

POLITIK

Einigung: Lufthansa und ÖTV haben sich in ihrem Tarifkonflikt vorläufig geeinigt. Die Beschäftigten des Unternehmens erhalten für 1984 eine Gewinnbeteiligung, die sich aus einem Sockelbetrag von 825 Mark und einem variablen Anteil zusammensetzt. Für Schichtarbeiter wurde die Vorruhestandsregelung verbessert.

Agenten: In der Hafenstadt Auckland (Neuseeland) beginnt heute die Voruntersuchung gegen die französischen Agenten Mafart und Prieur. Sie sollen den Anschlag gegen die „Rainbow Warrior" verübt haben.

Iswestija: Ein für gestern vorgesehenes Interview der sowjetischen Regierungszeitung mit US-Präsident Ronald Reagan ist nicht erschienen. Die Moskauer US-Botschaft erklärte, die Veröffentlichung werde jetzt für Montag erwartet.

Kharg: Die irakische Luftwaffe bombadierte zum 34. Mal die iranische Ölverladestation, teilte Bagdad mit.

Umbesetzung: Als Beweis für die Macht von KPdSU-Chef Gorbatschow werden weitere Umbesetzungen im Führungsapparat des Staates gewertet. Zum Vize-Ministerpräsidenten wurde der 1. Sekretär des Parteikomitees für Landwirtschaftsfragen für Stawropol, Murachowskij, ernannt (S. 8).

Auslieferung: Die USA wollen den Naziverbrecher Demianiouk, der für den Tod von 900 000 Juden in den Lagern Treblinka und Sobibor verantwortlich gemacht wird, in einem Monat an Israel ausliefern, meldet die israelische Zeitung „Haaretz".

Ausländer: Für ein Beibehalten des Anwerbestopps ausländischer Arbeitnehmer und eine nachdrücklichere Bekämpfung illegaler Einreisen sprach sich die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Funcke, aus.

Wahlen: Mit einer Rekordbeteiligung wurde bei den ersten freien Wahlen seit 1970 in Guatemala gerechnet.

WIRTSCHAFT

Hilfe: Chile unterzeichnete mit internationalen Geldinstituten und der Weltbank eine Vereinbarung über neue Kredite von mehr als einer Milliarde Dollar. Gleichzeitig wurden die kurzfristigen Kreditmöglichkeiten von 1,7 Milliarden Dollar bis 1987 verlängert.

„Spaghettikrieg": Italien hat bei der EG-Kommission beantragt, die Subventionen auf Teigwaren wieder in voller Höhe zu gewähren, um die Wirkung der amerikanischen Zollmaßnahmen abzuschwächen (S. 9).

Zinnmarkt: Unter den Mitgliedsländern des internationalen Zinnrats wächst die Bereitschaft, den Zinnhandel wieder in geordnete Bahne zu lenken. Eine Krisensitzung ist auf übermorgen vorverlegt worden (S. 9).

KULTUR

Neueröffnung: Die „Amleth"-Aufführung, mit der das Königlich-Dänische Theater nach zweijähriger Renovierung jetzt in Kopenhagen wiedereröffnet wurde, brachte einen verstohlenen Ansatz von Nationalballett auf die Bühne (S. 17).

Wohnen: Auf 60 Quadratmeter Grundfläche setzte der Hamburger Architekt Friedhelm Grundmann ein Wohnhaus für eine vierköpfige Familie, das auf fünf Wohnebenen nicht nur funktional, sondern auch optisch interessant ist (S. 17).

SPORT

Motorsport: Der Finne Keke Rosberg gewann auf Williams-Honda den letzten Lauf der Formel-1-Weltmeisterschaft im australischen Adelaide vor dem Franzosen Jacques Laffite. Alain Prost (Frankreich) stand bereits als Weltmeister fest (S. 14).

Fußball: Das Erste Deutsche Fernsehen überträgt morgen von 12.55 Uhr an live das Rückspiel im Europapokal der Pokalsieger zwischen Galatasaray Istanbul und Bayer Uerdingen. Von 23.00 bis 23.15 Uhr sendet die ARD eine Zusammenfassung.

AUS ALLER WELT

Verkehr: Die örtlichen Behörden sollen die Möglichkeit bekommen, zum Schutz der Natur Verkehrsbeschränkungen anzuordnen, kündigte das Verkehrsministerium an. So sollen bei Krötenwanderungen Straßen zeitweilig gesperrt werden können.

Benzin: Chinesische Forscher entwickelten unter Beimischung von Wasser einen Treibstoff, dessen Abgase unschädlicher sein sollen als bei Normalbenzin.

Wetter: Weitgehend trocken. 5 bis 10 Grad. Frühnebel.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Reagans Botschafter: Deutsche haben Selbstzweifel überwunden

WELT-Interview mit Richard Burt / „SDI-Abkommen für beide nützlich"

DW. Bonn

Für ein Rahmenabkommen zwischen Bonn und Washington über das amerikanische Raketenabwehrsystem SDI hat sich der Botschafter der USA in der Bundesrepublik Deutschland, Richard Burt, eingesetzt. In einem Interview der WELT sagte er: „Wir wollen, daß eine wie immer geartete deutsche Beteiligung am SDI-Programm für beide Seiten von Nutzen ist." Burt äußerte sich sehr positiv über seine bisherigen Eindrücke in der Bundesrepublik. Sie sei „sehr viel dynamischer, widerstandsfähiger und stabiler", als er sich das bei seiner Arbeit im Washingtoner Außenministerium habe vorstellen können. Das Gespräch führte Rüdiger Moniac.

WELT: Erst vor kurzem, am 13. September, sind Sie bei Bundespräsident Richard von Weizsäcker zur Übergabe Ihres Beglaubigungsschreibens als Botschafter gewesen. Trotzdem schon jetzt die Frage: Was ist Ihr stärkster Eindruck von Deutschland?

Burt: Mein größter Eindruck ist, daß dieses Land sehr viel dynamischer, widerstandsfähiger und stabiler ist, als ich mir das bei meiner Arbeit in Washington habe vorstellen können. Ich habe in Deutschland viel mehr Selbstvertrauen vorgefunden, als ich erwartet hatte. Hierzulande gibt es ein sehr starkes Interesse an neuen Technologien. Das zeigt sich an dem deutschen Professor, der den Nobelpreis für Physik gewonnen hat, aber auch an der deutschen Teilnahme an der Weltraummission D 1. Selbst in den Teilen der Bundesrepublik mit hoher Arbeitslosigkeit ist das Bestreben unverkennbar, die Strukturprobleme schnell zu überwinden. Diese Atmosphäre des Optimismus und der Bereitschaft zur technologischen Erneuerung ist in Berlin zu spüren.

Ich gehe sogar so weit zu sagen: Deutschland hat die Selbstzweifel der siebziger Jahre und die Unruhe bis hin zur Zerreißprobe um die Nachrüstung überstanden und ist auf dem Weg zu einem neuen Konsensus. Man hört nichts mehr über Neutralismus. Kein führender Politiker der großen Parteien möchte, daß die Rolle der Bundesrepublik in der Atlantischen Allianz überdacht werden müßte. Alle SPD-Politiker zum Beispiel, die ich inzwischen gesprochen habe, betonten die Bedeutung der Bindungen mit den USA und die deutsche Aufgabe in der NATO.

WELT: Und nun Ihr Handikap, Herr Botschafter?

Burt: Wahrscheinlich ist mein größtes Handikap, daß die Leute denken, ich sei zu jung. Mein Vorgänger Arthur Burns war nicht nur schrecklich erfahren. Er wurde auch als ein bemerkenswerter Staatsmann gesehen und anerkannt. Ich denke, ich werde als Jüngerer betrachtet, der eben diese Erfahrung noch nicht hat. Deshalb muß ich mich sehr anstrengen, um meine Glaubwürdigkeit zu beweisen. Dieses Urteil über mich haben besonders Leute, die mich nicht kennen. Mit denen, mit denen ich ständig zu tun habe, auch in der Regierung in Bonn, habe ich diese Probleme nicht.

WELT: So stehen Sie wohl mit den Vorsitzenden der Bonner Parteien in gutem Kontakt. Gilt das auch für die SPD? Bei der Vorbereitung des Besuchs von Reagan in Bonn gab es ja Irritationen, weil der SPD-Vorsitzende keine Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch mit dem Präsidenten bekam.

Burt: Ich denke, diese Irritationen sind beseitigt. Berichte, ich hätte das Treffen Brandts mit Reagan verhindert, beruhten auf mangelhafter Information. In meinen Geprächen mit

● Fortsetzung Seite 4

DER KOMMENTAR

Anlaß zur Freude

DIETER THIERBACH

Für Deutschlands Meisterstück, das Raumlabor „Spacelab", hat die zweite Halbzeit begonnen. Paßgenau in der Bucht des US-Raumtransporters verankert, segeln die Laboranten am Himmel auf Erfolgskurs. Hinter der lapidaren Meldung „Wir haben jetzt den Routinebetrieb aufgenommen" verbirgt sich die Logistik eines gedrängten Fahrplanes, nach dem in minutiöser Abfolge Phänomene erforscht und aufgeklärt werden.

Mit „D-1" schafft sich Europa den Einstieg in die wissenschaftliche und technische Nutzung all jener Möglichkeiten, die der Arbeitsplatz „Weltraum" zu bieten hat. Die ehrgeizigen deutschen Pläne, in der bemannten Raumfahrt endgültig die Rolle des Zuschauers aufzugeben, finden allerdings nicht überall Beifall. Kritiker stufen die Pionierarbeit in Sachen Weltraumtechnik als überflüssig ein. Wer so denkt, ignoriert, daß nur die Vorreiter auf dem Feld zukünftiger Technologien erfolgreich sein werden. Die „D-1" Investitionen von mehr als 400 Millionen sind gut angelegt, die Deutschen damit an der Spitze des Fortschritts. In der Endrechnung kommen diese Investitionen allemal billiger als eine teure Nachlösekarte.

Die Forschung in 324 Kilometer Höhe ist eine wahre Fundgrube für Wissenschaftler und Techniker. Ob Linsensprößlinge oder Gartenkresse, Legierungen nach Wunsch oder Klärungen komplizierter Gehirnfunktionen: Neue Maßstäbe werden gesetzt. Ob die „D-1"-Ergebnisse umgehend die Initialzündung für einen Technologieschub darstellen, wird sich zeigen müssen.

Nicht minder glanzvoll hat das Bodenpersonal am Ende der elektronischen Nabelschnur die Herausforderung bestanden. Die in Oberpfaffenhofen versammelten Experten zeigen mit der Gelassenheit von Routiniers, daß nicht nur Russen und Amerikaner fähig sind, ein Projekt derartiger Tragweite zu bewältigen. Mit „D-1" haben die Deutschen Anschluß gefunden an den exklusiven Kreis der Mitglieder im „Club der Schwerelosigkeit".

Proteste gegen Bothas Pressepolitik

Keine Foto- und Fernsehaufnahmen von Unruheherden / Britische Regierung warnt

DW. Johannesburg

Die südafrikanische Regierung hat die Berichterstattung von Fernseh-, Funk- und Bildjournalisten aus den unter Ausnahmerecht stehenden 38 Unruhegebieten des Landes stark eingeschränkt. Die Anordnung beruht nach Regierungsangaben auf der Bestimmung, wonach die Polizei „Kontrolle über alle Bewegungen in den Notstandsgebieten ausüben kann". Die Maßnahme hatte sich bereits Mitte vergangener Woche angedeutet, als Präsident Pieter Botha ausländischen Korrespondenten eine unfaire Berichterstattung vorwarf und Meldungen in Lokalzeitungen zitierte, wonach Journalisten schwarzen Jugendlichen für die Anzettelung von Unruhen Geld gegeben haben sollen. Der Verband der Auslandskorrespondenten in Südafrika und die britische Regierung protestierten sogleich gegen die Zensur.

Dem seit Samstag gültigen Erlaß zufolge dürfen in den 38 Bezirken Bild- und Tonaufnahmen nur noch gemacht werden, solange dort Ruhe herrscht. Beim Ausbruch von Unruhen müssen die Journalisten das Gebiet verlassen, es sei denn, die Polizei gestattet ihnen den Aufenthalt. Zeitungsjournalisten dürfen berichten, können von der Polizei aber ebenfalls zum Verlassen der Unruhegebiete gezwungen werden. Zuwiderhandlungen können mit Geldstrafen und mit zehn Jahren Haft geahndet werden.

Der Verband der Auslandskorrespondenten wandte sich entschieden gegen die Beschränkungen. Die südafrikanische Regierung versuche offensichtlich zu verhindern, „daß der gesellschaftliche Konflikt Südafrikas der Außenwelt bekannt wird". Es sei absurd, eine kleine Gruppe von Journalisten für einen tiefgreifenden politischen Konflikt verantwortlich zu machen, der schon mehr als ein Jahr andauere. In Südafrika sind 172 Auslandskorrespondenten und 268 Südafrikaner akkreditiert, die für ausländische Medien arbeiten.

Auch das britische Außenministerium verurteilte am Samstag die Zensurmaßnahmen. Der Gesandte der südafrikanischen Botschaft in London, Leon Evans, wurde ins Ministerium zitiert, wo ihm die britische Regierung mitteilte, daß sie über den Schritt „zutiefst beunruhigt" sei. Die neuen Bestimmung trügen in keiner Weise zur Förderung eines dringend notwendigen Dialogs über einen friedlichen Wandel in Südafrika bei.

Der Vorsitzende der britischen Labour-Partei, Neil Kinnock, wertete die Maßnahmen als Beweis dafür, daß sich jetzt „selbst Botha seiner eigenen Verbrechen und des von ihm angerichteten Chaos schämt". Der Vorsitzende der Liberalen Partei, David Steel, sagte, Botha wolle offenbar, daß die Welt die Apartheid vergesse, wenn Südafrika „die Jalousien herunterlasse".

In London kam es am Samstag zu der bisher größten Demonstration gegen die südafrikanische Rassentrennungspolitik und die britische Südafrikapolitik. Die Angaben über die Zahl der Teilnehmer schwankten zwischen 35 000 und 100 000. Hauptredner der Kundgebung auf dem Trafalgar Square waren der schwarze amerikanische Bürgerrechtler Jesse Jackson und Oliver Tambo, der Führer des in Südafrika verbotenen Afrikanischen Nationalkongresses.

Seite 2: Zweierlei Maß der Europäer

US-Botschaft in Kabul von Sowjets umstellt

DW. Kabul

Die amerikanische Botschaft in der afghanischen Hauptstadt Kabul ist nach Angaben von US-Außenminister George Shultz von afghanischen und sowjetischen Soldaten mit Militärfahrzeugen umstellt worden. In das Gebäude war am Freitag ein sowjetischer Soldat geflüchtet. Shultz erklärte, die US-Regierung habe gegen das Vorgehen der sowjetischen und afghanischen Truppen protestiert. Die US-Botschaft sei „mehr oder weniger" umstellt und werde mit Scheinwerfern angestrahlt. Die Elektrizitätsversorgung in das Gebäude sei unterbrochen.

Der junge Soldat sei als Wachmann vor dem Gebäude von Radio Kabul tätig gewesen, das sich gegenüber der Botschaft befinde. Er sei in die US-Vertretung geflüchtet, als die Tore des Geländes geöffnet worden seien, und habe sich bislang geweigert, mit sowjetischen Vertretern zu sprechen. Der junge Soldat erklärte, er sei diesen Krieg leid und wolle nach Hause.

Seite 2: Die Deserteur-Affäre

Bischof Lohse in Sorge wegen Abtreibungen

DW. Trier

Ähnlich wie die Deutsche Bischofskonferenz hat der scheidende Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Eduard Lohse, tiefe Beunruhigung über die hohe Zahl von Abtreibungen zum Ausdruck gebracht. In einem WELT-Interview warnte Lohse: „Schwangerschaftsabbruch kann keine Möglichkeit der sogenannten Geburtenkontrolle sein." Wer Leben antaste, lege Hand an sich selbst. Der Bischof stimmte der Vermutung zu, daß auch die Einführung der „sozialen Indikation" eine „gefährliche Bewußtseinsveränderung gefördert haben könnte".

Lohse eröffnete gestern die Synode der EKD in Trier, auf der morgen ein neuer Ratsvorsitzender gewählt werden soll. Als aussichtsreicher Nachfolger für Lohse, der sechs Jahre amtierte, gilt der kurhessische Bischof Hans-Gernot Jung. Die Synode befaßt sich heute mit dem Thema Demokratie.

Seite 2: Leitartikel
Seite 7: Das Interview im Wortlaut

Walesa wirft der Polizei Verbrechen vor

Allensteiner Student starb 14 Tage nach Festnahme / Behörden sprechen von Unfall

DW. Warschau

Mit großer Entrüstung haben polnische Oppositionskreise auf den Tod des 19jährigen Studenten Marcin Antonowicz in Allenstein (Ostpreußen) reagiert. Der Student, der am 19. Oktober von der Polizei festgenommen und höchstwahrscheinlich mißhandelt worden war, starb nach 14tägigem Koma im Krankenhaus. Seine Mutter, eine Ärztin, berichtete westlichen Korrespondenten, daß die Todesursache wahrscheinlich Gehirnquetschung sei. Die Polizeibehörden sprechen von einem Unfall, Arbeiterführer Lech Walesa hingegen ist der Meinung, Antonowicz sei einem „Verbrechen" zum Opfer gefallen.

Über den Vorfall wurde von Regimekritikern eine Dokumentation zusammengestellt. Demnach war der 19jährige, Chemiestudent im ersten Jahr und Träger eines Jugendforschungspreises, am 19. Oktober gegen 22.00 Uhr von der Polizei in Allenstein festgenommen worden, als er von einer Feier zurückkehrte. Obwohl Antonowicz sich als Student ausgewiesen habe und nach Angaben seiner Freunde nicht betrunken gewesen sei, hätten die Polizisten darauf bestanden, ihn zu einer Ausnüchterungszelle zu bringen.

Eine halbe Stunde später wurde Antonowicz nach dem Bericht in das Krankenhaus eingeliefert. Die Polizisten hätten ausgesagt, er habe plötzlich während der Fahrt zur Zelle einen von ihnen gewürgt, die Tür geöffnet und sei aus dem fahrenden Wagen gesprungen. Dieser Darstellung hat sich nach einer Mitteilung, die am Mittwoch in einer Allensteiner Zeitung erschienen war, auch die Staatsanwaltschaft nach einer Untersuchung des Schwerverletzten angeschlossen. Die Untergrunddokumentation zitiert hingegen einen Arzt aus dem Krankenhaus, der Quetschungen an den Vorderhirnlappen festgestellt haben will, wie sie von einem kräftigen Schlag mit einem Gummiknüppel herrühren können.

Walesa sprach von einem neuen Beispiel für das willkürliche Vorgehen der Polizei. Der Tod des Studenten habe sich unter Beteiligung eines Beamten aus dem Innenministerium zugetragen. Aus Erfahrung wisse er, daß es sehr schwer sein werde, den oder die Täter aufzufinden. Walesa: „Solange das Innenministerium nicht von der Gesellschaft kontrolliert wird, kann jedem von uns das gleiche passieren."

Der Tod des 19jährigen weckt Erinnerungen an den Fall des gleichaltrigen Warschauer Studenten Grzegorz Przemyk. Dieser junge Pole war im Mai 1983 in Warschau festgenommen worden, er starb an Magenverletzungen. Eine Expertengruppe hatte die Polizei für die Verletzungen verantwortlich gemacht. Zwei Polizeibeamte, die nach Zeugenaussagen Przemyk geschlagen hatten, wurden freigesprochen.

Paris löst General Arnold ab

DW. Paris

Wegen seiner Kritik am Ausrüstungsstand des französischen Heeres ist der Kommandeur der bei Trier stationierten französischen Ersten Panzerdivision, Brigadegeneral Philippe Arnold, abgelöst worden. Er hatte die Einsparungen der vergangenen Jahre als „gefährlich" für das Heer bezeichnet und erklärt, die französischen Panzer seien zwei Generationen hinter den deutschen und eine hinter den britischen Panzern zurück. Der Stabschef des französischen Heeres, General Maurice Schmitt, sagte, Arnold habe gegen seine Verpflichtung zur Zurückhaltung schwerwiegend verstoßen.

Geteilte Meinungen zu Eureka-Projekt

DW. Bonn

Das geplante europäische Forschungsprojekt Eureka ist nach Auffassung von BDI-Hauptgeschäftsführer Siegfried Mann ein „Katalysator": Mit der Diskussion über dieses Unternehmen – sagt er in einem Beitrag für die WELT – wachse die Überzeugung, daß es zusätzlicher Anstrengungen bedürfe, europäische Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Erhebliche Zweifel an dem Programm äußert dagegen der deutsche Physik-Nobelpreisträger Klaus von Klitzing: „Das große staatliche Dach über Eureka könnte zu einer Blockierung der wissenschaftlichen Arbeit" führen.

Seite 4: Entscheidender Treibsatz

Freude über den Erfolg im Weltraum

A. JOHANSEN, München

„MEDEA will nicht. ELLI kommt noch nicht richtig ans Laufen." Tagelang schwirren im Kontrollzentrum der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luftraumfahrt (DFVLR) in Oberpfaffenhofen rätselhafte Fachausdrücke durch die Räume. Doch es geht nicht um arbeitsunwillige Angestellte der DFVLR. Auch war nicht etwa von der Medea aus der griechischen Überlieferung die Rede.

Nein, es ging um wichtige Experimente bei der ersten von der Bundesrepublik Deutschland voll bezahlten Weltraummission D-1 (Deutschland 1). Dabei wußten nur noch die Fachleute in Oberpfaffenhofen Bescheid. (MEDEA steht für den absolut unverständlichen Begriff: Materialwissenschaftliche Experimente Doppelrack für Experimentmodul und Anlagen. Und bei ELLI handelt sich um den „Einellypsoid-Dialog".) Klar war dagegen eines: Nicht alle Anlagen für die Herstellung neuartiger Metallegierungen, das Züchten von Kristallen und für Experimente der Flüssigkeitsforschung liefen wie geplant an.

Doch am Wochenende hatten die intensiven Bemühungen der deutschen Wissenschaftsastronauten Ernst Messerschmid und Reinhard Furrer sowie ihres niederländischen Kameraden Wubbo Ockels und ihrer fünf amerikanischen Kollegen ein hervorragendes Resultat erarbeitet. Praktisch alle Versuchsanordnungen liefen einwandfrei. Vielerlei neue Informationen für die Metallurgie, die Elektronikindustrie, die Pharmazie, aber auch für die Medizin – das stand schon am Wochenende fest – sind nunmehr von der D-1-Mission zu erwarten.

Auch Versuche mit drei Atomuhren – zwei im Spacelab und eine am Boden – verliefen nach Anfangsschwierigkeiten erfolgreich. Der Experimentator Siegfried Starker von der DFVLR ist damit einen Schritt weiter auf dem Weg zu einem Navigationssystem, das einmal mit Hilfe von mit Atomuhren ausgerüsteten Satelliten die Positionen von Verkehrsflugzeugen und ihre Flughöhe bis auf 30 Meter genau bestimmen können soll.

Kein Wunder, daß sich Gottfried Greger, Referatsleiter Raumfahrt im Bundesforschungsministerium, nach der Halbzeit der D-1-Mission in Oberpfaffenhofen hoch erfreut zeigte. Man sei froh, daß die Investition von immerhin 400 Millionen Mark in das D-1-Unternehmen nun so sehr als gerechtfertigt erscheine, meinte er. Auch seien damit gute Voraussetzungen geschaffen für das nächste Unternehmen – D-2 –, welches für 1988/89 geplant sei. Im übrigen habe diese Mission schon jetzt erneut bewiesen, daß der Mensch im Weltraum nicht überflüssig sei.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Deserteur-Affäre

Von Carl Gustaf Ströhm

Es gibt Ereignisse, die scheinbar nichts miteinander zu tun haben und doch verbunden sind. Letzte Woche warteten Hunderte von Journalisten und Dutzende von Fernsehkameras auf den Flughäfen von Wien, *Frankfurt und Rom* auf die Ankunft von Jelena Bonner, der Ehefrau Andrej Sacharows. Frau Bonner kam nicht – und auf Umwegen erfuhr man, sie werde die Sowjetunion erst im Laufe des November verlassen.

Fast gleichzeitig vollzog sich ein Drama besonderer Art vor der US-Botschaft in Kabul. Nachdem ein sowjetischer Soldat in die Botschaft geflüchtet war, umstellten sowjetische und afghanische Truppen das Gebäude und schalteten den US-Diplomaten erst einmal den Strom ab.

Beide Ereignisse drängen die Überlegung auf, daß Parteichef Gorbatschow noch längst nicht unbestrittener Herr im Kreml ist. Denn die Verzögerung der Ausreise von Frau Bonner und die ganze, damit neu entfachte Debatte über den Fall Sacharow können nicht in seinem Interesse liegen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Deserteur in der US-Botschaft von Kabul. Können die Amerikaner sich nötigen lassen, einen Menschen, der bei ihnen Asyl gesucht hat, dem sicheren Tode (die Strafe für Deserteure ist bekannt) auszuliefern? Wie sollen sie in Genf verhandeln, wenn sie in Kabul derart unwürdig unter Druck gesetzt werden? Nicht nur wird der Vorfall über die westlichen Sender den Sowjetbürgern den afghanischen Krieg dramatischer als jede Verlustmeldung ins Bewußtsein rücken – Gorbatschows Glaubwürdigkeit wird durch den Vorgang in Amerikas Öffentlichkeit untergraben.

Schon mancher neue sowjetische Führer hat dem Westen beweisen wollen, daß Moskau doch nicht (mehr) so ist, wie manche Skeptiker glauben, und dann gab es sowjetische Tatsachen, die alles wieder ins altbekannte Licht rückten. So wird die Ausreise einer herzkranken Frau zur Staatsaffäre und zum Staatsgeheimnis (weil *niemand mit ihr oder ihrem Mann* direkt telefonieren oder sprechen darf). Und am Schicksal des sowjetischen Soldaten in Kabul wird exemplifiziert, wie schnell Moskau den Hahn abdrehen kann, für Energie oder was immer, wenn ihm etwas nicht paßt.

Schadensfall Kind

Von Joachim Neander

In mehreren Fällen haben, wie auf einer Kölner Juristen- und Medizinertagung bekannt wurde, deutsche Zivilgerichte bis hinauf zum Bundesgerichtshof Ärzte, denen ein sogenannter „legaler" Schwangerschaftsabbruch mißlungen war, zum Unterhalt des gegen den Willen der Mutter geborenen Kindes bis zum 18. Lebensjahr oder zur Zahlung eines Schmerzensgeldes verurteilt.

Dies mag, wenn man den Anspruchs- und Leistungscharakter eines solchen Eingriffs nach der Gesetzeslage berücksichtigt, begründet scheinen. Vollkommen unverständlich, ja regelrecht skandalös ist es jedoch, wenn man an das hier offenbar vollkommen vergessene Recht des Kindes denkt.

Man stelle sich vor, ein unter diesen Umständen zur Welt gekommenes Kind erfährt in jugendlichem Alter von den Schwierigkeiten seiner Geburt. Es entdeckt, daß es *nicht nur* bei den eigenen Eltern nicht erwünscht gewesen ist. Nein, es hört auch, daß um sein Leben sogar ein Prozeß stattgefunden hat, daß der Arzt es „eigentlich" schon zum Tode verurteilt hatte, die Vollstreckung des Urteils jedoch *mißglückte*. Und es liest schwarz auf weiß, daß es von einem Gericht anschließend zum Schadensfall, zum ärztlichen Kunstfehler, zur Panne erklärt worden ist, Anlaß für Schadensersatz oder Schmerzensgeld.

Welche Demütigung für einen Menschen in dieser Erfahrung stecken kann, ja, muß, das haben die Richter offenkundig gar nicht erkannt. Das Leben eines Menschen als Streitobjekt zwischen einem anspruchsberechtigten Kläger und einem dem Anspruch nicht gerecht gewordenen Beklagten. Und der Anspruch lautet auf erfolgreiche Tötung.

Man sollte ernsthaft darüber nachdenken, ob dieses zum Schadensfall deklarierte Kind nicht später einen einklagbaren Rechtsanspruch haben müßte: Auf gerichtliche Wiederherstellung seiner personalen Würde nach dem Grundgesetz. Der Fall könnte überhaupt ein neuer Einstieg sein in eine Diskussion, die bisher völlig unter Ausschluß der Rechte der ungeborenen Kinder verläuft.

Tod in Polen

Von Enno v. Loewenstern

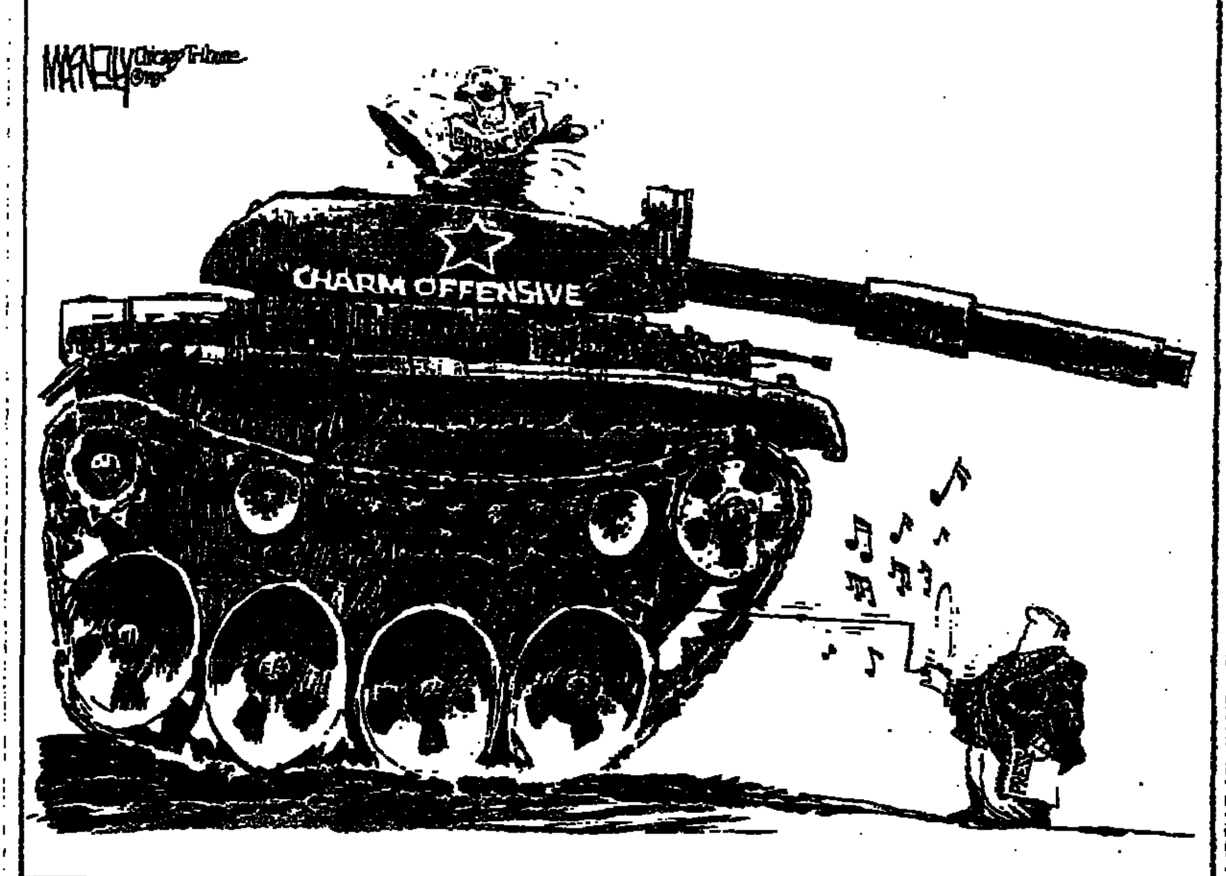
Wieder einmal wurde jemand in Jaruzelskis angeblich normalisiertem Polen schwer verletzt auf der Straße gefunden, nachdem ihn die Polizei abgeführt hatte. Wieder einmal war die Polizei nicht schuld. Der junge Marcin Antonowicz habe vielmehr die Polizeibeamten angegriffen, heißt es amtlich, und sich aus dem fahrenden Streifenwagen gestürzt.

Die Fragen dazu liegen auf der Hand. Abgesehen davon, daß Zeugen gesehen haben wollen, wie die Polizisten ihn hinauswarfen: Das müssen sonderbare Streifenwagen in Polen sein, wenn ein Zwanzigjähriger sie von innen während der Fahrt gegen den Willen der mitfahrenden *Polizeibeamten* öffnen und verlassen kann.

Wäre das aber so möglich und hätte er es getan, wer könnte es ihm verdenken? Der Fahrer des Pfarrers Popieluszko verdankt sein Leben der Tatsache, daß er den Wagen des Priesters öffnen und hinausspringen konnte, als die Polizei eindrang.

In einem Rechtsstaat ließen sich solche Fragen klären. In der sogenannten Volksrepublik ist einmal die Polizei verurteilt worden, als die *Beweislage allzu* eindeutig war. Aber vorher, im Fall des Studenten Przemyk, wurden die Krankenträger für schuldig erklärt und die Polizisten freigesprochen, und jetzt ist der Ermordete selbst schuld.

Jaruzelski und auch manche Fürsprecher im Westen beteuern, daß der Mord an Popieluszko ein Einzelfall und nicht systembedingt gewesen sei und daß sich mittlerweile alles in Richtung Akzeptanz normalisiere. Das polnische Volk akzeptiert nichts, und das System sorgt selbst dafür, daß es nichts vergessen und nichts akzeptieren kann. „Solange das Innenministerium nicht von der Gesellschaft kontrolliert wird, kann jedem von uns dasselbe passieren", kommentierte Lech Walesa. In der Tat, *nach allem*, was man weiß, ist *Marcin Antonowicz* aus reiner Willkür festgenommen worden, nur weil er spät abends von einer Veranstaltung kam. Przemyk war ein talentierter junger Künstler, Antonowicz hat einen Nachwuchs-Preis als Forscher gewonnen. Es kann wirklich jeden treffen; es ist aber auch kein Zufall, daß im Polizeistaat die Besten zugrunde gehen.



MACNELLY/THE CHICAGO TRIBUNE

Christen und Demokratie

Von Henk Ohnesorge

Synodaltagungen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sind nur selten konfliktlose Veranstaltungen. Die 2. Tagung der 7. Synode, welche am Sonntag in der Trierer Europahalle begann, ist davon keine Ausnahme, zumal da außer den üblichen Rechenschaftsberichten der verschiedenen Werke sowohl die Wahl des neuen Ratsvorsitzenden als auch die Behandlung des Themas „Evangelische *Christen in unserer Demokratie*" auf der Tagesordnung stehen.

Für dieses Thema, im Grunde eine erweiterte Besprechung der jüngst von der EKD veröffentlichten Denkschrift „Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Nachfrage", ist fast der ganze Montag freigehalten. Der langjährige Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, der Verfassungsrichter Roman Herzog, und sein Karlsruher Kollege Helmut Simon werden mit ihren Referaten *zum Thema* die *beiden* Flügelpositionen innerhalb der Meinungsvielfalt markieren. Für Kontroverse ist damit gesorgt.

Vornean steht die Frage, wie weit die repräsentative Demokratie den Prinzipien der Volksherrschaft entspricht. Haben die Vertreter der Mehrheit das Recht, auch noch künftige Generationen betreffende Entscheidungen zu fällen? Oder sollte – nach dem Vorbild der Schweiz – bei wichtigen Fragen das Volk in Abstimmungen entscheiden?

Demgegenüber fragen sich viele Gläubige und auch andere Bürger: Ist die Behandlung solcher Themen Aufgabe der Kirche? Ist es im Sinne des Glaubens und wirklich unumgänglich, daß sich die Kirche zu fast allem und jedem äußert? Ist es nicht Sache der politischen Parteien und Parlamente, sich mit den vielfältigen Problemen der Politik auseinanderzusetzen?

Auch Kirchenangehörige sollen und müssen sich politisch engagieren, *verschiedene Ansichten* vertreten und sich für sie einsetzen – als Staatsbürger. Nur: Haben Kirchen ein Mandat, sich im Namen ihrer Gläubigen auch zu politischen *Fragen* – von der *Zukunft* der Medienlandschaft bis zum Gesicht der idealen Demokratie – zu äußern? Haben Bürger, die in der Kirche tätig sind, das Recht, als Kirchenmänner in politische Tagesfragen einzugreifen?

Kirchen, so ist im Zusammenhang mit der Grundwerte-Debatte vor einigen Jahren gesagt worden, können Wertbegriffe schaffen oder erhalten, indem sie sie mit ihrem Bezugssystem verbinden. Dem zur Neutralität verpflichteten Staat ist dies nicht in dieser Form möglich. Etwa neunzig Prozent der Bevölkerung gehören christlichen Kirchen an und zahlen für diese Mitgliedschaft, wenn sie ein eigenes Ein*kommen haben, auch Kirchen*steuer. Keine Kirche bejaht die Abtreibung, das Recht zur Tötung ungeborenen Lebens, wie immer es auch definiert wird. Ein großer Teil der Bürger jedoch – wenn man gewissen Umfragen glauben darf, die Mehrheit – scheint dieses Postulat ihrer Kirchen nicht mehr zu akzeptieren. Von den Zehn Geboten werden viele im Alltag kaum noch beachtet, geschweige denn respektiert. Haben die Kirchen nicht eine Aufgabe, diesen Geboten Achtung *zu verschaffen, lange bevor sie* sich darüber den kollektiven Kopf zerbrechen, wieviel Atomwaffen oder welche Atomkraftwerke zulässig seien oder welche Zensuranstalten man für die freie Presse schaffen sollte?

Bedingt durch Mitgliederzahl *und den durch die staatliche Kir*chensteuererhebung garantierten Reichtum (im Vergleich zu anderen reichen Industrienationen, etwa Großbritannien oder Frankreich), wird bei uns immer noch von Volkskirchen gesprochen. Aber



Ist Tagespolitik Sache der Kirche? Herzog FOTO: FRANK DARCHINGER

sind der westdeutsche Protestantismus (und, mit einer Verzögerung von etwa zehn Jahren in der Entwicklung, auch die *katholische* Kirche in der Bundesrepublik) noch Kirchen des Volkes? Der geringe Gottesdienstbesuch an einem normalen Sonntag, die nicht mehr gelebte Akzeptanz christlicher Lehren und Normen, die hohe latente Austrittsbereitschaft, die längst kein Tabu mehr darstellt und ge*sellschaftlich folgenlos bleibt, las*sen den Begriff der Volkskirche in manchen Augen als frommen Selbstbetrug erscheinen.

Das mag zynisch klingen, wie die Wahrheit oft zynisch klingt: Dort, wo die Kirche verfolgt wird, wo sie in den Augen des Staates zumindest keine relevante Größe darstellt, schart sich das Häuflein der Gläubigen um so entschiedener um sie. Wo Christsein Opfer verlangt – etwa in den Ländern des *realen Sozialismus* –, *lebt die* Kirche. Wo sie täglich um Glaubensfreiheit ringen muß, bleibt ihr wenig Zeit, zu jedem Detail ihre Ansichten beizusteuern.

Es ist wenig tröstlich, auf eine gleichlaufende Entwicklung in fast allen Ländern des freien Westens hinzuweisen. Wenig hilfreich ist auch der Hinweis, daß selbst die einst so monolithisch erscheinende römische Kirche ihre tiefreichenden Probleme – hier seien nur die *Stichworte Lefebvre und Theolo*gie der Befreiung genannt – hat und darunter leidet. Was soll der, der im Gotteshaus in der Gemeinschaft Ruhe und Erhebung und Trost in der Frohbotschaft sucht und mit Politik konfrontiert wird, mit solchen Hinweisen anfangen?

Christen leben hier in dieser Welt, nicht in einem Land der Seligen und des ewigen Friedens. Sie müssen sich in der Verantwortung vor Gott dieser Welt und ihren Herausforderungen stellen. Für die Protestanten haben dies die Reformatoren unmißverständlich gefordert. Die Grenzen ihrer Aufgabe und ihrer Rechte gegenüber den zur *Regierung* Berufenen müssen die Kirchen um ihres Ansehens und ihrer Glaubwürdigkeit willen selbst erkennen, wenn sie es nicht darauf ankommen lassen wollen, ihre Mitglieder in – weitere – Gewissenskonflikte zu treiben.

IM GESPRÄCH Guido Westerwelle

Juli will warm machen

Von Stefan Heydeck

Für Guido Westerwelle gilt der alte Ulk, daß sich kein engagierter Liberaler vor einer Polit-Karriere retten *kann. Der 23jährige ist seit zwei Jah*ren Vorsitzender der FDP-Nachwuchsorganisation, den Jungen Liberalen (Julis), und Mitglied der Parteiführung. Dabei war es Trotz, der Westerwelle zur FDP brachte. Nachdem die Freien Demokraten bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 1980 mit 4,9 Prozent die Rückkehr in *den Landtag knapp verpaßt hatten*, wollte er politisch „etwas machen".

Noch im selben Jahr gründete er zusammen mit 120 anderen in der Godesberger Stadthalle unter tumultartigen Szenen die *Julis* als Gegenorganisation zu den – mittlerweile praktisch in der Versenkung verschwundenen – Jungdemokraten (Judos). Kaum jemand in der Partei räumte der neuen Gruppierung eine Chance ein. Jetzt kam zu ihrem fünfjährigen Jubiläum am 1. November FDP-Prominenz mit Generalsekretär Helmut Haussmann und Hans-Dietrich Genscher an der Spitze.

Die inzwischen mehr als viertausend Julis, die damit über fünf Prozent der siebzigtausend FDP-Mitglieder stellen, waren zwei Jahre vor der Bonner „Wende" angetreten, weil ihnen die Vorstellungen der Judos, die sich nur als FDP-„nahestehend" und Vorfeldorganisation verstanden, zu *links waren; insbesondere* störte sie die antikapitalistische Stoßrichtung der Judos. Dafür wurden sie von den Judos und deren Freunden als „lammfromm" und adrette „Polit-Popper" abgetan.

Ihren Durchbruch schafften sie im November 1982, als die Judos aus Protest gegen den Bonner Koalitionswechsel mit der FDP völlig brachen. Prompt wurden die Julis im Eilverfahren vom Parteivorstand aufgenommen. Trotzdem mußte der Parteitag im Januar 1983 zweimal abstimmen, *bis die Satzungsänderung* über ihre Anerkennung als „die Jugendorganisation der FDP" beschlossen



Leistungsorientiert und -bejahend Westerwelle FOTO: DPA

war. Westerwelle, zu diesem Zeitpunkt *bereits stellvertretender* Juli-Chef, wurde dann im November 1983 zum Vorsitzenden gewählt.

Wie es schon sein Vorgänger *Hans-Joachim* Otto beschrieb, der seit September 1983 Abgeordneter im Hessischen Landtag ist, sollen die Julis auch nach Westerwelles Meinung „der FDP ein bißchen Dampf machen" und „*die Hefe im Teig der Par*tei" sein. Zu dem von Anfang an demonstrierten Selbstbewußtsein gehört es, daß Westerwelle in dem Scheitern des Amnestiegesetzes im Mai 1984 den bisher „größten Erfolg" seiner Organisation sieht. Auch das im Liberalen Manifest auf dem Saarbrücker Parteitag Ende Februar festgelegte Bekenntnis zur ökologischen Marktwirtschaft oder die Wehrsolderhöhung listet er in seiner Jubiläumsbilanz auf.

Der im elften Semester Jura Studierende, der als sein Hobby Politik angibt, blickt optimistisch in die Zukunft: 1987 würden drei Julis als FDP-Abgeordnete in den Bundestag *einziehen. Schließlich sind die Polit*-Youngster laut Westerwelle „leistungsorientiert und -bejahend".

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Zum Fassbinder-Stück heißt es in dem Massenblatt:

Ein eindeutig antisemitisches Stück im altbekannten „Stürmerstil". Fassbinder läßt einen „reichen Juden" sagen: „Es muß mir egal sein, ob Kinder weinen, ob Alte, Gebrechliche *leiden." An anderer Stelle heißt es:* „Es ist ein Jude. Ein dicker, häßlicher Jude ... einfach ein Judd." Noch ein Zitat aus dem Stück: „Hätten sie ihn (den „reichen Juden") vergast, ich könnte heute besser schlafen." So geht es in einem fort. 40 Jahre nach dem Holocaust ist dies eine unerträgliche Beleidigung und Diffamierung der jüdischen Bevölkerung in der Bundesrepublik.

HAMBURGER MORGENPOST

Sie meint zu dem Fassbinder-Stück:

Dieses Thema ausgerechnet in Deutschland auf die Bühne zu bringen ist geschmacklose, dummerhafte Provokation. Ist nicht Vergangenheits- oder Gegenwartsbewältigung, sondern Kulturgeschichts-Vergewaltigung ... Traurig, daß ausgerechnet jene Kreise für die Aufführung des Fassbinder-Epos eintreten, die uns sonst – zu Recht – vorhalten, es sei nicht alles erlaubt, was machbar ist.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung kommentiert das Szenario vor dem Gipfel in Genf:

Warum sind die Sowjets so verschwenderisch mit Freundlichkeit? Diese Wende erklärt sich weder allein *mit der möglicherweise guten Eigen*art Gorbatschows noch mit dem Machtantritt einer technokratisch-modernistischen Linie im Kreml. Sie findet *nur* unter Druck statt, wegen der Drohung der Amerikaner mit der wirtschaftlich-technologischen Überlegenheit: Ohne den bösen Krieg der Sterne kein guter Gorbatschow.

SUNDAY EXPRESS

Das britische Blatt bemerkt zum Foto-Verbot in Südafrika:

Das gesamte liberale Establishment im Westen ringt empört die Hände. Ist dieser Beschluß aber wirklich so schlecht? Hat Botha nicht vielleicht doch recht, wenn er sagt, daß die an den Unruhen Beteiligten noch mehr Unruhe stiften, wenn sie wissen, daß Millionen ihnen zusehen? Hat er nicht vielleicht sogar recht, wenn er geltend macht, daß einige Fernsehjournalisten junge Leute für das Schleudern von Brandbomben bezahlen, nur damit die Berichterstatter *möglichst* dramatische Aufnahmen bekommen? Wir haben in Großbritannien erlebt, wie Straßenschlachten in Toxteth und Handsworth in mehrere hundert Meilen entfernten anderen Städten rasch Nachahmung fanden ... Die britischen Fernsehbosse sollten die Entwicklung in Südafrika genau beobachten, und wenn *Bothas Verbot funktio*niert, was ja durchaus sein könnte, sollten sie ihr Gewissen eingehend, sehr eingehend erforschen, ehe sie in eine Lage geraten, in der Fernsehkameras die Nachrichten erzeugen könnten, anstatt sie wiederzugeben.

Südafrika und das zweierlei Maß der Europäer

Es geht um mehr als ein Kamera-Verbot / Gastkommentar von Heinz-Dietrich Ortlieb

Viele mögen in der neuesten Maßnahme der südafrikanischen Regierung ein Schwächezeichen sehen. Aber zwei britische Zeitungen, die „Times" und der „Sunday Express", haben ein bemerkenswertes Verständnis für die Vermutung gezeigt, daß ein Teil der Rebellion möglicherweise nur für die Kameras inszeniert wird. Wenn das aber so ist, wie stark ist dann der revolutionäre Wille; wieviel davon ist nur durch Terror einiger Aktivisten herbeigezwungen worden? Wie viele Schwarze, so unglücklich sie auch über tägliche Diskriminierungen und Demütigungen sein mögen, sind noch unglücklicher bei dem Gedanken, die *ANC- und UDF-Leute könnten* die Macht in die Hände bekommen?

Zumal da immerhin einiges an Reformen in Gang gekommen ist; der verstärkte moralische und wirtschaftliche Druck, den die westliche Welt gegen die südafrikanische Regierung ausübt, seitdem *die Unruhe in den schwarzen* Townships zugenommen hat, kann diese Reformen nur gefährden. Mißerfolg ist Pressionen immer sicher, wenn ihre Veranstalter wie in diesem Fall selbst schlechtes Vorbild liefern, von irrealen Voraussetzungen ausgehen und mit falschen Maßstäben messen.

Zunächst: Südafrika ist nicht Europa. In Südafrika existieren ein moderner Wirtschaftssektor und eine unterentwickelte Dritte-Welt-Wirtschaft ebenso nebeneinander wie höchst unterschiedliche gesellschaftliche, kulturelle und politische Strukturen. Was nach außen als bloßer Rassenkonflikt erscheint, ist in erster Linie der Nord-Süd-Konflikt in einem Lande. Es ist daher falsch, Südafrika mit europäischen Maßstäben zu messen. *Für dessen schwarze* Bevölkerungsmehrheit gelten die Maßstäbe Schwarzafrikas.

In schwarzafrikanischen Ländern hat sich aber die Entwicklungslage so zugespitzt, daß es für ihre Regierungen opportun ist, die Flucht nach vorn zu ergreifen und in Südafrika den Sündenbock und einigenden *Feind zu* suchen, der von den eigenen Problemen ablenkt. Dagegen haben die schwarzen Politiker einen schweren Stand, die wissen, daß ein überstürzter Machtwechsel ihren Völkern wenig bekömmlich wäre. Welcher schwarze Politiker hat schon den Mut, wie kürzlich der Zulu-Führer Buthelezi, die Weltöffentlichkeit vor dem schwarzen Terrorismus zu warnen?

Oder welcher schwarze Staatschef bekommt es gar fertig, wie Houphouet-Boigny an der Elfenbeinküste, seinen Bürgern zu sagen: „Man nenne mir eine qualitativ gleichwertige afrikanische Arbeitskraft, und ich bin sofort bereit, diesen Afrikaner an die Stelle eines Europäers zu setzen, wo immer dies auch sei. Aber ich muß die Gewähr haben, daß er dem Europäer gleichwertig, wenn irgend möglich sogar überlegen ist. Anders kann ich mein Land nicht wirtschaftlich entwickeln, was so bitter nötig ist. Anders würde ich vor allem gegen das Interesse meiner afrikanischen Brüder handeln, die diese Forderung nach Afrikanisierung so ungeduldig stellen."

Solche realistischen Einsichten schwarzer Politiker fehlen leider *unseren naiven Kritikern*. Sie sind sich nicht einmal bewußt, daß sie von Südafrika etwas erwarten, was wir im Westen selbst nicht für die Lösung des Nord-Süd-Konflikts tun wollen. Denn was würde die gleiche Forderung für die Lösung der globalen Gegensätze bedeuten?

1. Es müßte ein UNO-Parlament eingerichtet werden, dessen Abgeordnete sich nach der Bevölkerungszahl der einzelnen Länder zusammensetzen würden. 2. In der UNO-Regierung, mit echter Exekutivgewalt ausgestattet, würde auf Grund der Mehrheitsverhältnisse kaum ein Vertreter der Industrieländer sitzen. 3. Es müßte völlige Freizügigkeit in der Welt herrschen. 4. Die Wirtschaftspolitik müßte in erster Linie auf Gleichheit des Lebensstandards aller Völker ausgerichtet sein.

Niemand im Westen denkt daran, solche Konsequenzen zu ziehen; jeder wendet sofort ein: Aber das würde ja zu einem Wirtschaftschaos führen! Die Moral der Geschichte: Wie der weltweite Nord-Süd-Gegensatz überhaupt nur lösbar ist, wenn man von den realen Verhältnissen ausgeht, so sind auch die südafrikanischen Verhältnisse nur zu bereinigen, wenn man die dortigen Möglichkeiten in Politik und Wirtschaft mit schwarzafrikanischen, nicht mit europäischen Maßstäben mißt.

Es ist daher eine zynische Anmaßung, wenn bei *uns sogar Vertreter* der Kirchen schwarzen Südafrikanern die gewaltsame Erhebung empfehlen und sie zur Leidensbereitschaft ermutigen. In Südafrika hängt alles davon ab, daß die Macht nicht in die Hände von revolutionären Demagogen gerät. Die Lösung ist nur bei politischen Realisten zu *finden, die möglichst alle* Bevölkerungsgruppen zu überzeugen vermögen, daß umsonst nichts zu haben ist und daß ein erfolgreicher Entwicklungs- und Lernprozeß immer auch ein langer und mühseliger Weg ist.

Von Professor Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, dem früheren Leiter des Weltwirtschafts-Archivs Hamburg, erscheint in den nächsten Wochen das Buch „Was wird aus Südafrika?" in der Reihe Texte + Thesen, Verlag A. Fromm, Osnabrück

Zurück zu den kleinen und mittleren Leuten

Der Kaufhauskonzern Hertie macht seit Jahren hohe Verluste. Auf einem übersättigten Markt, mit einem Sortiment, das an der Kaufkraft der Kunden oft vorbeiging, rutschte man in die Krise. Eine Galgenfrist für drei Filialen im Revier wurde verlängert. Doch 1986 wird das Jahr der bitteren Entscheidungen werden.

Von HORST STEIN

Passanten drängeln sich mit Päckchen und Tüten an üppig dekorierten Auslagen; irgendwo, riecht man, verkauft einer gebrannte Mandeln; auch der Drehorgelmann hat schon die Adventswalze drauf: Anfang November bereits verheißt Dortmunds City eine umsatzbeschwingte Vor-Vorweihnacht.

Doch die Milliarden-Meile, früher stolz mit der Frankfurter Zeil verglichen, ist nicht mehr so ergiebig wie einst. Selbst dort, wo die Konsum-Kathedralen der Kaufhaus-Konzerne in den Himmel ragen, scheint das stimulierende Schnurren der Ladenkassen gedämpfter zu klingen. In der Hertie-Filiale am Westenhellweg, Lage 1a, die beste, die die Bier-Metropole zu vergeben hat, gehen im kommenden Jahr sogar die Lichter aus. Und nicht nur da: Hertie in Wanne-Eickel und Hertie in Castrop-Rauxel sind nach menschlichem Ermessen ebenfalls dran – 860 Arbeitsplätze alles in allem, nahezu die Hälfte davon im Dortmunder Haus.

Die Gefahr, daß die drei Hertie-Filialen schon zum Jahres-Ultimo dichtgemacht würden, ist immerhin abgewendet. Auf einem Sanierungs-Gipfel am Sitz der „Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH" in Frankfurt haben sich Unternehmensvorstand und die Führung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) zu Allerheiligen über einen neuen Fahrplan verständigt. Danach wird die ursprünglich zum 31. Dezember 1985 ins Auge gefaßte Schließung der drei Häuser verschoben. Auch die geplante Umwandlung von Hertie Lünen in eine Filiale mit reduziertem Sortiment und Hertie Oldenburg in ein Warenhaus der Selbstbedienung unterbleiben zunächst.

Sind die Kaufhaus-Manager unter den Belegschaftsprotesten und einer Demonstration vor der Konzernzentrale von ihrer harten Linie abgegangen? In der vergangenen Woche hatten sie sich von Betriebsräten, Verkäuferinnen und Substituten die bittersten Vorwürfe anhören müssen. Und es waren manche Wahrheiten darunter. Das Unternehmen habe speziell im Revier nichts mehr in die einzelnen Häuser investiert („in Dortmund seit 30 Jahren nicht!"). Das Warenangebot sei ohne Rücksicht auf die Veränderungen in Sozialgefüge und Kaufkraft auf ein Edelangebot hingetrimmt worden, das die Filialen letztlich doch nur als Billigkopien des Konzern-Flaggschiffs KaDeWe erscheinen ließ. Und auch jetzt sei nichts als „eine konzeptionslose Herumdoktorei an den falschen Stellen" zu sehen. Alle kannten die Drohung eines HBV-Funktionärs, daß man dem Konzern das Weihnachtsgeschäft „gründlich versalzen" werde.

Daß die Sortiments-Politik, das Trading-up, also das Aufpolieren des Angebots, treue Hertie-Stammkunden vergrätzte, räumten die Vorstandsmitglieder ein. Sie sind freilich zu diskret, um den Schuldigen zu nennen: Bruno Lippmann, ehedem ihr Vorsitzender, der in diesem Frühjahr das Handtuch geworfen hat. Doch den Vorwurf, es mangele auch heute noch an einer schlüssigen Konzeption, wiesen die Manager, die jetzt das Sagen haben, auf den Personalversammlungen ruhig aber bestimmt zurück. Daß es dennoch zu Aufwallungen des Gemütes bei manchen Mitarbeitern kam und daß die Szene gelegentlich zum Tribunal geriet, hielten sie für verständlich, da es ja immerhin um Arbeitsplätze geht.

In Dortmund hatten sich viele in schwarz gekleidet, um den Hingang ihres Arbeitsplatzes zu beklagen. „Ich will Arbeit. Hertie-Beschäftigte kämpfen um ihren Arbeitsplatz", hieß es auf blau-weißen Buttons. Die Fenster der Personalkantine waren mit Transparenten verhängt, am Schwarzen Brett klebten Solidaritätsadressen: von der katholischen Arbeitnehmer-Bewegung über die DKP bis hin zum Personalrat für Lehrer an Gesamtschulen beim Regierungspräsidium Arnsberg.

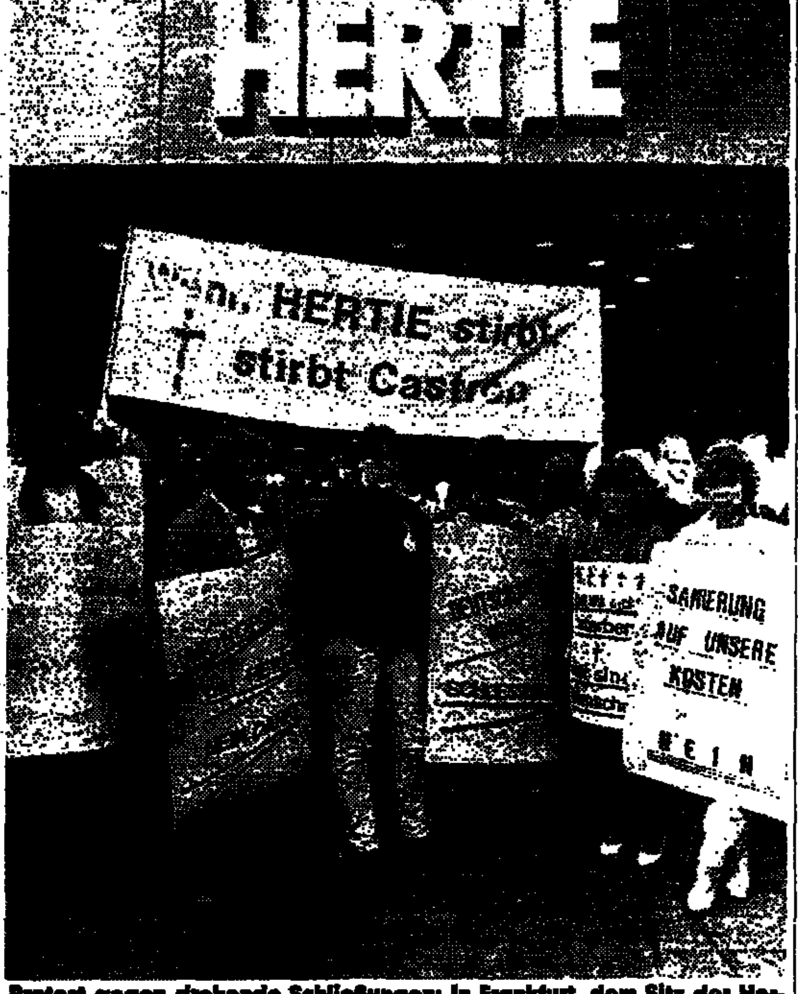
Die Manager saßen am langen Tisch vor dem Kantinentresen und beäugten das „Angebot des Tages": Paprikaklopse mit Reis und Salat 2,20 Mark; Kalbsgeschnetzeltes mit Nudeln und Salat 5,50 Mark. Ihre Erläuterungen zur Situation gipfelten in der stereotypen Feststellung, daß die Lage dramatisch sei: „Mit den vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen", beteuerten die Hertie-Vorstände, „müssen wir schmerzhafte Schritte vollziehen, um letztlich nicht das ganze Unternehmen mit mehr als 40 000 Arbeitsplätzen zu gefährden." Eine Schlußfolgerung, der sich nach Kenntnisnahme der Hertie-Planer sogar die Gewerkschaft HBV nicht verweigern konnte. Noch ehe nämlich der HBV-Vize Dieter Steinwender zum Allerheiligen-Gipfel nach Frankfurt flog, um auf Wunsch der Hertie-Betriebsräte über Alternativen zur Filialen-Schließung zu reden, hatte er bereits Goodwill signalisiert. „Gravierende Einschnitte sind natürlich notwendig, wenn das Unternehmen auf Dauer gesund werden soll."

Die Hertie-Gruppe hat immerhin in den letzten acht Jahren mehr als eine halbe Milliarde (genau: 517 Millionen) Mark Betriebsverluste produziert. Im vergangenen Jahr wies die Bilanz bei 5,7 Milliarden Mark Umsatz 146 Millionen Mark an Verlusten aus. Daran sind die jetzt zur Schließung anstehenden Häuser zu mehr als einem Viertel beteiligt. Die Manager gehen davon aus, daß etwa 30 von den 123 Häusern der Gruppe in diesem Jahr keine Gewinne einzufahren vermögen, was bedeutet, daß mit weiteren Verlusten in der Größenordnung von 100 Millionen Mark gerechnet werden muß.

Die Nummer drei unter den deutschen Warenhäusern – übrigens zu 97,5 Prozent in den Händen einer Stiftung, deren Erträge im Kampf gegen die multiple Sklerose gewidmet sind – muß Ballast abwerfen. Dazu zählt die Entschlackung der Frankfurter Zentralverwaltung – „ein wahrer Wasserkopf", wie ein Vorstandsmitglied stöhnt. Dazu gehört ebenso nach Ansicht von Innenleitern die Verbesserung von Einkauf und Warenwirtschaft. Auch die „Philosophie" des Unternehmens entspricht dem neuen Realismus: „Wir decken den Bedarf für kleine und mittlere Leute", sagt Vorstandsmitglied Jürgen Krüger, zuständig für den Verkauf, „das ist in der Vergangenheit nicht immer so gesehen worden."

Rückkehr zu einer Sortimentspolitik der Mitte indes genügt nicht, die Warenhaus-Kette wieder aus den roten Zahlen zu bringen. Es muß auch der Übersättigung des Marktes Rechnung getragen werden. Immerhin sind zwei Dutzend SB- und Verbrauchermärkte allein im Einzugsgebiet der Hertie-Häuser Dortmund, Castrop-Rauxel und Wanne-Eickel entstanden.

Der Frankfurter Akkord mit der HBV läßt denn auch erkennen, daß man sich über den unumgänglichen Rückzug aus der Fläche keine Illusionen macht. Das Gesamtkonzept, so heißt es nämlich unmißverständlich in einer Presseerklärung, das der Hertie-Vorstand im ersten Quartal 1986 ausarbeiten wird, umfaßt „alle Problemfilialen". Und das sind immerhin deren 28.



Protest gegen drohende Schließungen: In Frankfurt, dem Sitz der Hertie-Zentrale, demonstrieren Mitarbeiter aus dem Ruhrgebiet FOTOS: DPA

Betriebsräte übergeben Hertie-Vorstandsmitglied Artur Wollert (rechts) Listen mit 10 000 Unterschriften gegen die Schließungs-Pläne

Mit ein paar Kronen gelangt auch Kritik in den Westen

Ein Anrufbeantworter bei Radio Free Europe in München registriert seit drei Monaten eine rege Resonanz aus der CSSR. Immer wieder gelingt es, die Zensur in Prag zu umgehen und kritische Berichte in den Westen abzusetzen oder Fragen direkt an den Sender zu stellen.

Von OTA FILIP

Die Telefonzentrale in Prag registriert täglich an die 15 000 Anrufe aus dem und in den Westen. Alle Gespräche mit dem Ausland werden in Prag aufgezeichnet und von den zuständigen Genossen ausgewertet. Die sogenannte „Auswertung" ist aber ein ziemlich hoffnungsloses Unterfangen, ausgenommen von Gesprächen, die von Telefonanschlüssen mit einer Abhöranlage geführt werden. Die Inhaber von streng überwachten, mit einer Abhöranlage ausgerüsteten Telefonanschlüssen sind nicht nur alle politisch verdächtigen Personen, sondern auch Genossen in führenden Positionen; allein in Prag wird die Zahl der besonders streng überwachten Telefone auf 6000 bis 7000 geschätzt.

Die westliche Elektronik, vor allem die Verbreitung von Anrufbeantwortern, ermöglichte der intellektuellen Opposition und Bürgern, die auf persönliche Kontakte mit dem Westen großen Wert legen, die Telefonzensur zwar nicht ganz auszuschalten, sie jedoch in Verwirrung zu bringen. Dies funktioniert ganz einfach und es erfordert nur einige Fünf-Kronen-Münzen, eine freie Telefonzelle, von der man auch das Ausland anrufen kann, und auf dem westlichen Ende der Leitung einen Anrufbeantworter.

Jede Woche kommen mehr als 70 Anrufe

Einen Anrufbeantworter installierte vor drei Monaten im Büro des Direktors von Radio Free Europe in München auch die Redaktion des CSSR-Dienstes. Täglich strahlt der US-Sender in tschechischer und in slowakischer Sprache die Telefonnummer des Anrufbeantworters – 004989/210 26 59 – in der Münchener Redaktion aus und bekommt seit drei Monaten jede Woche mehr als 70 Anrufe von seinen Zuhörern in der CSSR; an die 300 Anrufer fanden bisher allerdings nicht den Mut, nur einen Satz zu sagen. Sie hören sich die Ansage an und hängen kurz danach auf. Es ist schon sonderbar, vom Band schweres Atmen zu hören oder die vereinzelten Aufschreie: „Hilfe!", „Seid tapfer!". Nicht selten melden sich auch wütende Stimmen: „Verräter!", „Agenten!", „Paßt auf, wir bringen euch bald um!"

Es kommt jetzt auch oft vor, daß die Zuhörer in der CSSR sofort, nachdem sie einen Kommentar oder eine Nachricht aus München gehört haben, die Telefonnummer des US-Senders wählen und ihre Kritik oder Zustimmung auf das Tonband in München sprechen.

Viele Zuhörer in der CSSR betätigen sich jetzt auch als Hobby-Journalisten für den Sender RFE in München und geben Berichte und Kommentare aus ihrer nächsten Umgebung durch; so zum Beispiel über von der Partei vertuschte Korruptionen, über Gerüchte von einer bevorstehenden Erhöhung von Lebensmittelpreisen, über ihre Sorgen und Plagen mit dem allgegenwärtigen Überwachungssystem, über Stimmungen auf ihren Arbeitsplätzen, über Schwarzhandel mit westlichen Medikamenten und über die Tatsache, daß man heute in der CSSR im Austausch für Mangelware oder westliche Devisen einen echten Führerschein kaufen kann.

Nicht selten äußern die Zuhörer auch Wünsche. Sie wollen mehr über tschechische und slowakische Künstler im Exil wissen, mehr und ausführliche Informationen über die Probleme, mit welchen sich der Westen konfrontiert sieht. Sehr oft betreffen die Anfragen die Arbeitsweise des Senders; wer ihn finanziert und wie die einzelnen Redaktionen organisiert sind.

Jede Woche erreichen den US-Sender auch zahlreiche Briefe von Zuhörern in der CSSR. Der CSSR-Dienst von Radio Free Europe strahlt mehrmals am Tag eine Adresse für Zuschriften aus, die sehr oft geändert wird. Der zentrale Computer, ein Erzeugnis einer renommierten amerikanischen Firma, der in Prag steht und die gesamte Post mit dem Ausland registriert, schaltet auf die oft geänderten Anschriften von RFE nicht so schnell um, so daß viele Briefe nicht abgefangen werden und durchkommen. Die Bürger in der CSSR haben die Regel begriffen: Ein Brief nach München kommt durch, wenn man ihn gleich dann abschickt, nachdem RFE wieder einmal die Anschrift geändert hat.

In der Woche vom 13. bis 19. Oktober erreichten die CSSR-Redaktion zahlreiche ausführliche Briefe. Ein Zuhörer, der seinen Brief mit Hans Schimanski unterschrieb, wollte mehr über das Wirken und über den Einfluß von tschechoslowakischen Reform- und Eurokommunisten im westlichen Exil wissen und gab eine ausführliche Auskunft über den Bau von Atomkraftwerken und über den Mißbrauch von westlichen Computern in der Tschechoslowakei und in der „DDR". Mit der Antwort auf die erste Frage machte es sich die CSSR-Redaktion in ihrem jeden Samstag ausgestrahlten Programm, in welchem sie auf die Fragen der Zuhörer antwortet, ziemlich schwer: „Das Problem der Reform- und Eurokommunisten im Exil ist ziemlich heikel", antwortete Kommentator Josef Jedlička ausweichend, obwohl er auf andere Fragen ganz unbeschwert eine klare Antwort geben konnte, und fügte hinzu: „Mit diesem Problem werden wir uns demnächst beschäftigen." Diese Antwort hat den Zuhörer in der CSSR bestimmt nicht befriedigt.

Ein Zuhörer, der seinen Brief als Jilemnice unterschrieb, stellte der CSSR-Redaktion in München seine ausführliche Analyse der ausgestrahlten Programme zur Verfügung und schrieb am Ende: „Die meisten Menschen in meiner Umgebung hören den offiziellen Rundfunk nicht. Ihre Informationen holen sie sich jeden Tag von den tschechischen Sendungen von Radio Free Europe."

Viele Anrufer und Briefschreiber aus der CSSR erwarten von „ihrem Sender" – „einem der wenigen", so ein Bürger aus Böhmen, „der in tschechischer Sprache freie Informationen ausstrahlt und die Zensur und die parteilamtlichen Lügen und Halbwahrheiten verdrängt" – prophetische Antworten und Kommentare zu Problemen und Fragen, zu denen ein CSSR-Bürger in den offiziellen Zeitungen, im Rundfunk und im Fernsehen nie die Wahrheit erfährt. In den ersten Oktober-Wochen fragten die Zuhörer den Sender in München nach der in der CSSR zum 1. Januar 1986 erwarteten drastischen Erhöhung von Lebensmittelpreisen oder nach dem Ende der westlichen Wirtschaftskrise. Sie wollen auch mehr über die Arbeitslosigkeit und über die Chancen wissen, sie zu überwinden. Dazu hieß es aus München nüchtern: „Wir sind keine Propheten, wir haben keine Lösungen parat, wir können sie nur sachlich informieren."

Die Computer-Leitung, ein Alptraum der Zensur

In seinen Antworten ging Kommentator Josef Jedlička auch auf das Risiko und auf die Gefahr eines jeden Anrufers ein, vom Abhördienst der Geheimpolizei in Prag gefaßt zu werden. „Das Risiko, enthüllt zu werden, ist jedoch dann klein, wenn der Anrufer sich vorher vorbereitet, sich kurz hält, also nicht zwei Minuten überschreitet, und wenn er uns aus einer öffentlichen Telefonzelle anruft."

Alle Anrufe, die der Anrufbeantworter in der CSSR-Redaktion aufnimmt, und alle Briefe, die die Redaktion in München erreichen, werden schriftlich festgehalten und der Redaktion zur Verfügung gestellt. Viel Aufmerksamkeit widmet die CSSR-Redaktion den kritischen Stimmen aus der Heimat, die heute bei der Gestaltung des politischen Programmes des CSSR-Dienstes von RFE schon ein Mitbestimmungsrecht haben.

Ein Alptraum für die Prager Genossen von der Zensur muß ein Artikel in der bedeutendsten tschechischen Exilzeitschrift „Svědectví" („Das Zeugnis") sein, in dem sich der Autor mit der Computertechnik beschäftigt und vorschlägt, für die geistige Opposition einen oder mehrere Computer nach Prag zu schmuggeln. Die Autoren aus dem tschechoslowakischen intellektuellen Untergrund hätten dann die Chance, ihre Romane, Essays und politischen Beiträge per Computer in den Westen zu schicken. Der gesamte schriftliche Verkehr zwischen dem politischen Exil und der geistigen Opposition in der CSSR wäre vor der Geheimpolizei geschützt. Darüber hinaus: Es ist ziemlich schwer, einige hundert Exemplare von im Exil herausgegebenen Büchern und Zeitschriften in die CSSR zu schmuggeln; aber ein oder zwei Computer-Bänder könnte etwa ein Tourist in seiner Jackentasche über die Grenze bringen.

Ota Filip wurde nach seinem politischen Engagement als Schriftsteller im „Prager Frühling" in der CSSR inhaftiert und lebt seit 1974 in der Bundesrepublik Deutschland.

Eureka muß entscheidender Treibsatz für überfällige Entwicklungen sein

Von SIEGFRIED MANN

Am Ende der ersten Eureka-Konferenz, die am 17. Juli 1985 in Paris abgehalten wurde, zeigten die teilnehmenden Außen- und Forschungsminister von 17 europäischen Staaten – einschließlich eines Vertreters der EG-Kommission – in Punkt 7 ihres Abschlußprotokolls offiziell die Geburt von Eureka an. Gewiß war zu diesem Zeitpunkt der politische Wunsch über die Wirklichkeit hinausgeeilt. Zudem hatten Motive mitgespielt, die mehr von der Reaktion auf die amerikanischen Weltraumpläne, als von selbstbewußter europäischer Gestaltung eigener Zukunft und von der Erkenntnis bestimmt waren, daß auch ein Europa, das seine technologischen Anstrengungen bündelt, internationaler Kooperation – insbesondere mit den USA – bedarf. Sicher aber ist schon jetzt – allen teilweise recht generellen Bedenken zum Trotz –, daß Eureka als Idee die Rolle eines Katalysators übernommen hat.

Jetzt Weichen stellen

Rascher wächst die Überzeugung der Europäer, daß es zusätzlicher technologischer Anstrengungen – national und im Bereich europäischer Kooperation – bedarf, europäische Wettbewerbsfähigkeit auch in den Märkten von morgen zu sichern. In diesem Kontext gehören die Vorstellungen der EG-Kommission zur „Stärkung der technologischen Kooperation in Europa", die unlängst neben dem Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes bis 1992 vorgelegt wurden. Diesen Schwung gilt es, unter realistischer Abschätzung von Möglichkeiten und Grenzen gelassen zu nutzen.

Die zweite Eureka-Konferenz in Hannover am 5. 6. November wird in diesem Sinne Weichen stellen müssen. Dabei sind die politischen und ökonomischen Schwierigkeiten beileibe nicht gering. Um es in Erinnerung zu rufen: Es geht um ganz konkrete Zusammenarbeit im Bereich der Spitzentechnologie. Wenigstens drei europäische, nicht zwangsläufig der EG angehörende Partner sollen es jeweils sein, wobei erwiesener Leistungsstand im konkreten Aufgabenbereich als Eintrittskarte angesehen wird. Träger der Zusammenarbeit sind nach diesen Vorstellungen Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Die Projektdauer soll nicht unter fünf Jahren liegen, und das Finanzierungsvolumen des jeweiligen Großprojekts zumindest 100 Mill. DM betragen.

Worauf es zu achten gilt:

Jedes einzelne Kooperationsvorhaben muß auf einen hinlänglich ausgewogenen Nutzen der beteiligten Partner abzielen. Unternehmen und Nationen bringen in diese Kooperation legitime Interessen ein, die es schon um des praktischen *Erfolges willen* zu respektieren gilt. Gerade unter diesem Aspekt ist auch die Rolle jener europäischen Partner zu sehen, die zwar einen Markt, aber relativ wenig eigenes Forschungspotential anzubieten haben. Umgekehrt muß es genügend Freiräume für Kooperationen geben, die eine technologische Führungsrolle spielen können, denn vor allem darauf zielt Eureka ab. In allen Fällen aber sollte die mit der Kooperation erstrebte gegenseitige Förderung entscheidender Maßstab sein.

Soweit Infrastrukturvorhaben oder solche der Grundlagenforschung zur Diskussion stehen, deren Finanzierung ohnedies über staatliche Auftragsvergabe oder auf der Basis staatlicher Grundfinanzierung erfolgt, wird es unter den Partnern keine ordnungspolitischen Schwierigkeiten geben. Um so bedauerlicher ist es daher, daß gerade in dem für Eureka wichtigen Infrastrukturbereich – etwa im Fernmeldewesen – administrative Schwerfälligkeit und nationaler Egoismus offensichtlich enge Grenzen stecken. Sobald aber Kooperation in Marktnähe stattfinden soll, müssen Träger der Zusammenarbeit private Unternehmen aus eigener freier Entscheidung sein. Ihnen obliegt auch prinzipiell die Finanzierung. Soll diese Art der Kooperation jedoch erheblich gesteigert werden, bedarf es stärkerer Anreize. Das kann nicht über ordnungspolitisch diffuse „Eureka-Präferenzen" geschehen. Nur Forschungsförderung im Rahmen des dafür geltenden Konzepts kommt bei uns dafür in Frage. Ohne zusätzliche Mittel – in diesem Rahmen – wird sich allerdings insoweit schwerlich Entscheidendes bewegen.

Bürokratischer Ballast

Ein strategischer Fehler mit unabsehbaren ökonomischen und politischen Folgen wäre die Trennung der erstrebten Projektkooperation von unerläßlichen Fortschritten im Binnenmarkt und bei der Verbesserung von Bedingungen für grenzüberschreitende Forschungskooperation. Eureka muß entscheidender Treibsatz für überfällige Entwicklungen in diesen Feldern sein.

Ohne einen funktionstüchtigen Binnenmarkt ist Eureka auf Sand gebaut. Schon aus diesem Grund darf Eureka nicht als ein gegen die Gemeinschaft gerichtetes Unternehmen begriffen werden. Bürokratischer Ballast stellt sich – genau betrachtet – oft als unmittelbare Folge nicht eben seltener politischer Entscheidungsdefizite dieser Gemeinschaft dar. Komplementär und nicht konträr sollte daher Eureka im Verhältnis zu jenen Aktivitäten vorangetrieben werden, die von der Kommission in Gang gebracht wurden oder unmittelbar verantwortet werden.

„Lotteriespiel und reine Willkür"

Prominente Juristen und Mediziner äußern sich tief besorgt über Praxis der Abtreibung

JOACHIM NEANDER, **Köln**

Mehr als die Hälfte der vermutlich rund 300 000 Schwangerschaftsabbrüche pro Jahr in der Bundesrepublik ist auch vom neuen, 1976 liberalisierten Paragraphen 218 nicht gedeckt *und müßte eigentlich strafrechtlich* verfolgt werden. Zu diesem Ergebnis kamen in Köln prominente Juristen und Mediziner auf einer Tagung der Juristenvereinigung Lebensrecht e. V. Dies müsse, wie in einer Resolution gesagt wird, „die Glaubwürdigkeit unserer rechtsstaatlichen Ordnung und das Vertrauen in ihre Funktionsfähigkeit nachhaltig erschüttern".

Das Bild, das der Rechtsmediziner Professor Hans-Bernhard Würmeling und der Osnabrücker Sozialwissenschaftler Manfred Spieker von der herrschenden Praxis der Feststellung der Indikationen und der Durchführung der Abtreibungen zeichneten, war von Begriffen wie „reine Willkür" (Spieker) und „Lotteriespiel" (Würmeling) geprägt.

Ärzte nicht allein schuld

Die sogenannte soziale Notlagenindikation, die mit der Liberalisierung neu eingeführt wurde, und die medizinische bzw. eugenische Indikation würden häufig offenbar nach Belieben des einzelnen Arztes gewählt. So beträgt zum Beispiel der Anteil der sozialen Indikation an der Gesamtzahl der Abtreibungen in Wuppertal 97 Prozent, in Nürnberg dagegen nur 0,2 Prozent. Dies beruht, wie Würmeling erläuterte, vor allem darauf, daß inzwischen ganz wenige Ärzte und Kliniken den Großteil der Fälle in der *Hand haben, während die* überwiegende Mehrheit der Mediziner an diesem Geschehen nur noch „marginal" beteiligt sei.

Es seien Fälle nachgewiesen, daß Ärzte die Bescheinigung über die Feststellung der Notlagenindikation bereits auf Vordrucken ausstellen, die sie – ohne die Schwangere im einzelnen zu befragen – nur noch unterschreiben. In anderen Fällen wird die Abtreibung in einer Klinik durchgeführt, obwohl der beratende Arzt vorher die Feststellung der Indikation abgelehnt hatte.

Allerdings betonten fast alle Redner, die Schuld sei nicht allein bei den Ärzten zu suchen. Das Gesetz lasse die ganze Frage der Indikationsfeststellung im Dunkeln. Weder ein Gericht, noch die Krankenkasse, die die Leistung zahle, könne die Entscheidung des Arztes überprüfen. Dieser wiederum sei nicht in der Lage zu kontrollieren, was seine Patientin ihm über ihre Lebensverhältnisse und Schwierigkeiten erzähle. Dies sei vom Gesetzgeber offenbar so gewollt, weil damit die vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Normen bequem umgangen werden können.

Der Mannheimer Rechtsanwalt Wolfgang Philipp nannte das ganze System der liberalisierten Schwangerschaftsabbrüche ein „vom Staat sanktioniertes Tötungssystem der geteilten Verantwortung". Professor Würmeling warnte davor, die Lösung durch radikale Gesetzesänderung herbeiführen zu wollen. Weder eine *Verschärfung des Strafrechts, noch* eine Neufassung der Reichsversicherungsordnung (RVO), wie sie das Land Rheinland-Pfalz im Bundesrat anstrebt, seien kurzfristig in der Lage, jene erschreckende Mentalitätsänderung *wieder* rückgängig zu machen, die mit der Liberalisierung der Gesetze in den 70er Jahren und durch den allgemeinen Wertbewußtseinsverfall stattgefunden hat.

Dieser Mentalitätswandel hat offenbar inzwischen auch einen Teil der Rechtsprechung erfaßt. Rechtsanwalt Philipp berichtete von mehreren Entscheidungen, mit denen sogar der 6. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs „auf verheerende Weise" das schwindende Bewußtsein für das ungeborene *Leben gefördert habe. In mehreren* Fällen seien Ärzte zu Unterhaltsleistungen für das „wider Willen" geborene Kind verurteilt worden, weil der Schwangerschaftsabbruch nicht zum gewünschten Erfolg, also zur Tötung der Leibesfrucht geführt hatte. In einem Fall wurde einer Mutter Schmerzensgeld zugesprochen, der zunächst der Abbruch auf Grund einer medizinischen Indikation gestattet worden war. Entgegen dieser Indikation und trotz des Eingriffs brachte die Mutter auf normale Weise ein gesundes Kind zur Welt. Obwohl *das Gericht hier die Indikationsfeststellung* nachträglich ausdrücklich anzweifelte, gab es der Klage der Mutter statt, indem es den nicht eingeplanten Aufwand für das unerwünschte Kind und die zuvor ausgestandenen Ängste als „Schaden" anerkannte.

Von einer anderen Seite wurde das Problem durch die Heidelberger Humangenetikerin Professor Traute Schroeder-Kurth und den Düsseldorfer Kinderarzt Professor Hubertus von Voß beleuchtet. Auf der einen Seite werden die Bemühungen um das Leben zu früh geborener Kinder und um die Früherkennung genetischer Erkrankungen beim Ungeborenen immer erfolgreicher. Auf der anderen Seite rückt die Grenze der sogenannten „legalen" Abbrüche auf Grund einer medizinischen oder eugenischen Indikation (oft sogar ohne jede Ultraschalluntersuchung) „auf geisterhafte Weise" immer näher an die Grenze der Lebensfähigkeit Frühgeborener heran. Die sinkende Bereitschaft vieler Eltern, auch ein behindertes Kind zu akzeptieren und zu tragen, sei Zeichen des allgemeinen Verlustes an Mitmenschlichkeit.

„Ohne Wenn und Aber"

Eine noch eindeutigere verfassungsrechtliche Position hatte zu Beginn der Tagung Bundesverfassungsrichter a. D. Professor Willi Geiger vertreten. Mit Ausnahme der ganz wenigen Fälle, in denen wirklich zwischen dem Leben der Mutter und dem Leben des Kindes abgewogen und entschieden werden muß, seien nach dem Grundgesetz sämtliche *Schwangerschaftsabbrüche, ob medizinisch* oder sozial begründet, rechtswidrig.

Die Entschuldigungsgründe, die eventuell zur Straflosigkeit der Schwangeren führen, treffen nach Meinung Geigers auf den Arzt nicht zu. Er und die Krankenkasse handeln in jedem Fall rechtswidrig. Es sei endlich an der Zeit, daß eine Bundesregierung, die einen Eid auf die Verfassung abgelegt habe, dies wenigstens ohne Wenn und Aber sage, wenn sie dieses Handeln schon durch Gesetz straffrei lasse.

Ärzte wollen Kosten dämpfen

dpa, **Hamburg**

Die Kassen- und Laborärzte haben am Wochenende Vorschläge zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen gemacht. Auf der Jahreshauptversammlung des Deutschen Kassenarztverbandes sagte sein Vorsitzender Helmut Walther in Frankfurt, die Verwaltungsausgaben der Krankenkassen seien zwischen 1975 und 1983 um 93 Prozent gestiegen, während sich die Ausgaben für Ärzteleistungen im selben Zeitraum nur um 57 Prozent erhöht hätten. In einer Entschließung forderte die Hauptversammlung sämtliche Operationen, die aus medizinischer Sicht nicht zwingend sind – wie Schönheitsoperationen oder Schwangerschaftsabbrüche ohne medizinische Indikation – nicht mehr auf Krankenscheine zuzulassen.

Jobst Schöne neuer Bischof der SELK

F.D. **Berlin**

Mit der Wahl des bisherigen Superintendenten Jobst Schöne zum neuen Bischof der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) ist am Wochenende in Berlin eine außerordentliche Kirchensynode beendet worden. Die SELK, die in diesem Jahr ihr 150jähriges Bestehen feiert, hat in der Bundesrepublik Deutschland neun Bezirke mit rund 40 000 Mitgliedern in 120 Gemeinden. Die „Tochterkirche" der SELK in den USA umfaßt rund ein Drittel des amerikanischen Luthertums. Auf dem Arbeitsprogramm der Synode standen vor allem Fragen der Förderung des Pfarrernachwuchses. Die SELK verfügt über einen Überschuß junger Theologen, die keine Stelle als Gemeindepfarrer finden. Diese sollen jetzt im Ausland eingesetzt werden.

Krawalle an der Startbahn West

AP, **Frankfurt**

Die unmittelbare Umgebung der Startbahn West des Frankfurter Flughafens war am Samstag abend erneut Schauplatz heftiger Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. Die Beamten setzten Tränengas und Wasserwerfer ein. Die zum Teil vermummten Teilnehmer des Demonstrationszuges seien aufgefordert worden, sich zu zerstreuen. Darauf wurden die Polizeikräfte mit Steinen und Molotow-Cocktails angegriffen. Vier Fahrzeuge der Polizei seien beschädigt, ein Fluggaststeig in Brand gesteckt worden. Eine ursprünglich für den Sonntag geplante Demonstration der Grünen in Frankfurt wurde von Oberbürgermeister Walter Wallmann verboten, seine Entscheidung vom Hessischen Verwaltungsgericht in Kassel bestätigt.

Geißler rechnet mit Gewerkschaft und der SPD ab

PETER SCHMALZ, **München**

Eigentlich wollte der Politische Club der Evangelischen Akademie Tutzing bei seiner Herbsttagung die Rolle des „C" in der Politik untersuchen, Gastreferent Heiner Geißler *aber verband das Wort „christlich" in* Nebensätze und nutzt die Chance, unter dem Thema „Stellt sich die neue soziale Frage neu?" mit den sozialpolitischen Vorstellungen von SPD und Gewerkschaften abzurechnen und *die Leistungen der jetzigen Regierung* ins beste Licht zu rücken. Ein bißchen Wahlkampf ist es also, was der CDU-Generalsekretär bietet, aber auch ein mächtiges Stück Überzeugungsarbeit, das spürbaren Eindruck in dem Auditorium hinterläßt.

Den DGB wie auch den Reichsbund der Kriegsopfer nennt er schlichtweg „Kampfbund". Warum, so fragt er, sind diese nicht früher auf die Straße gegangen, etwa als 1981 unter Helmut Schmidt die Arbeitslosenzahl um 45 Prozent zunahm? Warum erst jetzt, obwohl der Zuwachs in diesem Jahr 0,0 betragen wird und die Zahl im nächsten Jahr nach Expertenschätzungen erstmals seit langer Zeit wieder sinken wird?

Geißler bestreitet nicht die Existenz einer Armut, wohl aber die einer „neuen Armut" seit 1982: Hier werde ein sozialdemagogischer Schwindel betrieben, denn 95 Prozent der jetzigen Sozialhilfeempfänger stammten aus der Zeit der SPD-Regierungsverantwortung.

Überhaupt: DGB und SPD erscheinen nach Geißlers Ansicht als unfähig, die Herausforderung einer Gesellschaft, die sich in der Umwandlung vom industriellen zum Dienstleistungs- und Informationszeitalter befindet, bewältigen zu können. Für sie sei die soziale Frage noch immer identisch mit der Arbeiterfrage, doch heute sei kein Bürger mehr deswegen arm, weil er Arbeitnehmer ist. Armut resultiere nicht mehr aus dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, Armut herrsche heute vorwiegend in drei Bevölkerungskreisen: unter Arbeitnehmern mit mehreren Kindern, unter Älteren und bei den Dauerar*beitslosen*.

Die gesellschaftspolitischen Folgen und Chancen des technischen Fortschritts können, so Geißler, nicht mehr mit den herkömmlichen Gewerkschaftsstrategien, sondern nur *noch durch moderne Formen* der Arbeitsmarktpolitik gestaltet und genutzt werden. Falls die Gewerkschaften nicht umdächten, würden sich die Arbeitnehmer von ihnen abwenden und die Gewerkschaften würden „zu den Dinosauriern der nachindustriellen Gesellschaft".

Nordschleswiger bekräftigen ihre deutsche Identität

GEORG BAUER, **Tingleff**

Der Bund Nordschleswiger (BdN) hat auf seinem deutschen Tag im dänischen Tingleff seine deutsche Identität unterstrichen, gleichzeitig aber seine Bereitschaft betont, als Sammlung loyaler Bürger im dänischen Staat mitzuarbeiten. Deutlich sprach Siegfried Matlok, Chefredakteur des BdN-Organs „Nordschleswiger", vor mehreren hundert Besuchern den Zwiespalt an, als er meinte, die Wahrheit zwischen Eider und Königsau sei weder Schwarz-Rot-Gold noch sei sie Weiß-Rot.

Unmißverständlich kam Matlok in seiner Ansprache auf die Ressentiments zu sprechen, denen sich die deutsche Minderheit auch 45 Jahre nach dem Überfall Hitlers auf Dänemark trotz der Bonn-Kopenhagener Erklärung (1955) und des gewachsenen europäischen Bewußtseins auf lokaler Ebene ausgesetzt blieben. Als Beispiel nannte er die Weigerung der konservativen und liberalen Partei, im Vorfeld er Kommunalwahl am 19. November ein Wahlbündnis mit der Partei der deutschgesinnten Dänen, der Schleswigschen Partei (SP), einzugehen. Das Nein sei mit dem „Schatten der Vergangenheit" begründet worden. Gleichzeitig würdigte er den ersten offiziellen Besuch einer BdN-Delegation vor wenigen Tagen beim Folketing als Ausdruck einer Minderheitenpolitik Kopenhagens, die „nicht mehr nur auf einem rotweißen Bein" stehe.

Dem BdN rief er ins Gewissen, sich zur Vergangenheit zu bekennen. Außerdem forderte er die Partei auf, zur Sicherung auch des eigenen Bestandes ein klares Programm vorzulegen, das auch der Jugend im Grenzraum Nordschleswig eine Zukunft eröffne. Um die Abwanderung in andere Landesteile zu stoppen, müßten auch die Lehrlinge ebenso stark gefördert wie der akademische Nachwuchs außerhalb Nordschleswigs.

Der mit überschwenglicher Sympathie bedachte Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, Uwe Barschel, hatte zuvor die Verbundenheit seines Landes mit der deutschen Volksgruppe betont. Das Land bemühe sich um ein besseres Verständnis zwischen Mehrheit und Minderheit. Ein Gradmesser für den Bestand der auf 20 000 geschätzten deutschen Nordschleswiger wird die Kommunalwahl sein. Als Erfolg würde es die SP werten, wenn sie – wie 1981 – rund 6300 Stimmen erzielte.

Reagans Botschafter: Deutsche haben ihre Selbstzweifel überwunden

● Fortsetzung von Seite 1

den SPD-Politikern ist das überhaupt nicht mehr angesprochen worden. Ich habe sowohl Willy Brandt als auch Johannes Rau schon getroffen, auch andere führende Sozialdemokraten. Wir haben uns gegenseitig versichert, daß wir einen offenen Dialog wollen. Dabei mag es Meinungsunterschiede geben.

WELT: Noch ist zwischen Bonn und Washington ungeklärt, wie die Regierungen einen möglichen Beitrag der deutschen Forschung und der Industrie zum SDI-Programm unterstützen können. Warum sollte die Bundesrepublik aus amerikanischer Sicht überhaupt an SDI beteiligt sein? Was ist der Nutzen?

Burt: Der wichtigste Nutzen für Amerika ist die Tatsache, daß auf verschiedenen Gebieten der Technologie die deutsche Industrie weltweit führend ist. Von einem rein technischen Standpunkt aus gesprochen sind wir natürlich daran interessiert, die Zusammenarbeit mit ihr bei einem sehr wichtigen Projekt zu erreichen. Denn SDI braucht die Anstrengung der Besten. Der Hauptgrund für eine Beteiligung anderer Staaten am SDI-Programm ist nicht so sehr ein politischer, sondern eben ein technischer. Politisch haben wir bereits die Unterstützung der Bundesregierung für die SDI-Forschung erhalten. Der Kanzler hat schon davon gesprochen, daß das Programm gerechtfertigt sei. Wir betrachten das als die Position der Bundesregierung.

WELT: Was können dabei Chancen und Nutzen für die deutsche Industrie sein?

Burt: Die Einzelheiten dazu konnten ja deutsche Industrievertreter bereits in Washington und in den Forschungseinrichtungen sowie bei Auftragnehmern der US-Administration selbst studieren. Ich habe sie so verstanden, sie glauben, ihre Beteiligung nütze ihren Interessen. Es könnte einen technologischen Austausch geben, außerdem die Gelegenheit zu zivilem „spin off" für die technologische Anwendung. Das würde die deutschen Unternehmen wettbewerbsfähig erhalten.

WELT: Wie sollte dieser Nutzen offiziell durch die Regierungen unterstützt und geschützt werden?

Burt: Die Frage ist, ob es offiziell zu einer Unterstützung kommt oder nicht. Es hat schon früher Abkommen zum Austausch von Geheiminformationen gegeben. Beide Seiten sind der Meinung, daß solche Abkommen erfolgreich waren und beiden Seiten Schutz boten. Der besondere Aspekt *eines Abkommens* zu SDI wäre, daß es im einzelnen die Bedingungen definieren würde. So hätten beide Seiten ihren Nutzen durch die Beteiligung. Der Schlüssel zu der Sache ist: Wir wollen, daß eine wie immer geartete deutsche Beteiligung am SDI-Programm für beide Seiten von Nutzen ist. Ein Rahmen-



Richard Burt, der neue US-Botschafter in Bonn
FOTO: MATTHIAS RÜSCHKE

abkommen würde die Richtlinien für den Technologietransfer bestimmen und ebenso die Behandlung der Patentrechte ansprechen. Das alles ließe sich am besten mit einem Rahmenabkommen vereinbaren anstelle von Verabredungen von Fall zu Fall.

WELT: Die SDI-Vision macht Europäer teilweise besorgt. Sie fürchten eine strategische Festung Amerika und hier ein Europa unter einem löcherigen Schirm.

Burt: Drei Punkte dazu. Erstens: Seit vielen Jahren sind die Europäer abhängig von einem strategischen Schutzschirm der USA. Dessen Glaubwürdigkeit hängt zum großen Teil davon ab, wie verwundbar die USA selbst sind. Am höchsten war diese Glaubwürdigkeit in den fünfziger Jahren, als die USA eben unverwundbar waren. Deshalb meine ich, daß jedes Mittel zur Sicherung der Unverwundbarkeit die Glaubwürdigkeit der strategischen Garantie für Europa stärkt. So würde eine SDI-Verteidigung dazu beitragen.

Zweitens: Ihre Frage unterstellt, daß SDI ausschließlich zum Schutz gegen Interkontinentalwaffen dienen könnte. Allein darauf ist die SDI-Forschung nicht ausgerichtet. Sie zielt auf eine Verteidigung gegen die unterschiedlichsten Systeme, eingeschlossen solche kürzerer Reichweite, die Europa bedrohen. Auch eingeschlossen solche auf U-Booten, die die USA bedrohen. Präsident Reagan hat den europäischen Politikern verschiedentlich gesagt, für den Fall, daß es zu SDI-Stationierungen kommt, würden sie nicht nur einfach die USA schützen, sondern auch Europa. Drittens und wahrscheinlich am wichtigsten ist: Sollte es zu einer ersten SDI-Stationierung kommen, würde diese keinen hundertprozentigen Schutz bieten. Ihre Wirkung wäre eine andere. Sie würde es für die sowjetische Führung schwerer kalkulierbar machen, einen Angriff zu starten. Das würde die Abschreckung stärken und damit die Strategie der flexiblen Reaktion. Ich meine schon, daß die Strategie der flexiblen Reaktion mit strategischen Verteidigungsmöglichkeiten operieren darf. Angesichts des zu erwartenden Aufwuchses der sowjetischen Offensivfähigkeiten in den neunziger Jahren ist eine Kombination von offensiven und defensiven Möglichkeiten nötig zur Erhaltung der Abschreckung. Deshalb ist auch die Vorstellung von einer „Festung Amerika" gänzlich falsch.

WELT: Macht das, was Sie sagen, nicht ein Überdenken des ABM-Vertrages erforderlich?

Burt: In gewissem Umfang ja. Wenn nach Konsultationen mit den Verbündeten und nach Verhandlungen mit der Sowjetunion die Entscheidung zur Stationierung einer größeren Zahl strategischer Verteidigungssysteme getroffen werden würde, wäre ein Überdenken des ABM-Vertrages nötig. Aber so weit sind wir noch nicht. Wir haben klar gemacht, daß wir dieses Überdenken nur gemeinsam mit Moskau betreiben wollen. Heute sind wir in der Forschungsphase, und diese ist selbst bei enger Auslegung des ABM-Vertrages erlaubt.

WELT: *Gegenwärtig ist die D 1-Mission unterwegs im Weltraum. Kann das ein Modellfall für die Zukunft sein?*

Burt: D 1 ist ein ausgezeichnetes Beispiel, wie USA und Europa in der technologischen Kooperation vorankommen kann. Wir haben aber auch nichts gegen das Eureka-Konzept, weil dabei Europa neue technische Fähigkeiten gewinnen kann, die wiederum helfen, die Kooperation mit den USA zu intensivieren.

WELT: Was kann gegen die Befürworter von protektionistischen Maßnahmen in Washington getan werden?

Burt: Viel ist schon getan worden. Der Präsident war in seinem Widerstand gegen Protektionisten schon verschiedene Male sehr couragiert. Wir sind mit der Bundesregierung hier in Bonn einer Meinung, daß eine neue Ära von Protektionismus für uns alle sehr schädlich wäre. Dagegen müssen wir kämpfen. Neben den USA haben aber auch andere Staaten ihren Teil dazu beizutragen. Es darf keine versteckten Handelsschranken geben. Einige Richtlinien in der Bundesrepublik und anderswo in Europa machen es amerikanischen Firmen im Wettbewerb sehr schwer.

WELT: Werden Sie bitte konkret.

Burt: Das Monopol der Bundespost bei der Telekommunikation schafft Hindernisse *für US-Unternehmen*. Sie können mit deutschen Firmen im Wettbewerb deshalb nicht erfolgreich sein. Das macht uns besorgt. Deshalb werden Anstrengungen in Europa, die Märkte zu liberalisieren, unter anderem bei der Hochtechnologie, dazu beitragen, den Druck im Kongreß abzubauen.

Breiter Konsenz für Bündnis mit Grünen

Auch der eher „konservative" SPD-Bezirk Nordhessen gibt Börner Rückendeckung

D. GURATZSCH, **Vellmar**

Die hessischen Sozialdemokraten stehen geschlossen hinter Börner und seinem Bündnis mit den Grünen, das noch in diesem Jahr durch Bildung einer Koalition verfestigt werden soll. Nicht nur die Führungsgremien der Partei, sondern auch die Bezirksverbände und ausdrücklich auch der eher „konservative" Bezirk „Nordhessen" haben keinerlei Argumente mehr gegen eine rot-grüne Koalition. Das jedenfalls ist der Eindruck, der sich aus den mehrstündigen Beratungen von 260 Delegierten der insgesamt *41 000* nordhessischen *SPD*-Mitglieder am Sonnabend in Obervellmar bei Kassel ergeben hat.

Die hessische SPD-Spitze hatte diesen außerordentlichen Parteitag offensichtlich in der Sorge einberufen, daß im strukturschwachen Bezirk Nordhessen mit seinen hohen Arbeitslosenzahlen und seiner eher „konservativen" Arbeitnehmer-Wählerschaft das Echo auf die Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD-Spitze und den Grünen verheerend sein würde. „Arbeit und Umwelt – Arbeit für Nordhessen" sollte zweifellos möglichen Unmut kanalisieren helfen und Besorgnisse der SPD-Ba*sis über die von führenden Unternehmern*, Sprechern der Wirtschaftsverbände und des Handwerkstages geäußerten Warnungen vor einer rot-grünen Koalition zerstreuen. Dieser Zweck des Parteitages hat sich voll erfüllt.

Kein einziger Delegierter meldete sich mit Bedenken oder gar mit einem Antrag gegen die bevorstehende rot-grüne Koalition zu Wort. Die Parteispitze hatte drei Minister geschickt, die *die Delegierten mit vielen* guten Worten, Appellen an die Solidarität und den guten Mut förmlich einseiften. Werner Vitt vom Bundesvorstand der SPD macht in einem Grundsatzreferat gar als Ahnen der Ökologiebewegung Karl Marx, Friedrich Engels und Rosa Luxemburg aus und warnte vor „Scheinalternativen zwischen Umweltschutz und Arbeitsplätzen".

Die Delegierten saßen wie gefesselt *und geknebelt. Auf* den Tischen lagen dicke papierene Trostpflaster, so ein „Initiativprogramm für Nordhessen" des Regierungspräsidenten Kassel 1985, die Fortschreibung des Nordhessenplans – Strukturprogramm der DAG Nordhessen, das Antragspaket des DGB vom Oktober für Strukturmaßnahmen in Nordhessen, ein Thesenpapier des Wirtschaftsministers Ulrich Steger „Arbeit für Nordhessen" sowie ein acht Seiten langer Leitantrag des Bezirksvorstandes, in dem, so mußte selbst Finanzminister und Nordhessenchef Hans Krollmann einräumen, viel Unvereinbares, eine Art Wunschliste für den Weihnachtsmann, zusammengestellt war.

Um auch den letzten Mucks im Keime zu ersticken, zeigte die Ministerriege den Delegierten ausgiebig die Folterinstrumente in Gestalt der angeblich grauenvollen Alternative für die SPD, *statt mit den Grünen* mit Unternehmern, Christ- und Freidemokraten zusammenzugehen.

Wie die Stimmung in Nordhessen wirklich ist, das sagten die Delegierten nur draußen an der Theke des Bürgerhauses beim Bier: „Es ist eine saudumme Situation . . ."

Nobelpreis-Ärzte gegen Zivilschutz

dpa, **Wiesbaden**

Den sofortigen Stopp aller Kernwaffenversuche, sowie wirksame Schritte zur Abrüstung in Ost und West *hat die mit dem Friedensnobelpreis* ausgezeichnete Vereinigung „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs" (IPPNW) am Wochenende in Wiesbaden gefordert.

Vor 2000 Kundgebungsteilnehmern warnte *Klaus Waterstedt* von der deutschen Sektion des IPPNW vor der Möglichkeit eines begrenzten konventionellen Krieges als gefährlicher Illusion. Er kritisierte den Entwurf eines neuen Zivilschutzgesetzes als „*Grundlage* für unsinnige Medizinvorsorge im Atomkriegsfall." Da könnten Ärzte den Überlebenden keine Hilfe mehr leisten. Vorbereitung auf zivile Katastrophen hält Waterstedt für „sinnvoll und notwendig."

Ökologische Zusammenarbeit

epd, **Rendsburg**

Die nordelbische Kirche, die in Schleswig-Holstein und Hamburg zu den größten Grundbesitzern gehört, hat sich mit der Landwirtschaft auf eine enge Zusammenarbeit im Umweltschutz geeinigt. Mit einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aus Agrarexperten, Umweltschützern und Theologen wollen beide Seiten dafür sorgen, *daß „zur Bewahrung der* Schöpfung Gottes" auf den über 14 000 Hektar Kirchenland, das zu 84 Prozent an kleine und mittlere Bauern verpachtet ist, ökologisch vernünftig und zugleich ökonomisch gewirtschaftet wird. *Diese* Vereinbarung beendet eine Auseinandersetzung zwischen den Umweltpastoren und dem schleswig-holsteinischen Bauernverband über den Einsatz von chemischen Düngemitteln.

NRW-Delegation in China

dpa, **Düsseldorf**

Zu einem zehntägigen Aufenthalt in der Volksrepublik China ist eine *nordrhein-westfälische* Wirtschaftsdelegation unter der Leitung von Wirtschafts- und Technologieminister Reimut Jochimsen in Nanking, der Hauptstadt der Provinz Jiangsu, eingetroffen. Die Vertreter von 34 *nordrhein-westfälischen* Unternehmen wollen mit den Chinesen über Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit beraten. Neben Firmen des Maschinen- und Anlagenbaus sowie der Energiewirtschaft sind zum ersten Mal auch Handelsunternehmen in der Delegation. Sie wollen dazu beitragen, dem chinesischen Wunsch nach Ausweitung der Exporte in die Bundesrepublik Deutschland Rechnung zu tragen.

Plan in Washington gegen Khadhafi?

DW. Washington

US-Präsident Reagan soll, nach einem Bericht der „Washington Post", den amerikanischen Geheimdienst CIA ermächtigt haben, eine Geheimoperation gegen die libysche Führung unter Muammar el Khadhafi zu unternehmen. Der Plan soll gegen die anti-westliche Subversion Libyens und nicht gegen das Leben des Diktators gerichtet sein. Im Kongress sei die Absicht nur anfänglich auf Widerstand gestoßen. Im Geheimdienstausschuß des Repräsentantenhauses habe ihn Außenminister George Shultz vergangene Woche erläutert.

Ziel des Geheimplanes sei, so die „Washington Post", Khadhafi in ein außenpolitisches Abenteuer zu lokken, das seinen Sturz nach sich ziehen würde. Auch wolle man den Nachbarn Libyens, etwa Algerien oder Ägypten, eine Rechtfertigung für militärische Maßnahmen gegen subversive Einmischungen geben. Die Reagan-Administration halte nach viereinhalb Jahren ineffektiver Wirtschaftssanktionen eine Operation für notwendig, schreibt das Blatt, um gegen die Bedrohung ihrer Interessen durch Khadhafi vorzugehen.

Prag: Kampf gegen die Korruption

AFP, Prag

Gegen die Korruption im Lande haben die tschechoslowakischen Behörden eine Kampagne eingeleitet. Wer die Gesetze nicht eingehalten, oder den Parteistatuten zuwidergehandelt hat, soll nach dem Willen des Präsidiums der Kommunistischen Partei seinere Ämter enthoben werden, meldet das Parteiblatt Rude Pravo. Dort wird auf den Fall eines Bergwerksdirektors und seines Stellvertreters verwiesen. Die beiden „verdienten Arbeiter" seien aus der Partei ausgeschlossen worden, weil sie sich auf Kosten ihrer Betriebe Zweitwohnungen haben bauen lassen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

In Liberia bleibt alles bei Samuel Kanyon Doe

Wachsende Kritik wegen Wahlfälschung im In- und Ausland

ACHIM REMDE, Bonn

Etwas anderes hatte niemand erwartet. Der bisherige Präsident Liberias, der 1980 mit einem Staatsstreich die Macht an sich gerissen hatte, wird auch nach den Mitte Oktober abgehaltenen Wahlen das kleine Land an der westafrikanischen Küste beherrschen. Das offizielle Ergebnis: Samuel Kanyon Doe hat 51,05 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Seine Partei errang 21 der 26 Sitze im Senat und 45 der 64 Mandate im Abgeordnetenhaus. Es war das erste Mal in der 138jährigen Geschichte des Landes, daß alle Liberianer wählen und zwischen mehreren – insgesamt vier – Parteien entscheiden konnten.

In der von freigelassenen amerikanischen Negersklaven 1847 gegründeten Republik, der ältesten Afrikas, hatte von 1877 bis 1980 die True Whig Party der Einwanderer die absolute Macht inne. Nur Landbesitzer konnten wählen. Samuel Doe, damals Oberfeldwebel, vom Stamme der einheimischen Krahn, hatte mit seinem Staatsstreich das Machtmonopol der Ameriko-Liberianer zerschlagen. Aber demokratisch waren seine Wahlen nun auch nicht. Es begann damit, daß die beiden aussichtsreichsten Kandidaten, Amos Sawyer, Vorsitzender der verfassungsgebenden Versammlung, und Gabriel Bacchus Matthews, früherer Außenminister, mit ihren Parteien disqualifiziert wurden. Sie dürfen sich auch in Zukunft nicht politisch betätigen, „weil die von ihnen propagierten politischen Vorstellungen dem liberianischen Volk fremd sind", ließ Doe lapidar verkünden.

Vor Wählern ausgepeitscht

Ihrer Scharfzüngigkeit hatte die frühere Finanzministerin und Kandidatin der Liberia Action Party eine Verurteilung zu zehn Jahren Gefängnis zuzuschreiben. Ellen Johnson Sirleaf hatte von „den Idioten, die uns regieren" gesprochen. Nach Intervention der USA wurde sie begnadigt.

Ferner: Daß Doe als Präsident die Mitglieder der Wahlkommission selbst auswählte und ernannte, garantierte auch nicht gerade deren Unabhängigkeit. Vor allem aber machte die Armee, deren Oberkommandierender der selbst ernannte General ist, den Kandidaten der konkurrierenden Parteien den Wahlkampf schwer. So beklagte sich Francis Garlawolo, Kandidat der Unity Party (UP), daß er bei einer Wahlveranstaltung in Totota, 80 Kilometer nördlich von Liberias Hauptstadt Monrovia, vor versammeltem Publikum von Soldaten ausgepeitscht wurde. In Kakata bei Monrovia besetzten Soldaten das Büro des UP-Kandidaten und sperrten ihn „wegen Geheimbündelei" für drei Tage ins Gefängnis. Gar nicht recht war es dem Staatschef allerdings, daß Oberst Harrison Pennue am Wahltag hinging und öffentlich verkündete, falls eine andere als Does Partei die Wahlen gewinnen würde, werde er innerhalb von drei Tagen die neue Regierung mit einem Staatsstreich stürzen. Der Oberst, der bei Does Staatsstreich den früheren Präsidenten Tolbert persönlich erschossen haben soll, erhielt einen strengen Verweis.

Unbegrenzte Stimmenzahl

Den Wunsch der Parteien, bei der Stimmenauszählung anwesend zu sein, wies der Vorsitzende der Wahlkommission, Emmet Harmon, zurück, „weil er die Unabhängigkeit der Wahlkommission in Zweifel ziehe". Das Fehlen eines offiziellen Wählerverzeichnisses entschuldigte er mit Personal- und Geldmangel. Berichten zufolge sollen am Wahltag die Anhänger Does die Möglichkeit gehabt haben, sooft zu wählen, wie sie wollten.

Kritikern hält Doe entgegen, wenn er unbedingt an der Macht bleiben und deshalb die Wahlen hätte fälschen wollen, hätte er sie gar nicht erst zu veranstalten brauchen. Schließlich habe er sich freiwillig dazu entschlossen.

Nur: Der Wunsch, das Militärregime durch eine Zivilregierung abzulösen, hatte sich in Liberia schon seit geraumer Zeit artikuliert. Die USA, traditionell der engste Verbündete Liberias, hatten ihre Hilfe seit Does Machtübernahme um das Sechsfache erhöht – gemessen an der Bevölkerungszahl die höchste in ganz Afrika. 1984 machte sie ein Drittel des Staatshaushalts aus. Die beabsichtigte Rückkehr zur Zivilregierung hat dabei sicherlich eine Rolle gespielt. Nun wird in Washington der Ruf laut, angesichts der offensichtlichen Wahlfälschungen die für 1985 zugesagten 86 Millionen Dollar zurückzuhalten.

Jetzt setzt Lubbers auf das Beispiel Belgiens

Moskau in Den Haag: „Wir sind falsch verstanden worden"

HELMUT HETZEL, Den Haag

Obwohl die niederländische Regierung sich nach einem sechs Jahre dauernden Diskussionsprozeß für die Aufstellung der im Rahmen der NATO vorgesehenen 48 amerikanischen Mittelstreckenraketen des Typs Cruise Missiles entschieden hat, dauert das publizistische und diplomatische Trommelfeuer, das Moskau im Vorfeld der Haager Stationierungsentscheidung entfacht hatte, auch nach diesem Haager Regierungsbeschluß unvermindert an. In einem Interview des niederländischen Fernsehens attackierte der sowjetische Botschafter in Den Haag, Blatow, am Wochenende erneut das Haager Mitte-Rechts-Kabinett und vor allem den christdemokratischen Premier Ruud Lubbers und versuchte, ihm in der niederländischen Öffentlichkeit den „schwarzen Peter" zuzuschieben, indem er ihm vorwarf, er habe die ihm aus Moskau überbrachten Botschaften nicht richtig interpretiert.

Blatow: „Man hat uns falsch verstanden." Es habe von seiten des Kremls keinerlei Vorbedingungen für ein Gespräch zwischen Den Haag und Moskau gegeben. Diese Vorbedingungen – eine davon lautete, so Premier Lubbers vor dem Haager Parlament, daß Holland von einer Stationierung absehen müsse, um in Moskau empfangen zu werden – aber sind es gewesen, die den niederländischen Regierungschef dazu veranlaßten, das russische Gesprächsangebot mit den Worten „es ist nicht ehrlich gemeint" abzulehnen und sich entsprechend dem vorgelegten Zeitplan jetzt für die Aufstellung der amerikanischen Marschflugkörper zu entscheiden.

Blatow fand überraschenderweise Gehör. In seltsamer Einigkeit erklärten sowohl der Fraktionschef der größten Regierungspartei, der christdemokratischen CDA, Bert de Vries, als auch der sozialdemokratische Oppositionschef im Haager Parlament, Joop den Uyl, Lubbers solle herausfinden, was Blatow mit seinen Ausführungen genau gemeint habe. In Den Haag wird daher gefragt: Steht nun doch noch eine Reise des holländischen Premiers nach Moskau bevor? Die allerdings, käme sie zustande, fände nun unter völlig anderen Voraussetzungen statt als noch vor einer Woche. Denn mit dem positiven Haager Stationierungsentscheid steht die Niederlande wieder als verläßlicher NATO-Partner unter dem gemeinsamen Verteidigungsdach der NATO.

Die am Freitag getroffene Nachrüstungsentscheidung ist, auch wenn Moskau das weiterhin anstrebt, nicht mehr so einfach rückgängig zu machen. Bereits heute, so sieht es der Haager Kabinettsbeschluß vor, wird der niederländische Außenminister Hans van den Broek in Washington eine Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten unterzeichnen, die die Stationierung der 48 amerikanischen Marschflugkörper auf dem Militärstützpunkt Woendsrecht besiegelt. Sie soll zunächst fünf Jahre lang gelten. Die Raketen werden dann ab 1988 einsatzbereit sein. Bis zu diesem Zeitpunkt, so weiter der Haager Kabinettsbeschluß , soll dann mit der NATO Einigkeit darüber erzielt worden sein, die sechs Atomwaffensysteme in den Niederlanden auf zwei zu reduzieren.

In den Niederlanden selbst hat die positive Haager Stationierungsentscheidung wieder klare Verhältnisse und die Voraussetzungen dazu geschaffen, daß sich die durch die jahrelange Diskussion in der holländischen Öffentlichkeit eingetretene Polarisation der Bevölkerung, von der die Mehrheit inzwischen für die Nachrüstung ist, überwunden werden kann. Politische Beobachter weisen in diesem Zusammenhang auf das belgische Beispiel hin. Bei diesem Nachbar war, bevor sich die Regierung Martens im Frühjahr dieses Jahres entschloß, die NATO-Nachrüstung termingerecht durchzuführen, eine ähnliche Situation wie in den Niederlanden entstanden. Auch hier gab es massive Proteste gegen die Stationierung. Doch dann bei den vorgezogenen Brüsseler Parlamentswahlen im Oktober spielten die Raketen so gut wie gar keine Rolle mehr. Im Gegenteil: Martens gewann die Wahl eindeutig. So ist es durchaus denkbar, daß auch Ruud Lubbers bei den in Holland für Mai 1986 anstehenden Parlamentswahlen wiedergewählt werden wird, vorausgesetzt , es gelingt dem holländischen Premier ebenso wie Martens das schaffte, keine neuen öffentlichen Zweifel und Spekulationen über den jetzt getroffenen Haager Nachrüstungsbeschluß aufkommen zu lassen.

Peking will Taiwan auch in Südamerika isolieren

Zhaos Werbetour und Chinas Anspruch in der Dritten Welt

JOCHEN HEHN, Hongkong

Die zweiwöchige Tour des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang durch die vier südamerikanischen Länder Kolumbien, Brasilien, Argentinien und Venezuela (bis zum 11. November) verfolgt mehrere Ziele. Zum einen versucht China, mit möglichst vielen intensiven Beziehungen zu Staaten in diesem Teil der Welt sich mehr Ansehen, Einfluß und dadurch mehr Handlungsspielraum auf der internationalen Bühne zu verschaffen.

Zum anderen ist die diplomatische Lateinamerika-Offensive, die Peking gegenwärtig unternimmt, Teil der Bemühungen, die Inselrepublik Taiwan noch mehr zu isolieren und dadurch für Pekings Wiedervereinigungspläne gefügiger zu machen.

Zhaos lateinamerikanische Werbetour dürfte in Taiwan mit größtem Unbehagen registriert werden, denn 14 der insgesamt 24 Staaten, die mit Taiwan noch offizielle Beziehungen unterhalten, sind in dieser Region zu finden. Selbst großzügige Wirtschaftshilfe, die Taiwan quasi als „Entschädigung" für diplomatische Vertragstreue zu gewähren bereit ist, vermögen nicht den diplomatischen Sog zu Peking hin aufzuhalten.

Ein Blick auf die Erfolgsbilanz der Pekinger Diplomatie macht dies deutlich: Venezuela und Brasilien nahmen 1974 offizielle Beziehungen zur Volksrepublik China auf, 1976 und 1977 folgten Surinam und Barbados, 1980 Ecuador und Kolumbien, 1983 Antigua-Barbuda sowie schließlich Bolivien im Juli und Grenada im September dieses Jahres.

Gut vorbereitet

Weitere drei Staaten stehen offenbar kurz davor, ihre diplomatischen Vertretungen von der Insel Taiwan aufs kommunistische Festland umzusiedeln: Costa Rica, Nicaragua und Uruguay. Mittlerweile unterhält Peking also zu allen südamerikanischen Staaten – mit Ausnahme von Paraguay und Uruguay – diplomatische Beziehungen, was etwa 90 Prozent des Territoriums und der Bevölkerung von Südamerika „abdeckt".

Pekings diplomatische Offensive war gut vorbereitet. Die wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit wurde schon Ende der 60er Jahre aufgenommen und seitdem ständig gesteigert. Im vergangenen Jahr erreichte das Handelsvolumen mit den lateinamerikanischen Staaten 1,2 Milliarden US-Dollar (1970: 130 Millionen US-Dollar).

Politisch betreibt China schon seit geraumer Zeit in Süd- und Mittelamerika Seelenmassage. Als entschiedener Vertreter und Verfechter der Interessen der Dritte-Welt-Staaten machte sich Peking mehrfach Standpunkte der lateinamerikanischen Staaten zu eigen. So unterstützt es zum Beispiel die Ziele der sogenannten Contadora-Staaten, die sich um diplomatische Lösungen der Konflikte in Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Honduras und Costa Rica bemühen und setzte sich für einen Nord-Süd-Ausgleich in der Schuldenfrage Lateinamerikas ein.

Prinzip Pragmatismus

Darüber hinaus legte China seine Grundsätze zur Mittelamerika-Politik vor, die besagen:

- Verurteilung jeder Intervention von außen, insbesondere der Machtpolitik der zwei Supermächte (USA und Sowjetunion) in dieser Region.
- Lösung der internen Probleme der mittelamerikanischen Länder nur durch sie selbst.
- Beilegung der internen Probleme und Streitigkeiten zwischen diesen Staaten nur durch friedliche Verhandlungen und nicht durch Anwendung bewaffneter Gewalt.

Die Strategie der Volksrepublik China in Mittel- und Südamerika mag als Paradebeispiel für den elastischen Pragmatismus gelten, der zum Prinzip ihrer Außenpolitik geworden ist. Peking versucht, aus den Veränderungen in den verschiedenen Teilen der Welt für sich Vorteile zu ziehen und seine Position international zu stärken.

Grundprinzip ist dabei, weltweit eine Front gegen die Vorherrschaft der beiden Supermächte aufzubauen, auch wenn dabei Allianzen mit antikommunistischen Regimen eingegangen werden müssen oder gar – wie im Falle Brasiliens und Argentiniens – auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Atomenergie zusammengearbeitet wird.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Autofahrer-Schröpfstelle

Sehr geehrte Damen und Herren,

dem Vorsitzenden des ADAC Mittelrhein ist beizupflichten: Die Radaranlage am Elzer Berg ist Deutschlands Autofahrer-Schröpfstelle Nr. 1 (WELT v. 11. 10.). Die Notwendigkeit von sinnvollen Geschwindigkeitsbegrenzungen und deren Durchsetzung auf neuralgischen Autobahnstrecken wird am wenigsten von den Kraftfahrern geleugnet, die auf die tägliche Benutzung der Autobahnen angewiesen sind. Ich zähle mich zu ihnen und wende mich gerade deswegen gegen die Radaranlage am Elzer Berg.

Die wesentlichste Ursache für die frühere Unfallträchtigkeit der langgezogenen Strecke am Elzer Berg bildete die Zweispurigkeit der Fahrbahn. Sie machte das Überholen der langsam fahrenden Lastwagenkolonnen zu einem Risiko, das viele schwere Einholunfälle zur Folge hatte. An die vielen Staus, in denen ich während der 60er Jahre wegen solcher Unfälle am Elzer Berg und an ähnlichen Gefällstrecken steckte, erinnere ich mich nur ungern.

Diese Unfallursache ist mit dem Ausbau der dritten Fahrspur der Autobahn Köln–Frankfurt beseitigt worden. Der Elzer Berg ist, ebenso wie die früher mindestens gleich gefährliche Wiedbachtal-Strecke, sozusagen entschärft worden. Während jedoch am Wiedbachtal die mit Geschwindigkeitsbegrenzung belegte Strecke auf das notwendige Maß beschränkt wurde und für ihre Einhaltung durch stichprobenartige Geschwindigkeitskontrollen Sorge getragen wird, wurde der inzwischen weniger gefährliche Elzer Berg regelrecht zu einer „Radarfestung" ausgebaut, durch die der schon weit im Vorfeld auf 100 km/h heruntergedrückte Kraftfahrer mit immer mehr perfektionierten Methoden und erheblichem Sach- und Personalaufwand überwacht wird.

Bis zu acht Polizeifahrzeuge sind es, die den Berg kontrollieren, die grün-weißen und getarnten Fahrzeuge der „Jagdstaffel" auf dem Platz unterhalb der 2. Schilderbrücke eingeschlossen.

Sicherlich besteht allgemein Übereinstimmung, daß das angebliche Plus von 3 bis 5 Millionen Mark und der Geschäftsgang der für den Elzer Berg zuständigen Polizei und Gerichte für sich gesehen keine Rechtfertigung des aufwendigen Kontrollsystems bilden. Bleibt die Vermutung, daß den aus Rheinland-Pfalz einfahrenden Autofahrern hessische Verhältnisse demonstriert werden sollen.

Mit freundlichen Grüßen
Rainer Mauer,
Rösrath

Nur zu wahr

„Brutalität in Honeckers Gefängnissen": WELT vom 21.–22. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf Ihnen bestätigen, daß kein einziges Wort der drei Berichte über die Zustände in DDR-Strafanstalten, wo auch „Politische" einsitzen, unrichtig ist. In der „Freiheitsglocke", dem Organ der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, könnten Sie Erkenntnisse sammeln, die über Ihr Geschildertes noch weit hinausgehen. Ich meine dies im negativen Sinn!

Selbst mehrere Jahre in der DDR aus politischen Gründen inhaftiert, könnte ich ein Dutzend Ausgaben der WELT füllen, um die Zustände und Bedingungen aufzuzeigen, was es heißt, in der DDR politischer Häftling zu sein.

Besten Dank, Herr Facius. Im rotrosarot-grünen Blätterwald der deutschen Lande vermißt man solche Berichte!

Mit freundlichen Grüßen
Frank Beyer-v. Gablenz
Bremen 41

Amts-Theorie

„Teilzeitarbeit bringt mehr Vorteile und kostet weniger, als gedacht wird"; WELT vom 23. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Vorstellung des Parlamentarischen Staatssekretärs Wolfgang Vogt bezüglich der Belastung für die Betriebe bei Teilzeitarbeit gehen, wie so häufig bei unseren Politikern, an der Praxis vorbei.

Teilzeitkräfte werden in der Regel der Belegschaftsstärke voll zugerechnet und können somit zum Beispiel die Zahl der zu besetzenden Schwerbehindertenplätze ebenso erhöhen wie zu einer Vergrößerung der Betriebsratszahl (jeweils Vollzeitbeschäftigte) führen.

Seitens unseres Arbeitskreises sind der Bundesregierung Vorschläge zur Besserung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Teilzeitarbeit-Suchende unterbreitet worden. Dazu gehört unter anderem, daß Teilzeitbeschäftigte grundsätzlich entsprechend der mit ihnen vereinbarten Arbeitszeit anteilig der Beschäftigungszahl anzurechnen sind.

Hier wird der Gesetzgeber gefordert, jene Flexibilität zu beweisen, die er so gerne der Wirtschaft abverlangt.

Mit freundlichem Gruß
Heinrich Strack,
Sprecher, Arbeitskreis Wirtschaft,
Leer

Tradition

WELT-Report: „30 Jahre Bundeswehr": vom 29. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum WELT-Report: „30 Jahre Bundeswehr" möchte ich Sie sehr herzlich beglückwünschen. Herrn Rüdiger Moniac ist es gelungen, in knapper und prägnanter Form ein eindrucksvolles Bild der deutschen Bundeswehr unter Berücksichtigung vieler Einzelaspekte zu schaffen.

Es hat mich besonders gefreut, daß dabei ein Thema nicht ausgeschlossen wurde, welches bisher in der Öffentlichkeit nur mit Vorsicht behandelt wurde und dabei heftigste Diskussionen auslöste: Tradition! Der Autor Henk Ohnesorge gab seinem Kapitel den zutreffenden Namen: „Kraftquell für die Gegenwart". Mit dieser Überschrift ist eigentlich schon alles gesagt, was Tradition und Traditionspflege für die Bundeswehr heute bedeuten kann und soll.

Tradition ist eben nicht nur ein Hort von Erinnerungen; sie hat auch keinen musealen Charakter. Tradition legt die unvergänglichen Werte frei, die ein Volk im Laufe seiner Geschichte geschaffen hat, damit sie sich richtungsweisend und vertrauensbildend auf die Gegenwart auswirken können. Es ist daher einfach nicht wahr, daß auf Tradition verzichtet werden kann, wie aus manchen politischen Ecken zu hören ist.

Tradition ist eben kein starres Festhalten am Hergebrachten, sondern ein sich ständig fortentwickelndes Geschichtsbewußtsein, das sich an festen Wertvorstellungen orientiert. Wenn aber ein Volk, wie gerade das unserige, kein Geschichtsbewußtsein entwickelt, kann auch keine Tradition entstehen. Hier ist noch einiges nachzuholen.

Nun soll niemand sagen, Tradition wäre undemokratisch und daher für die heutige Zeit nicht akzeptabel. Waren es nicht freiheitlich-demokratische Ideale, die Frauen und Männer von den Freiheitskriegen bis hin zum *20. Juli 1944* beflügelten. Aus solchen Tugenden und Wertvorstellungen sollte das wahre und echte Traditionsbewußtsein unserer Tage gespeist und zum Vorbild unserer Jugend werden.

Aber die Bundeswehr hat auch ihre eigene Tradition begründet. Bei der Flutkatastrophe im Februar 1962 in Hamburg verloren neun junge Soldaten ihr Leben, als sie helfen wollten, Menschen zu retten. Sie verwirklichten die von mir angesprochenen Tugenden, die zum selbstverständlichen Inhalt einer „zeitgemäßen" Tradition gehören. Sie sind mehr noch als historische Gestalten Symbolträger der Tradition und Vorbilder nicht nur für die Soldaten der Bundeswehr.

Mit freundlichen Grüßen
Wilhelm Thiemann,
Hamburg 73

Kirche in den Medien

„EKD für Kontrolle des Privatfunks": WELT vom 29. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

übereifrig bastelt die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) an Denkschriften und Studien. Nun beschert uns die EKD eine Studie, mit der sie uns eine Kontrolle über den noch zu installierenden Privatfunk schmackhaft machen will.

Doch trotz Kontrolle durch die EKD über die Rundfunkräte ist bis dato bei den öffentlich-rechtlichen Funkmedien Evangelium Mangelware! „Kirchliche Akzente" vermitteln uns Politprediger wie Albertz und Gollwitzer.

In der TV-Reihe „Tagebuch" werden Diskriminierungen von Christen im sozialistisch-kommunistischen Machtbereich nicht einmal erwähnt, während das indianerverachtende sandinistische Nicaragua als Musterbeispiel einer „aufstrebenden" Nation, von den Vereinigten Staaten hart bedrängt, herausgeputzt wird. Ebenfalls zu bemängeln sind oftmals auch die „Wort zum Sonntag"-Sendungen, die statt Evangelium schlichtweg Agitation beinhalten.

Beim künftigen Privatfunk sollten christliche Grundanliegen, den Menschen Bibel und Bekenntnis vertrauter zu machen, viel stärker berücksichtigt werden. Der Ruf nach mehr Evangelium in den Medien sollte in Zukunft von den privaten Funkeinrichtungen tatkräftig unterstützt werden. Da sich die Struktur der EKD nicht in absehbarer Zeit ändert, ist eine Kontrolle durch sie streng abzulehnen.

Mit freundlichen Grüßen
Heinrich Wiehemeyer,
Osnabrück

Widerspruch

„Kirchenaustritt nicht mehr tabu": WELT vom 26. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

der frühere Landesbischof Wölber sollte sich fragen lassen – und sich selbst fragen –, was er getan hat, um der „Verlagerung von violett zu rot" entgegenzuwirken?

Hat er wirklich als Bischof, als Oberhirte, die ihm anvertrauten „Kirchenschafe" bewahrt vor der Politisierung der Kirche?

Ist das christliche Verantwortung, im Amt die Entwicklung mehr oder weniger treiben zu lassen und nach dem Ausscheiden deutlich zu machen, daß das schiefgelaufen ist?

Vielleicht könnte der Bischof im Ruhestand uns „Kirchenschafen" Hilfen geben, wie wir uns gegen die fortschreitende Politisierung unserer Kirche wehren können?

Mit freundlichen Grüßen
Barbara Walther,
Hamburg 73

Wort des Tages

„Das Gewissen ist eine Wunde, die nie heilt und an der keiner stirbt."

Friedrich Hebbel, deutscher Dramatiker (1813–1863)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, *Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen*. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAG

Der Geschäftsführer des CDU-Deutschlandbüros in Berlin und Hauptvorstandsmitglied der Exil-CDU, **Alfred Krause**, feiert heute seinen 70. Geburtstag. Der in Ostritz bei Zittau in Sachsen Geborene war bis zum Zweiten Weltkrieg als Verlagskaufmann tätig. Nach seiner Rückkehr aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft im August 1945 gehörte er zu den Mitbegründern der CDU und der Jungen Union in der Lausitz. Von 1947 bis Februar 1950 war er Leiter des Sozialamtes im Rathaus von Ostritz. Der Konflikt zwischen Alfred Krause, der seine aus christlicher Verantwortung geprägte freiheitlich-demokratische Grundeinstellung nicht zugunsten einer angepaßt-opportunistischen Haltung aufzugeben bereit war, und den Sowjets war programmiert: 1950 mußte er mit seiner Frau **Irmgard** nach Berlin fliehen. Hier war er zunächst im Bezirksamt Wedding und dann als Leiter der Nebenstelle des Ostbüros der CDU im Notaufnahmelager Marienfelde tätig. 18 Jahre lang war Krause Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Wedding, saß acht Jahre lang in der Bezirksverordnetenversammlung und wurde schließlich für elf Jahre in das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. Von 1968 bis 1975 war er als Stadtrat für Wirtschaft und Sozialwesen in Wedding tätig. Ein schwerer gesundheitlicher Schlag zwang Krause zum Rücktritt als Stadtrat. Bis zum heutigen Tage hinaus ist er als Geschäftsführer des CDU-Deutschlandbüros tätig.

AUSZEICHNUNGEN

Der amerikanischer Forscher Professor **Isaiah Fidler** vom Andersson-Hospital in Houston erhält am Freitag in der Universität Münster den mit 10 000 Mark dotierten „Alexander-Besredka-Preis 1985". Er wurde ihm von der deutsch-französischen Stiftung „Immunologische Tagung" für seinen experimentellen Nachweis von großen „Freßzellen" im Rückenmark verliehen, die jede Tumorzelle vernichten können. Der nach dem russischen Forscher benannte Preis wird anläßlich des diesjährigen Symposiums der Stiftung in Münster zum neunten Mal verliehen.

*

Ungewöhnliche Leistungen deutscher Crews sind auf dem traditionsreichen Hochseesegler-Abend am Samstag im Bremer Rathaus mit den begehrten Wanderpokalen der Segelkameradschaft, Wappen von Bremen, ausgezeichnet worden. Die neunköpfige Crew der „Roland von Bremen IV" unter Skipper **Rainer Persch** erhielt den Goldenen Kompaß für eine Fahrt zum Nordostland von Spitzbergen, wobei sie mit 81 Grad 22,5 Minuten Nord die nördlichste Position erreichte, die je eine Segeljacht schaffte. **Reimer Böttger** (Bremen) wird mit dem Silbernen Globus geehrt. Böttger segelte mit seinen beiden 20- und 18jährigen Söhnen mit der „Plejades" von Europa durch den Panamakanal um Kap Horn und dann über Island zurück nach Bremen. **Rolf Nordmann** (Bremerhaven) wurde mit dem Tanja-Pokal für eine hervorragend gemeisterte 2277 Seemeilen lange Fahrt mit der nur neun Meter langen „Britt" zur Ostküste Islands ausgezeichnet. Den Rolf-Schmidt-Gedächtnispreis für den erfolgreichsten Dreivierteltonner bei der Nordsee-Woche und bei der Kieler Woche erhält die „Schini VII" von **Winfried Graw** (Hamburg).

*

Einen Forschungspreis für romanistische Literaturwissenschaft, der erstmals dem Göttinger Romanisten Professor Dr. **Dieter Steland** zuerkannt worden ist, hat die Universität Freiburg gestiftet. Die mit 20 000 Mark dotierte Auszeichnung wurde Professor Steland in Freiburg bei einer Feier zur Eröffnung des akademischen Jahres überreicht. Steland erhielt den zum Gedenken an die bedeutenden Freiburger Romanisten **Hugo Friedrich** und **Erich Köhler** geschaffenen Preis, der alle drei Jahre vergeben wird, für sein Buch „Moralistik und Erzählkunst von La Rochefoucauld und Mme. de Lafayette bis Mariveaux".

*

Der Brüder-Grimm-Preis des Landes Berlin zur Förderung des Kinder- und Jugendtheaters geht in diesem Jahr an die Produktion „Voll auf der Rolle" des Berliner Grips-Theaters. Die mit 10 000 Mark dotierte Auszeichnung wird seit 1961 alle zwei Jahre vergeben. Das Preisgericht ehrte die Autorin **Leonie Ossowski** für ihr Jugendstück und das Grips-Theater, das in enger Zusammenarbeit mit der Autorin das Stück 1984 uraufgeführt hatte.

EHRUNG

Der Marburger Lyriker **Gerhard Zipperling** ist mit der Rudolf-Descher-Feder der Interessengemeinschaft deutschsprachiger Autoren ausgezeichnet worden. Er erhielt die Auszeichnung in Würdigung seiner in den letzten 25 Jahren geschriebenen und bisher in fünf Bänden veröffentlichten Gedichte. Der 78jährige pensionierte Studienrat fühlt sich in seinem literarischen Schaffen vor allem Gegenwartsproblemen und der Natur aus christlicher Sicht verbunden.

BERUFUNG

Professor Dr. **Udo Schwertmann**, Ordinarius für Bodenkunde der Technischen Universität München in Weihenstephan und geschäftsführender Direktor der Bayerischen Hauptversuchsanstalt für Landwirtschaft, wurde vom Bundesminister für Forschung und Technologie in das Gutachtergremium zum Forschungsprojekt „Bodenschutz und Wasserhaushalt" sowie von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in das Gutachtergremium des Sonderforschungsbereiches „Wasser- und Stoffdynamik in Agrarökosystem" berufen.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Manfred Neumann** von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre) hat vom Minister für Wissenschaft und Kunst des Landes Baden-Württemberg einen Ruf auf den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre und Außenwirtschaft an der Universität Mannheim erhalten.

VERNISSAGE

760 Gäste interessierten sich für eine Ausstellung, zu der das Kölner Kunst- und Einrichtungshaus May eingeladen hatte. Thema der Ausstellung: „Kostbarkeiten aus England, Kunst und Wohnkultur der großen Epochen". Die große Schau steht unter der Schirmherrschaft von **Catherine Pestell**, der Gesandtin für Wirtschaft an der britischen Botschaft in Bonn. Die Kostbarkeiten wurden zusammengetragen in Zusammenarbeit mit dem British Council, der Britischen Handelskammer, von Christie's Contemporary Art, London, und der Deutsch-Englischen Gesellschaft, Deutschland, sowie der britischen Möbelmanufaktur. Gastgeber des Abends in dem Kölner Haus waren **Walther May** und seine Frau **Anna**. Unter den vielen Gästen waren der englische Botschaftsrat für Handel, **Brian Smith**, die Kölner Bürgermeisterin Dr. **Brigitte Malbaum**, der Botschafter von Ägypten, **Mohamed El Shaffie Abd el-Hamit**, Äthiopiens Botschafter **Tadesse Terrefe** sowie der Vorsitzende der Chamber of Commerce, **Joe Parr**, von Christie's **Peter Osborne** und **Frank Scheller** und von der Windsor Galery **Hans Hagedorn**. Zu den kostbarsten ausgestellten Möbeln gehörte ein Sekretär „Queen Anne", 42 000 Mark wert. Es gab nicht nur Möbel und Porzellan, die Gastgeber hatten eine Vielzahl von britischen Kunstobjekten, Malerei, Skulpturen nach Köln geschafft. Unter den bemerkenswertesten Exponaten waren Zeichnungen des großen Bildhauers **Henry Moore**.

WAHL

Zum „Stadtzeichner von Nürnberg" für 1986 ist der 32jährige **Sam Saembek** aus Nürtingen bei Stuttgart gewählt worden. Der Künstler ist mit Arbeiten beim Länderbeitrag der Bundesrepublik Deutschland in der gegenwärtig gezeigten 3. Internationale der Zeichnungen und Bildhauerzeichnungen in Nürnberg vertreten. „Amtierender" Stadtzeichner ist die Münchnerin **Teresa Dietrich**, die im April/Mai 1986 ihre Arbeiten in der Kunsthalle Nürnberg vorstellt.

Dritte Phase des Dialogs der Kirchen

DW. Darmstadt

Für eine dritte Phase des ökumenischen Gesprächs und der Begegnung nach den Phasen der Begeisterung und der nachfolgenden „notwendigen Ernüchterung" plädierte der Bischon von Mainz, Professor Karl Lehmann. In einem Vortrag am Abend des Reformationstages in der evangelischen Friedensgemeinde in Darmstadt zum Thema „Vom Wachsen der Kirchengemeinschaft – Ergebnisse und neue Aufgaben des ökumenischen Dialogs", mahnte Lehmann, die Ökumene könne auch an „überlegender Kritik und selbstsicherer Nörgelei sterben".

Ohne die Kraft des Kreuzes komme die ökumenische Arbeit niemals aus, bekräftigte der Bischof. Erst dann könne man trotz der ungelösten Probleme die bislang zurückgelegte Wegstrecke als ein Wunder in der Geschichte der Menschheit begreifen, *„wie es sich nicht oft wiederholt"*. Gerade die Einzigartigkeit dieser Stunde verpflichtet zu allem Einsatz für die mühsame aber gerade da so notwendige Versöhnungsarbeit.

Übersprungene Schritte führen ins Leere

Für diese neue dritte Phase des ökumenischen Dialogs, erklärte Lehmann, stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, sei es wichtig ein Schwerpunktprogramm zu entwerfen. Dazu nannte er „holzschnittartig" mehrere Punkte. Es sei verständlich, daß die ganze Dynamik der Ökumene auf die eucharistische Gemeinschaft hinstrebe, aber wenn dieses Verlangen die notwendigen nächsten Schritte der Gemeinschaft überspringe, müsse sie ins Leere gehen. Gerade in dem Bereich der spirituellen Grundüberzeugung, der gottesdienstlichen Handlungen, der ethischen Lebensprinzipien *und nicht zuletzt in den alltäglichen* Lebensvollzügen sei vieles, was einmal ausgesprochen ist, wieder verkümmert: „Glaubensgespräche, gemeinsame Bibellesung, Wortgottesdienste".

Die Kirchen müssen, betonte Bischof Lehmann, an den kontroversen Fragen über das Amt, die Eucharistie, *die Sakramente, die Rechtfertigung,* die Kirche und das Verhältnis von Schrift und Überlieferung, Maria, das Papsttum, die Heiligenverehrung, die Ehelosigkeit des Priesters, das Priestertum der Frau, das Mönchsgelübde und die geistlichen Gemeinschaften mit allen Kräften weiter arbeiten.

Wie Lehmann weiter ausführte, bewegt sich das Gespräch der Kirchen weithin auf dem Feld der klassischen kontroversen Themen und der systematischen Theologie. Aber es bedürfe künftig auch der intensiveren Aufarbeitung oft verborgener theologischer Differenzen in anderen Bereichen, so vor allem in der Liturgiewissenschaft, dem Kirchenrecht und der *Sozialethik. Es gebe eine gute* Zusammenarbeit auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Diakonie, einschließlich der Entwicklungshilfe, und auch der gemeindlichen Caritas. Aber die theologische Reflektion hinke hinterher. Ähnliches gelte für die Theologie der Mission. Im übrigen habe dieses Defizit, so der Bischof, auch beträchtliche Wirkungen für die geringer gewordene Ausstrahlungskraft der Kirchen im öffentlichen Raum. „Ich denke hier an die Differenzen im Bereich der Sexualethik und die bisher wenig artikulierte Gemeinsamkeit einer grundsätzlichen Haltung im Blick auf Schwangerschaftskonflikte, Abtreibung und Fragen der modernen medizinischen Ethik."

Anfang nächsten Jahres ein gemeinsames Papier

Der Mainzer Bischof und zweite Mann in der katholischen Kirchenhierarchie in der Bundesrepublik Deutschland gilt als einer der führenden Ökumeniker. Er war bereits als Freiburger Professor vor seiner Berufung auf den bischöflichen Stuhl zu Mainz in die Arbeiten der gemeinsa*men Kommission* der beiden großen christlichen Kirchen eingeschaltet. Es wird damit gerechnet, daß schon Anfang des nächsten Jahres ein gemeinsames Papier als Ergebnis der Beratungen vorgestellt werden kann.

Erhebliche Bedenken gegen einen „allzu zuversichtlichen Grundton" in der Beurteilung evangelisch-katholischer Annäherung hatten die jüngste Generalsynode der Vereinigten evangelisch-lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) in Schleswig beherrscht. So wies der bayerische Landesbischof Hanselmann daraufhin, daß „bereits zehntausende von Kindern" aus sogenannten Mischehen nicht mehr getauft würden, weil die Eltern keine Klarheit hätten über die beiderseitige kirchliche Anerkennung.

Der scheidende Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Eduard Lohse, zieht in einem WELT-Interview Bilanz seiner Amtszeit. Er verschweigt nicht, daß die Kirche tiefgreifenden inneren Spannungen ausgesetzt ist, daß es Flügel gibt, daß es oftmals die bewußten Christen sind, die der Kirche aus Enttäuschung den Rücken kehren. Aber Lohse sieht auch Zeichen der Hoffnung. Dazu gehört das starke Engagement der evangelikalen Gruppen. Der Ratsvorsitzende findet in dem Interview mahnende Worte zur aktuellen Abtreibungsdiskussion. Schwangerschaftsabbruch könne keine Möglichkeit der Geburtenkontrolle sein. Schuldzuweisungen möchte Lohse aber nicht nur auf die Politiker beschränkt wissen. In der Gesellschaft insgesamt sei die Verantwortung gegenüber dem werdenden Leben nicht ernst genug genommen worden. Mit Lohse sprachen Gernot Facius und Michael Jach.

„Die Kirche wird kleiner, aber das Engagement der Treuen wächst"

WELT: In Ihre Amtszeit fallen heftige Auseinandersetzungen. Ist die Evangelische Kirche in Deutschland heute eine von Konflikten zerrissene Gemeinschaft?

Lohse: Es ist wohl nicht zu bestreiten, daß Spannungen und gelegentlich auch Konflikte in der evangelischen Kirche deutlicher zum Vorschein kommen als vielleicht in anderen großen Kirchen oder großen gesellschaftlichen Gruppen. Aber ich halte es für einen Vorteil, daß Schwierigkeiten offen und redlich ausgetragen werden. Die Spannungen, die sich in letzter Zeit besonders deutlich in der Nordelbischen Kirche gezeigt haben, konnten auf der Sondersynode in Rendsburg in einer, wie ich denke, überzeugenden Weise aufgearbeitet werden. Und es hat sich dabei herausgestellt, daß viel stärker als Gegensätze der Grundkonsens ist, der nach wie vor unsere Volkskirche trägt und zusammenhält.

WELT: Nordelbien so könnte man sagen, ist überall in Ihrer Kirche ...

Lohse: Das ist richtig. Die Probleme, die in Nordelbien zur Verhandlung standen, beziehen sich auf Grundsatzfragen, die im Prinzip in unserer ganzen Kirche anstehen. Deswegen scheint mir aber gerade die Verständigung, die dort erreicht worden ist, mit dem Dokument, das die Synode mit überwältigender Mehrheit verabschiedet *hat,* auch von grundsätzlicher Bedeutung zu sein. Wir haben Flügel, wir haben Gruppen besonderer Profilierung in unserer Kirche. Das ist aber nicht das Problem, sondern das Problem besteht in der Frage, wie wir mit solchen unterschiedlichen Positionen umgehen.

WELT: Bestand die Gefahr eines Auseinanderbrechens?

Lohse: Eine gewisse Gefährdung ist immer wieder aufgetreten. Aber ich habe zu keinem Zeitpunkt das Gefühl gehabt, daß wirklich ernsthaft ein *Auseinanderbrechen hätte* bevorstehen können. Ich habe vielmehr die Erfahrung gemacht, daß Vertreter unterschiedlicher Gruppen immer dann, wenn man sie um ihre verantwortliche Mitarbeit bat, dazu auch bereit gewesen sind. Die Volkskirche unterliegt zwar einem langsamen Prozeß der Veränderung und auch

> Gegen bestimmte Trendbewegungen ist schwer anzukommen. Wir werden natürlich volksmissionarische Aktivitäten fortsetzen. Nur sollte man sich nicht an übertriebene Erwartungen klammern.

der langsam zurückgehenden Mitgliederzahl, aber diese Veränderung vollzieht sich in längeren Schüben, und insgesamt können wir nach wie vor von einer relativen Stabilität der Volkskirche sprechen.

WELT: Ist diese stetige quantitative Auszehrung der Volkskirche abzuwenden? Hat die Kirche überhaupt eine Möglichkeit der Steuerung?

Lohse: Es gibt bestimmte Trendbewegungen, gegen die sehr schwer anzukommen ist. Auch die römisch-katholische Kirche hat ja einen ver*gleichbaren Rückgang. Der Prozeß* der Säkularisierung vollzieht sich auch dort, nur phasenverschoben. Auf der anderen Seite können wir aber beobachten, daß in einer langsam kleiner werdenden Kirche bei den Mitgliedern, die der Kirche die Treue halten, das Engagement zunimmt. Wir können beobachten, daß die Beteiligung an den Abendmahlsfeiern in der evangelischen Kirche von Jahr zu Jahr wächst. Wir können ebenso beobachten, daß die Arbeitskreise der kirchlichen Gruppen, Seminare usw., langsam stetig wachsen. Wir finden ein erhebliches Engagement in Kirchenvorständen, Synoden und Leitungsgremien.

WELT: Sind es nicht vielfach die bislang besonders Kirchentreuen, die austreten?

Lohse: Wir möchten alles tun, um zu verhindern, daß Menschen, die sich selbst bewußt als Christen verstehen, *aus Enttäuschung* die Kirche verlassen. Ich versuche solche Enttäuschten darauf anzusprechen, daß wir mit diesen Enttäuschungen nur dann fertig werden, wenn wir uns um ihre Verbesserung bemühen. Und ich kann sagen, gerade aus den Gruppen der evangelikalen Gemeinschaften habe ich allerlei Ermutigung, Hilfe und Unterstützung gefunden. Wir sollten auch in Zukunft diese integrierenden Bemühungen verstärkt fortsetzen. In den Bekennenden Gemeinschaften und evangelikalen Gruppen ist ein sehr starkes Engagement für die Kirche lebendig. Und überall da, wo die Mitgliedervertreter dieser Gruppen merken, daß es der verantwortlichen Leitung der Kirche um dieselbe Sache geht, *nämlich* das Evangelium in unserer Zeit glaubwürdig zu bezeugen, ist auch Verständigung und Zusammenarbeit wieder möglich. Das schließt nicht aus, daß es Probleme im einzelnen gibt. Aber ich bin auch den evangelikalen Gruppen und Gemeinschaften dankbar dafür, daß sie sich auf ihre Mitverantwortung für unsere Kirche immer wieder haben ansprechen lassen.

WELT: Es sei eine Illusion zu glauben, sagten sie kürzlich, daß man durch „geistliche Klimmzüge" eine rasche Trendumkehr erreichen könne. Spricht daraus Resignation?

Lohse: Wir werden natürlich, ich habe mich hier etwas locker ausgedrückt, Bemühungen volksmissionarischer Aktivitäten weiter fortsetzen. Nur sollte man sich nicht an übertriebene Erwartungen klammern. Wir *mußten zur Kenntnis nehmen, daß* Veränderungen in der Steuerpolitik wie etwa die Erhebung der Ergänzungsabgabe auf die Kirchenaustrittszahlen viel unmittelbarer durchschlugen, als viele Bemühungen, die wir von Seiten der Kirche anstellen. Aber, es muß der christlichen Kirche in erster Linie darum gehen, den einzelnen Menschen anzusprechen. Und hier können und müssen wir unsere Pastoren und Mitarbeiter immer wieder bitten, diesen Weg zu jedem einzelnen in der Gemeinde zu suchen und zu gehen.



Professor Eduard Lohse stand sechs Jahre an der Spitze der EKD. Im Krieg zuletzt Schnellboot-Kommandant, war der Hamburger vom Jahrgang 1924 mit einer kurzen Unterbrechung als Gemeindepfarrer in seiner Heimatstadt Hochschullehrer, ehe er Ende November 1970 zum Nachfolger des legendären Hanns Lilje als Bischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover gewählt wurde. Zweimal haben politische Äußerungen Lohses Aufsehen erregt: Als er 1972 zu den führenden Protestanten gehörte, die sich öffentlich für die Ostverträge stark machten, und als er im selben Jahr unmißverständlich erklärte, die Mitgliedschaft in der DKP sei aus theologisch-seelsorgerischen Gründen unvereinbar mit dem Dienst des Pfarrers. Als Vorsitzender der Bibelwerke betrieb er mit Ausdauer die Revision des Neuen Testaments. Die „neue Bibel" ist so etwas wie das Lebenswerk Lohses, der immer eine Position zwischen den unterschiedlichen Flügeln in seiner Kirche zu wahren wußte.

FOTO: NORBERT SCHULZ

WELT: Sie haben sich als EKD zu einer Vielzahl gesellschaftspolitisch relevanter Fragen geäußert. Aber man vermißt ein klares Wort beispielsweise zur Abtreibungsdiskussion...

Lohse: Wir müssen ebenso wie die katholische Kirche sagen, daß wir es nicht einfach hinnehmen können, wenn *mehr* als 200 000 Schwangerschaften pro Jahr abgebrochen werden, weit überwiegend mit dem Hinweis auf die sogenannte soziale Situation. Eine Gesellschaft wie die unsere müßte in der Lage sein, wenn es denn wirklich soziale Gründe sind, diese sozialen Gründe so günstig zu gestalten, daß die Entstehung werdenden Lebens von den Menschen auch wirklich angenommen werden kann. Wir haben gesagt: Wer Leben antastet, legt, auch wenn er es nicht weiß, Hand an sich selbst. Es gehört zum Auftrag der Kirche, für das Leben einzutreten, auch für das ungeborene Leben. Wir sind bemüht, durch das Diakonische Werk und unsere Beratungsstellen, Hilfe vor Ort anzubieten. *Und wir stehen jetzt auch gerade* wieder in neuen Überlegungen zusammen mit der römisch-katholischen Schwesterkirche, welche Maßnahmen und Vorschläge wir künftig gemeinsam treffen könnten. Wir möchten dazu beitragen, daß eine Veränderung des Bewußtseins in unserer Bevölkerung erreicht werden kann, denn die Abtreibungsdiskussion darf nicht einfach liegengelassen werden. Auf der anderen Seite müssen wir die menschlichen Probleme jeder einzelnen Familie würdigen und verstehen und gezielt vor Ort dazu beitragen versuchen, *daß durch* Unterstützung für junge Ehepaare und Familien bessere Bedingungen dafür geschaffen werden, um werdendes Leben wirklich bejahen zu können.

WELT: Also die sogenannten flankierenden sozialen Maßnahmen ...

Lohse: Über die muß es gehen und es muß die Frage des Bewußtseins immer wieder gestellt werden. Ich glaube nicht, daß Gesetzesregelungen in erster Linie hier eine wirkliche Veränderung herbeiführen können. Es kommt darauf an, die Verantwortung gegenüber werdenden Lebens bewußt zu machen. Schwangerschaftsabbruch kann keine Möglichkeit der sogenannten Geburtenkontrolle sein. Dazu ist dieser Eingriff viel zu tiefgreifend und ernst. Es muß dazu kommen, daß durch weitere Beratungstätigkeit auch durch Erörterung des *sexualethischen* und *familienpolitischen* Fragen eine positive Grundeinstellung zum werdenden Leben verstärkt wird.

WELT: War die Einführung der „sozialen Indikation" eine Art Sündenfall der Politik? Ist auch dadurch das Bewußtsein verändert worden?

Lohse: Es ist nicht auszuschließen, daß eine solche Bewußtseinsveränderung auch durch die Veränderung der Gesetzeslage eingetreten ist. Ich würde allerdings die Verantwortung hierfür nicht nur den Politikern, sondern unserer ganzen Gesellschaft zuweisen. Es ist insgesamt die Verantwortung gegenüber dem werdenden Leben in unserer Gesellschaft nicht ernst genug genommen worden. Das betrifft alle Bereiche unserer Bevölkerung. Und wir sehen jetzt, daß neueste medizinische Forschungen uns mit einer Deutlichkeit, wie sie früher noch nicht gegeben war, vor Augen führen, daß vom Augenblick der Empfängnis an neues Leben entstanden ist, dem gegenüber wir Verantwortung aufgrund unserer Verantwortung gegenüber der Menschenwürde tragen. Hier muß neu angesetzt werden und muß auch das allgemeine Nachdenken gefördert werden. Nur dann, wenn diese menschliche Verantwortung uns allen deutlicher wieder bewußt gemacht wird, wird auch eine Veränderung der im Augenblick zu wirklicher Besorgnis angebenden Statistik möglich sein.

WELT: Ihre Loccumer Rede vor dem deutsch-polnischen Forum ist als Unterstützung der Warschauer Politik in der Grenzfrage verstanden worden. *Wenn das so ist:* Kommt hier ein Stück Lieblosigkeit gegenüber den Heimatvertriebenen zum Ausdruck?

Lohse: Wir würden es sehr bedauern, wenn das Bemühen der evangelischen Kirche um Versöhnung mit unseren Nachbarn im Osten dahin mißverstanden würde, als ob wir die Sorge und Lasten, die gerade Bevölkerungskreise aus den Vertriebenen zu tragen haben, nicht ernst genug nehmen. Wir haben deshalb mit dem Vorstand des Bundes der Vertriebenen ein Gespräch geführt, das zur Verständigung über eine ganze Reihe von Fragen geführt hat, aber auch die Probleme, an denen wir miteinander weiterarbeiten müssen, deutlich gezeigt hat. Der Evangelischen Kirche in Deutschland liegt daran, nicht einseitig eine bestimmte politische Option zu vertreten, sondern darüber nachzudenken, wie wir Wege zu einer tragfähigen Verständigung mit unse*ren Nachbarn in dem Osten* finden. Und hier, denke ich, können wir nicht umhin, einerseits die Folgen, die eine verbrecherische Politik in der Zeit des sogenannten Dritten Reiches ausgelöst hat, zu bedenken, und andererseits auch, das legitime Lebensrecht unseres polnischen Nachbarvolkes zu bedenken. Diese verschiedenen Gesichtspunkte zu einem trag*fähigen Ausgleich zu bringen* ist, wie wir alle wissen, außerordentlich schwierig. Die evangelische Kirche ist auch beim Bedenken der politischen Fragen geleitet von der Aufgabe der Versöhnung. Es ist *nicht* so, daß die Evangelische Kirche in Deutschland einen einseitigen politischen Standpunkt vertritt. Aber sie möchte gern den politischen Handlungsraum so weit öffnen, daß auch wirklich Schritte zur Verständigung und Versöhnung getan werden können. Ich beobachte mit großer Freude, daß viele Menschen, die ihre Heimat in den ostdeutschen Gebieten verloren haben, heute wieder enge Kontakte zu der dort jetzt wohnenden Bevölkerung aufgenommen haben. *Die spontane Welle von Hilfsmaßnahmen*, die nach Polen gegangen ist, ist zum erheblichen Teil aus Kreisen der Vertriebenen in unserer Bevölkerung gekommen. Und diese positiven Beiträge zur Verständigung müssen nach meiner Überzeugung jetzt auch politisch umgesetzt werden. Der Vorwurf der Lieblosigkeit gegenüber den Vertriebenen läßt sich nicht aufrecht erhalten.

WELT: Das gemeinsame Wort von EKD und Bund der evangelischen Kirchen in der „DDR" zum *8. Mai ist vielfach als Absage an* eine aktive Politik der Wiedervereinigung verstanden worden. Hat man sich auf ein so interpretationsfähiges Papier verständigt, weil man einen gemeinsamen Text als Wert an sich betrachtete?

Lohse: Wir sind der Überzeugung, daß in einer geteilten Welt, in der wir *leben, die Kirche Jesu Christi nicht* geteilt ist. Das gilt grundsätzlich für die Christenheit in aller Welt. Aber das gilt in ganz besonderer Weise für die evangelische Kirche in beiden deutschen Staaten. Wir haben zwar eine organisatorische Trennung vollziehen müssen, weil die politische Teilung eine organisatorische Gemeinschaft nicht mehr möglich sein ließ, und wir sind auch der Überzeugung, daß die Kirchen im Westen und im Osten in voller eigener Verantwortung in ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Situation tätig werden. Aber die *partnerschaftliche* und brüderliche Zusammenarbeit zwischen der evangelischen Kirche in beiden deutschen Staaten geht unvermindert weiter. Insofern steht dieses Wort in einer Kontinuität der ständigen Kontaktnahme und Zusammenarbeit. Wir haben, weil wir uns dieses Datum schon seit längerer Zeit ins Auge gefaßt hatten, die Formulierung des Wortes sehr *sorgfältig* überlegt; denn es mußte so gesprochen sein, daß es in seiner seelsorgerlichen Komponente verstanden werden kann, und daß nicht politisch abgegriffene Vokabeln, die Mißverständnisse *auslösen könnten, da*zu führen würden, daß das Wort einseitig politisch hätte mißbraucht werden können.

WELT: Konkret gefragt: Sieht die Kirche hier allein ihr kirchliches Eigeninteresse, oder sieht sie sich auch als eine Klammer, eine der wenigen letzten Klammern der Einheit der Nation?

Lohse: Wir möchten diese Gemeinschaft, die wir mit der evangelischen Kirche in der DDR haben, nicht im *politisch-nationalen* Sinne definieren; denn dann kämen wir in große Schwierigkeiten und womöglich politische Auseinandersetzungen hinein. Die Verfassung beider Kirchen in der DDR wie in der Bundesrepublik und West-Berlin begründet die kirchliche Partnerschaft als besondere Gemeinschaft. Und wir praktizieren diese besondere Gemeinschaft im vollen Bewußtsein des geschichtlichen Erbes, auch der geschichtlichen Last, die wir zu tragen haben. Deswegen die gemeinsamen Worte, die wir in meiner Amtszeit sowohl zum Kriegsausbruch 1939 wie zum Kriegsende 1945 gesprochen haben. Und wir können *zu unserer Freude feststellen,* daß diese Stellungnahmen auch in beiden deutschen Staaten einschließlich der Regierungen und Parteien als Wahrnehmung unmittelbarer kirchlicher Verantwortung gehört und respektiert wurde und wird. Natürlich hat eine solche kirchliche Verantwortung, wie wir sie wahrnehmen, auch politische Auswirkungen. Dessen sind wir uns bewußt. Aber der Ausgangspunkt unseres gemeinsamen Redens ist ein unmittelbar kirchlicher.

WELT: Wir haben uns richtig verstanden. Die Besonderheit dieser Gemeinschaft besteht für die EKD wie auch für den Kirchenbund in der „DDR" aus dem gemeinsamen Erbe und der gemeinsamen Lasten des Erbes.

Lohse: Ja, und der besonderen Aufgabe, die daraus resultiert: Die Überzeugung, daß wir alles dazu tun müssen, daß der Bereich Deutschlands diesseits und jenseits der Europa trennenden Grenze wenn irgendmöglich ein Bereich ist, von dem Frieden ausgeht und nicht neue politische Spannungen. Diese Verantwortung ist uns gemeinsam.

WELT: Sie haben viel Lob für die *Demokratie-Denkschrift* erhalten, aber auch Kritik. So wird beanstandet, daß diese Schrift auch von der besonderen Gemeinschaft der Kirche in beiden Teilen Deutschlands spricht, aber *nicht einen Gedanken* darauf verschwendet wie demokratische Freiheit der „DDR" zu erlangen wäre ...

Lohse: Ehe wir die Denkschrift veröffentlicht haben, haben wir auch mit den Leitungen der Kirchen in der DDR Fühlung genommen. Wir haben deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Denkschrift in den Bereich der Bundesrepublik hinein spricht. Die evangelische Kirche in der DDR hat schon vor Jahren ihren Standpunkt als Kirche im Sozialismus beschrieben. *Diese Standortbestimmungen,* die die Kirche im Westen und die Kirche im Osten vornehmen zeigen eben, daß die evangelische Kirche im geteilten Deutschland ihre Aufgaben in der jeweils gegebenen politischen *und gesellschaftlichen Situation* erfüllen muß.

> Wir müssen alles dazu tun, damit der Bereich Deutschlands diesseits und jenseits der Europa trennenden Grenze ein Bereich ist, von dem Frieden ausgeht und nicht Spannung.

WELT: Sie, Herr Bischof, gelten als großer Freund der Ökumene. Gibt es überhaupt noch Hoffnung auf eine Annäherung der Kirchen?

Lohse: Hoffnung gibt es durchaus und ich kann aus den persönlichen Begegnungen mit Papst Johannes Paul II. sagen, daß ich davon überzeugt bin, daß auch ihm die Aufgabe der Einheit der Christen wirklich am Herzen liegt. Wir dürfen uns aber nicht wundern, daß eine 450jährige Trennung der Kirchen nicht im Handstreich wieder rückgängig gemacht werden kann. Wir müssen sehr sorgfältig den Gründen nachgehen, die einst zur Kirchenspaltung geführt haben und wenn irgend möglich diese Gründe so aufzuarbeiten, daß wir Wege zur Verständigung und eines Tages auch zu größerer Kirchengemeinschaft finden können. Wir haben in der gemeinsamen ökumenischen Kommission, die nach dem Besuch des Papstes in Deutschland gegründet wurde, sehr intensiv an den Fragen gearbeitet, die uns besonders zu schaffen machen: konfessionsverschiedene Ehen, ökumenische Gottesdienste und das Ziel einer eucharistischen Gastfreundschaft. Wir haben vor allem daran gearbeitet, die sogenannten Verurteilungen oder Verwerfungen, die im 16. Jahrhundert ausgesprochen worden sind, neu zu durchdenken und sie so zu interpretieren, *daß wir guten Gewissens sagen können,* den heutigen Partner treffen sie nicht mehr. Diese geduldige und intensive Arbeit wird dazu beitragen, Voraussetzungen für eine bessere *Verständigung und eines Tages auch* größere Kirchengemeinschaft zu schaffen. Nur, wir müssen ehrlich sagen, diese Arbeit erfordert einige Zeit und einige Geduld. Und wer auf rasche, spektakuläre Ereignisse hofft, der könnte leicht enttäuscht sein.

WELT: Mit gewissen Notständen wird man also weiterleben müssen?

Lohse: Niemand kann sagen, wann wir im Blick auf die Verantwortung gegenüber konfessionsverschiedenen Ehen zu besseren Antworten kommen als sie zur Zeit möglich sind. Daß hier ein Notstand liegt, ist unbestritten. Nur wir müssen ehrlicherweise zugeben, eine Lösung läßt sich nicht herbeizwingen. Und ich bitte deshalb alle diejenigen, die unter der Trennung der Kirche schwer leiden, mit zu helfen, daß wir eine wirkliche, von der Überzeugung des Evangeliums her gegründete Verständigung suchen.

Gorbatschow will Rolle der Partei stärken

DW. Moskau

Die Sowjetführung hat in einem Entwurf eines revidierten Statuts der KPdSU die Führungsrolle der Partei in Staat und Gesellschaft noch stärker als bisher festgeschrieben. Die Partei sei der Kern des politischen Systems und die führende Kraft der sowjetischen Gesellschaft, hieß es in dem von der Nachrichtenagentur Tass verbreiteten Entwurf. Die Partei bestimme ferner die generelle Perspektive für die Entwicklung des Landes und stelle die wissenschaftliche Führung der kreativen Aktivitäten des Volkes sicher.

Parteichef Michail Gorbatschow hält an dem unter Leonid Breschnew 1966 verabschiedeten Grundsatz einer unbeschränkten Mandatsdauer der Mitglieder der Parteiorgane der KPdSU fest. In Artikel 25 der neuen Satzung werden lediglich die Grundsätze einer „systematischen Erneuerung und Neubesetzung der Parteiorgane sowie der Mandatsdauer" bestätigt.

Westliche Diplomaten hatten ursprünglich angenommen, Gorbatschow werde die 1961 unter Nikita Chruschtschow geltende Regel einer Beschränkung der Mandate für die Mitglieder des Zentralkomitees und des Politbüros auf 12 Jahre wieder einführen. Dadurch hätte auf dem für Februar 1986 vorgesehenen nächsten Parteitag ein erheblicher Teil der noch von Breschnew und Chruschtschow ernannten ZK-Mitglieder ihr Amt niederlegen müssen.

Im sowjetischen Staatsapparat sind weitere Personalveränderungen vorgenommen worden. Der 55jährige Iwan Silawjew wurde als Nachfolger von Silja Nurijew zum zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt. Der 70jährige war „im Zusammenhang mit seiner Pensionierung von seiner Funktion entbunden" worden. Am Freitag hatte Tass die Ernennung von Wselowod Murachowski zu einem Ersten Ministerpräsidenten gemeldet. Er soll offenbar den Platz einnehmen, den Andrej Gromyko bei seiner Wahl zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets und damit praktisch zum Staatspräsidenten der UdSSR im Juli freigemacht hatte. Die beiden anderen Ersten Vizepremiers sind Geidar Alijew, der auch Mitglied des KPdSU-Politbüros ist, und Iwan Archipow.

Reagans Vorbehalte zu Gorbatschows Vorschlag

Der Präsident sieht jedoch „einige positive Elemente"

FRITZ WIRTH, Washington

US-Präsident Reagan hat am Wochenende den sowjetischen Vorschlag akzeptiert, die Arsenale offensiver Nuklearwaffen beider Großmächte um jeweils 50 Prozent zu reduzieren. Die Sowjets hatten diesen Vorschlag vor fünf Wochen beim ersten Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in Washington unterbreitet.

Reagan gab seine Zustimmung in seiner wöchentlichen Rundfunkansprache öffentlich bekannt, machte zugleich jedoch einige Vorbehalte. Er wies – wie bereits in seiner jüngsten UNO-Rede – darauf hin, daß diese sowjetischen Vorschläge einige deutliche Mängel enthielten und in mancher Hinsicht einseitig seien, daß sie jedoch auch einige positive Elemente enthielten.

„Eines davon", sagte Reagan, „ist der Vorschlag, gewisse Typen von mukleare Waffen um 50 Prozent zu reduzieren. Wir haben diesen Vorschlag akzeptiert. Zugleich jedoch haben wir klar gemacht, daß diese Reduzierung für Systeme gelten muß, die vergleichbar sind und besonders für jene, die einer der beiden Seiten einen destabilisierenden Erstschlag-Vorteil geben können". Reagan bezieht sich dabei offensichtlich auf Interkontinentalraketen.

Die Welt sicherer machen

Die Annahme des sowjetischen Angebots ist in den amerikanischen Gegenvorschlägen enthalten, die die USA am Freitag der sowjetischen Abrüstungsdelegation in Genf vorgelegt haben. Reagan erklärte, daß diese Gegenvorschläge sich auf alle drei Bereiche beziehen, über die in Genf seit dem Frühjahr verhandelt wird, dem Bereich der Interkontinentalraketen, der Mittelstreckenraketen und der Weltraumverteidigung (SDI).

Die erste Reaktion aus Moskau auf diese amerikanischen Gegenvorschläge war negativ, weil sie keine Hinweise enthielten über eine Einstellung des amerikanischen SDI-Projekts. Reagan hat wiederholt betont, daß eine derartige Forderung für ihn unakzeptabel ist, daß er dieses Problem jedoch in Genf mit Gorbatschow diskutieren möchte.

Er wiederholte diesen Wunsch gestern in seiner Rundfunkansprache: „Wir wollen mit den Sowjets darüber diskutieren, wie wir zusammen diese Welt sicherer machen können, indem wir uns mehr auf Verteidigungssysteme verlassen, die niemand bedrohen, statt auf Offensivarsenale.

Einzelheiten der amerikanischen Gegenvorschläge sind bisher geheim gehalten worden. Aus gewöhnlich gut unterrichteten Quellen ist jedoch zu erfahren, daß sie nicht nur – wie berichtet – die Reduzierung nuklearer Sprengköpfe in ballistischen Raketen auf jeweils 4500 enthalten, sondern auch den Vorschlag, die Produktion mobiler „Midgetman"-Raketen zu beenden, vorausgesetzt, daß die Sowjetunion sich von ihrem vergleichbaren mobilen System der SS 24 und SS 25-Raketen trennt. Die amerikanischen „Midgetman"-Raketen sind in etwa fünf Jahren einsatzbereit.

Ein neuer Start

Reagan erklärte zu den Erfolgsaussichten des Genfer Gipfels: „Wir haben in Genf eine umfangreiche Tagesordnung, die Menschenrechte, regionale Konflikte und bessere Kontakte zwischen unseren Bürgern wie auch Rüstungskontrollverhandlungen enthält. Wenn wir hoffen, eine sicherere Welt zu schaffen und einen neuen Start in den Beziehungen unserer beiden Länder anstreben, ist Fortschritt in allen diesen Bereichen nötig. Das ist nur zu erreichen, wenn die sowjetische Führung unsere Entschlossenheit teilt.

In Washington wurde am Wochenende bekannt, daß Reagan einen persönlich gehaltenen Brief an Generalsekretär Gorbatschow geschrieben hat, der ihm am Dienstag vom amerikanischen Außenminister Shultz im Kreml überreicht werden soll. Shultz ist am Samstag mit einem bemerkenswert umfangreichen Stab an Beratern und Mitarbeitern nach Moskau aufgebrochen, zu dem unter anderem Sicherheitsberater McFarlane und der Abrüstungsexperte Paul Nitze gehören.

Das hat in Washington die Vermutung ausgelöst, daß Shultz nicht nur, wie es bisher offiziell hieß, nach Moskau gereist ist, um dort endgültig die Tagesordnung des Genfer Gipfels zu verabschieden, sondern daß beide Seiten bereits an einer Grundsatzerklärung arbeiten, die Leitlinien für das künftige Verhältnis beider Länder festlegen und in Genf von den beiden Regierungschefs unterzeichnet worden sollen.

„Bonn beugt sich nicht dem Kreml-Druck"

DW. Bonn

Führende Politiker der Bonner Koalition haben der Sowjetunion zu Verstehen gegeben, daß sie auch in der SDI-Frage auf Entschlossenheit in Bonn stößt. Einem Druck des Kreml werde die Bundesregierung nicht nachgeben, erklärte beispielsweise der stellvertretende Fraktionschef der CDU/CSU, Volker Rühe, in seiner Bewertung des jüngsten Briefes von KPdSU-Chef Gorbatschow an Bundeskanzler Kohl. Der Kreml-Chef hatte darin mit „Drohgebärden" (der CDU-Abgeordnete Willy Wimmer) vor einer Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem amerikanischen Forschungsprojekt SDI gewarnt. Dazu erklärte Rühe der „Bild"-Zeitung: „Moskau will einen Keil in die NATO treiben. Der Kreml hofft auf deutschen Wankelmut. Gorbatschow wird sich aber täuschen. Die Bundesregierung entscheidet frei über SDI und läßt sich dabei von niemanden drohen oder bedrängen. Die politische Haltung der Bundesregierung ist längst klar. Das weiß auch Gorbatschow. Bundeskanzler Kohl hält die amerikanischen SDI-Forschungen für gerechtfertigt und politisch notwendig. Dabei bleibt es. Und daran ändert auch sowjetisches Propagandagetöse nichts. Die Bundesregierung wird bis zum Jahresende die technologische Zusammenarbeit bei SDI zwischen deutschen und amerikansichen Firmen formell absichern."

Regierungssprecher Ost erklärte: „Die sowjetische Führung weiß um den Einfluß der Bundesrepublik in Washington aufgrund der engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Regierungen." Für die Bundesregierung sei es nicht überraschend, daß sie im Vorfeld des Genfer Gipfels im Mittelpunkt der sowjetischen Propaganda stehe. Bonn werde weiterhin unbeirrt für den Erfolg des Genfer Gipfels und der Rüstungskontrollverhandlungen auf allen Ebenen arbeiten. Und direkt an die Adresse Moskaus gerichtet fügte Ost hinzu: „Die Völker in West und Ost erwarten keine Propaganda, sondern wollen endlich konkrete Taten beim Genfer Gipfel sehen. Daran wird die Bundesregierung auch weiterhin die Politik der sojwetischen Führung messen." Zugleich hob der Regierungssprecher hervor, Gorbatschows Brief an Kohl enthalte „sowohl kritische als auch positive Würdigungen bestimmter Positionen der Bundesregierung".

Börner gibt Rau und Schröder Ratschläge

„Meine Koalition wird Wahlkampf der SPD nicht stören"

DW. Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat mit den Worten, Holger Börner sei „ein erfahrener Politiker, der keinen Vormund braucht", den hessischen Ministerpräsidenten gegen die Kritiker der rot-grünen Koalition in Wiesbaden in Schutz genommen. Im ZDF sagte Brandt gestern abend, unter Vermeidung des Parteinamens der Grünen, die SPD-Führung in Bonn beobachte jetzt „mit Interesse, ob es sich bewährt, daß ein wesentlicher Teil einer neuen Gruppe innerhalb des parlamentarischen Spektrums angesiedelt wird, statt außerhalb".

Brandt äußerte sich auch zu der Frage, ob es bei den nächsten Wahlen, der Landtagswahl in Niedersachsen und der Bundestagswahl 1987, rot-grüne Bündnisse geben werde, falls die SPD einige Prozente zu wenig hätte, die Grünen ihr aber zur Mehrheit verhelfen könnten. In einem solchen Fall im Bund, so Brandt, stehe der Bundespräsident „vor einer schwierigen Frage". Er werde durch seine Gespräche mit den Parteiführern herausfinden müssen, wen er dem Bundestag als Bundeskanzler vorschlage. Der SPD-Vorsitzende weiter: „Johannes Rau hat eindeutig gesagt, daß er für eine solche Aufgabe (der Koalition SPD/Grüne) nicht zur Verfügung steht, und er ist unser Kandidat. Aber ich sage noch einmal, nach einem solchen Wahlausgang ist der Bundespräsident im Spiel. Denn er muß herausfinden, wie kriegt diese Republik dann eine Regierung."

Börner vertrat in mehreren Interviews die Auffassung, seine rot-grüne Koalition werde den Wahlkampf der SPD in anderen Bundesländern oder 1987 im Bund nicht stören. Der designierte Kanzlerkandidat Johannes Rau könne sich auf die einfache Formel berufen, daß ihn jeder wählen müsse, der ihm den Ärger nicht verschaffen wolle, den die SPD in Hessen gehabt habe. Dem niedersächsischen SPD-Spitzenkandidaten Gerhard Schröder empfahl Börner ebenfalls, auf die Mehrheit zu setzen. Zugleich vertrat der hessische Ministerpräsident die Auffassung, die rot-grüne Koalition in Wiesbaden sei nicht nur eine „Notbrücke" bis zur nächsten Landtagswahl. Die Vereinbarungen beider Parteien böten neben einer Grundlage für die Arbeit bis 1987 die Chance, den Wähler um ein neues Mandat zu bitten. Dabei sei aber klar, daß Sozialdemokraten und Grüne Konkurrenten blieben. Im „Spiegel" sagte Börner: „Entweder sie regieren mit und picken nicht nur die Rosinen aus dem Kuchen, sondern essen auch die Krusten mit – oder ich hätte Neuwahlen betreiben müssen".

Der künftige Umweltminister Joschka Fischer werde als Kabinettsmitglied gerade gegenüber der chemischen Industrie „dialogfähig und dialogwillig" sein, versprach Börner.

> ❝ Ich sage ihm, er soll sich warm anziehen, aber nicht wegen Hessen. Da braucht er sich keine Sorgen zu machen. Die SPD muß in Bayern oder Baden-Württemberg, wo sich eine Ansammlung von Randgruppen für eine Partei hält, erst einmal so stark werden wie in Hessen. ❞

Borner im „Spiegel" auf die Frage, welchen Ratschlag er nach der rot-grünen Koalition in seinem Bundesland Johannes Rau für den Bundestagswahlkampf 1987 geben würde.

Er versicherte, die Wirtschaft werde auch künftig von der Landesregierung unterstützt, wenn sie neue Technologien einführen wolle.

Die nordrhein-westfälischen Grünen haben sich in ihrer Landesdelegiertenkonferenz in Düsseldorf grundsätzlich für eine Zusammenarbeit mit der SPD nach der Bundestagswahl 1987 ausgesprochen. Die Mehrheit der 300 Delegierten des mit rund 8200 Mitgliedern größten Landesverbandes der Ökopartei stimmte einem Leitantrag zu, der eine verstärkte politische Auseinandersetzung mit der CDU/CSU und der FDP im Bundestagswahlkamp und eine Zusammenarbeit mit der SPD befürwortet. Die Delegierten akzeptierten auch den Vorschlag der früheren Bundestagsabgeordneten Christa Nickels, „die in den Parlamenten gegebenen Durchsetzungschancen klug zu nutzen – bis hin zur Regierungsbeteiligung". Den Sozialdemokraten und deren designiertem Kanzlerkandidaten Johannes Rau soll „gezeigt werden, daß eine SPD der perspektivlosen Verweigerung gegenüber den Grünen ein Hindernis für den Wechsel in Bonn ist".

Golfstaaten fürchten um ihre Sicherheit

PETER M. RANKE, Maskat

Sicherheitsfragen belasten das Gipfeltreffen der arabischen Könige und Scheichs aus den sechs Golfstaaten in Ohman, das gestern in Maskat eröffnet wurde. Neben dem gastgebenden Sultan Kabus, der auch den 15. Jahrestag seiner Herrschaft feiert, nehmen der saudische König Fahd sowie die Statsoberhäupter von Kuweit, Bahrein, Qatar und den vereinigten Emiraten an der Konferenz teil. Alle sechs Staaten zusammen bilden den „Golfrat", der im Mai 1981 gegründet wurde. Vor allem wollen die arabischen Fürsten verhindern, daß der irakisch-iranische Golfkrieg auf ihr Gebiet übergreift, nachdem irakische Luftangriffe die Öl-Verschiffung von der Kharg-Insel fast lahmgelegt haben. Ohnmächtig müssen die Golfstaaten zusehen, wie iranische Schnellboote oder Kommandos mit Hubschraubern in internationalen Gewässern immer wieder Frachtschiffe aufbringen und nach Kriegsmaterial für Irak untersuchen.

Obwohl die Öl-Einnahmen seit 1983 fast um die Hälfte gefallen sind, wird eine gemeinsame Streitmacht weiter ausgebaut und soll eine internationale Kommando-Struktur für den Krisenfall erhalten. Für dieses „Halbinsel-Schild", so der offizielle Name, haben die Saudis bisher eine Brigade und die Kuweitis ein Batallon abgestellt. Eine zweite Brigade soll von den anderen Golfstaaten gebildet werden. Die Eingreiftruppe von später achttausend Mann ist in der saudischen Militär-Stadt „König Khaled" bei Hafr el Batin in Nordosten stationiert.

Wichtigeres Gesprächsthema ist aber die innere Sicherheit. Kuweit lehnt weiter bilaterale Sicherheitspakte ab. Neben dem Golfkrieg kommen auch die Beziehungen zu Washington und Moskau zur Sprache, ebenso der Bau einer 1700 Kilometer langen Pipeline von den kuweitischen und saudischen Feldern an die Küste Omans. Dort am Indischen Ozean kann die Öl-Verschiffung nicht blockiert werden.

Für diese Konferenz waren außerhalb von Maskat Hotels und ein Konferenzzentrum für 320 Millionen Dollar gebaut worden. Die Gastgeber haben für das Treffen der Könige und Scheichs umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen veranlaßt. Flugplatz und sämtliche Zufahrten zum Konferenzzentrum werden schwer bewacht. (SAD)

Iris Berben: „Warum verbindet man mit Unterhaltung immer etwas Negatives?"

Die Seele für den Nonstop-Nonsens

Als vor einem Jahr die Sendung „Sketchup" auf den Bildschirm spritzte, teilte die Serie das Schicksal fast aller Programme, die dem Blödeln freien Lauf lassen: Die Kritiker weinten, und die Zuschauer freuten sich. Mit einer Einschaltquote von 27 Prozent war „Sketchup" die erfolgreichste Unterhaltungs-Sendung, die an Montagen ausgestrahlt wurde – der Jahresdurchschnitt bescheinigte den ARD-Quotenrechnern an Montagen nur magere 16 Prozent. Was lag also näher, als eine neue „Sketchup"-Serie aufzulegen?

Leichter gesagt als getan. Beatrice Richter moserte nach Drehschluß der ersten Staffel von „hektischer Atmosphäre", von zu wenig „Mitspracherecht bei den Sketchen", und die Gage soll auch nicht gestimmt haben.

Sketchup – ARD, 22.00 Uhr

Frei Sender lieferte sie am Schluß der ersten Folgen einen unschönen Abgang, den sie heute, mit Mann und Kindern in Amerika lebend, bedauert.

Dafür fand der Bayerische Rundfunk in Gestalt der neuen Krebs-Partnerin Iris Berben eine Schauspielerin, die nicht nur oberflächlich komisch ihre Parts herunterspielt, sondern dem ganzen Nonstop-Nonsens Seele und Flair einzugeben versucht, soweit das bei Sketchen und Witzen überhaupt möglich ist. Spätestens an dieser Stelle müßte man von den oft zitierten „Äußerlichkeiten" der Iris Berben sprechen. Doch das macht die gebürtige Hamburgerin fuchsteufelswild: „Es ist bedauerlich, wie leicht es sich die Medien machen. Man wird mit nichtssagenden Worten wie ‚attraktiv' oder ‚schön' abgestempelt. Doch daß man mehr zu bieten hat als pure Äußerlichkeit, das interessiert die wenigsten."

Sie spürt die Voreingenommenheit vieler Menschen ihr gegenüber, und das belastet sie. Ebenso wie die Entscheidung, ob sie bei „Sketchup" mitmachen sollte. Sie befürchtete, nach dem Erfolg mit den „Himmlischen Töchtern" in der Besetzungsschublade als „Ulknudel vom Dienst" zu verschwinden. Deshalb hat sie das Angebot vom Bayerischen Rundfunk zunächst einmal abgelehnt.

„Ich führte nach den ‚Himmlischen Töchtern' einen immensen Kampf, um wieder inhaltlich engagierte Stoffe zu bekommen. Nur: meine Prinzipien gehen leider immer wieder über Bord." Aber Iris Berben birgt eine gewisse Risikobereitschaft und -freude in sich, die auch im Fall von „Sketchup" in einer Zusage gipfelte. „Entweder gehe ich mit dieser Serie baden, oder sie kommt gut an."

Die Tücken der Richter-Krebs-„Sketchups" waren ihr und dem Bayerischen Rundfunk bekannt. Die Sketche waren oft zu lang. Das Opening war gestelzt peinlich und artete in privates Quasseln aus. Vertraglich bekam Iris Berben die Zusage, daß sie an der Auswahl und Gestaltung der Sketche mitwirken und -bestimmen könne. So ist die Serie direkter und schneller geworden. In jeder Sendung gibt es jetzt rund 15 bis 17 Sketche oder „Quickies", wie die Kurztakes genannt werden. 1984 waren es nur zehn bis zwölf.



Sie kann mehr, als sie in „Sketchup" zeigen darf: die Schauspielerin Iris Berben
FOTO: TEUTOPRESS

Daß allerdings die einzelnen Beiträge fast immer auf den männlichen Partner Diether Krebs zugeschnitten wurden, daran konnte auch ihr Mitbestimmungsrecht nichts ändern. Deshalb hätte sie eine Woche nach Drehbeginn am liebsten die „Sketchup"-Klamotten hingeschmissen. „Ich dachte, das schaffst du nicht. Die haben von Anfang an in irrem Tempo fünf bis sechs Stücke am Tag mit mir gedreht. Das hieß für mich, fünf bis sechs verschiedene Charaktere darzustellen, die ich gar nicht rollengerecht verarbeiten konnte. Und jede Pointe in der ersten Drehwoche ging an Diether."

Eine Aussprache klärte die angespannte Lage. Aber bei genauerem Hinsehen wird klar, daß die Sketche zum großen Teil auf dem Buckel der Frau ausgetragen werden. Sie stellt genau das zierende Beiwerk mit all den Äußerlichkeiten dar, die Iris Berben verabscheut.

Und es bleibt das Manko, daß es in der Bundesrepublik den Beruf des Gag-Schreibers nicht gibt. Da wird ein alter Frankenfeld aus dem Archiv gezaubert, da werden jede Menge Uralt-Witze in Szene gesetzt. Humor ist, wenn man trotzdem lacht, auch wenn der Gag schon Schimmelpilze angesetzt hat. Quantität und Qualität, diese beiden Begriffe bekommt man bei der TV-Unterhaltung selten unter einen Hut. „Ich bin sauer, daß man hierzulande zwischen kunstvollem Anspruch und Unterhaltung so stark trennt. Unterhaltung ist sofort negativ."

Die Zuschauer urteilten (und urteilen) anders: Bei der ersten Ausstrahlung der neuen Staffel warf der BR Pausierungsüberlegungen nach einer Sehbeteiligung von 37 Prozent sofort über Bord. Obwohl die Darsteller mit gemischten Gefühlen die erste Folge beobachtet hatten: Waren doch die Programmverantwortlichen auf dilettantischste Art und Weise vorgegangen und hatten – nachdem zwei Drittel der Episoden abgedreht waren – die ursprünglich vorgesehene Sendezeit von 20.15 Uhr auf 22.00 Uhr verschoben. Dabei kam manch guter Sketch wegen des zunächst frühen Sendetermins nicht in die nähere Auswahl – wegen der Familienprogrammzeit.

Manchen unfreiwilligen Gag wird der Zuschauer leider nicht sehen können. Iris Berben erinnert sich lachend an folgende Episode: „In einem Sketch sollte ich bruchsicheres Geschirr hinschmeißen. Doch bei jeder Einstellung zerbrach es. 22 Leute machten mir schließlich vor, wie ich es hinzuwerfen hätte; und bei allen Kollegen des Teams hielt das verflixte Geschirr auch. Als ich wieder an der Reihe war, krachte und splitterte es erneut. Ich hab' vor Wut geheult, während die Kollegen lachend hinter den Kameras standen. Und als es mir schließlich nach unzähligen Versuchen doch mal gelang, das Zeug heil auf den Boden zu bringen, hatte ich vor lauter Verblüffung meinen Text vergessen."

ROLF PETERS

STUDIO

Ab 1. November 1985 nimmt die Deutsche Bundespost für den **Deutschlandfunk** in Hamburg einen UKW-Sender auf der Frequenz 88,7 MHz offiziell in Betrieb. Er strahlt rund um die Uhr das deutsche Programm des DLF aus. Der im Stadtgebiet Moorfleet stationierte Sender hat eine Leistung von 1 Kilowatt in Stereo. Er wird demnächst noch bessere Empfangsbedingungen bieten als bisher schon im Probebetrieb seit dem 21. Oktober. Nach Bonn ist dies die zweite Sendestation der Anstalt auf Ultrakurzwelle. Von der Erweiterung auf den UKW-Bereich erhoffen sich die DLF-Programmverantwortlichen einen deutlichen Hörerzuwachs.

Mit der Ultrakurzwelle in Hamburg erschließt der Deutschlandfunk neben seinen Lang- und Mittelwellen einen neuen Frequenzbereich, auf den er seit Jahren gewartet hat. Möglich wurde das durch die Neuregelung im VHF-Bereich auf der Internationalen Genfer Konferenz in den Jahren 1982 bis 84, die im übrigen dem DLF insgesamt 16 Standorte in der Bundesrepublik Deutschland zugestanden hat, 15 davon in den Bereichen 100 bis 104 bzw. 108 MHz, die laut Abkommen 1987 bzw. 1996 in Betrieb gehen sollen. In diesem Zusammenhang ist Hamburg – vorfristig – der erste Standort für einen DLF-UKW-Sender, was nicht zuletzt auch durch das Entgegenkommen des NDR bei der Sendeeinrichtung ermöglicht wurde. DW.

*

Die beiden großen britischen Fernsehanstalten BBC und ITV wollen ihre Programme auf einem gemeinsamen Satellitenkanal ganz Europa zeigen. Der **Superchannel** soll seine Sendungen voraussichtlich schon 1986 aufnehmen. 18 Sendestunden sollen täglich ausgestrahlt werden. Die „Superchannel"-Pläne sind eine kommerzielle Antwort auf die Erfolge, die der englische „Skychannel" schon zwei Jahre nach seiner Gründung hat.

„Skychannel" gehört der Zeitungsgruppe News International und hat von Skandinavien bis zur Schweiz schon rund fünf Millionen Zuschauer. Für den neuen „Superchannel" soll der Intel-Satellit gemietet werden, der bereits über Europa am Himmel steht. Die Mietkosten werden auf knapp zwölf Millionen Mark beziffert. Die kommerzielle Leitung des neuen britischen „Superchannel" soll bei ITV liegen, die BBC erwartet jedoch eine Gewinnbeteiligung. SAD

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 heute
10.03 Bocuse à la carte
10.30 Die Schwarzwaldklinik
Die Entführung
11.15 Bilder aus der Wissenschaft
11.45 Umschau
11.55 Das deutsche Nachkriegswunder
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.50 Tagesschau
16.00 Wie im Leben ... (5)
Verschiedene Geschichten und ein Zwischenspiel
17.10 Die Märchenbraut
10. Teil: Rumburaks große Chance
17.40 D 1 – Der deutsche Weg ins All
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die schöne Otero
3. Teil: Triumph in New York
Aus Caroline Otero ist am Pariser „Chez Vefour" ein Star geworden. Als sie den amerikanischen Impresario Ernest Jürgens kennenlernt, will er sie in New York groß herausbringen. Nur ihre Manieren lassen seiner Ansicht nach noch zu wünschen übrig.
21.15 Töte und du kommst ins Paradies
Libanesische Schiiten auf dem Vormarsch
Film von Ulrich Kienzle
22.00 Sketchup
Mit Iris Berben und Diether Krebs
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Die Einladung
Schweizerisch-französischer Spielfilm (1972)
Mit Michel Robin u. a.
Buch, Regie: Claude Goretta
Nach dem Tod seiner Mutter lädt ein schüchterner Junggeselle seine Kollegen aus dem Büro zu einer Einweihungsparty in das schöne Haus ein, das er in ländlicher Umgebung gekauft hat. Zunächst vergnügt man sich dort in ausgelassener Stimmung, dann aber nimmt die Party plötzlich ein schlimmes Ende.
0.35 Tagesschau
0.40 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

15.50 Deutsche Wissenschaftler im Weltraum
Bericht vom Tage
16.00 heute
16.04 Die Zukunft im Visier
Rüdiger Proske im Gespräch mit Dr. Harry Ruppe, Institut für Raumfahrttechnik an der Technischen Universität München
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Im Reich der wilden Tiere
Das Reich der Rhea
Mit Marlin Perkins
Der Nandu-Vogel, ebenso flugunfähig, aber lauftüchtig wie der Strauß, legt sich gleich mehrere Gattinnen zu.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Das Geisterschloß
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Wenn kein Wasser im Rhein wär ...
Das Jahrhundert-Niedrigwasser und seine Auswirkungen
20.15 Frankensteins Monster jagen Godzillas Sohn
Japanischer Spielfilm (1967)
Mit Tadao Takashima u. a.
Regie: Jun Fukuda
21.35 Ratschlag für Kinogänger
Die aktuelle Filmkritik
21.45 heute-journal
Anschl. Politbarometer
22.10 Die aktuelle Inszenierung
Torquato Tasso
Schauspiel von Johann Wolfgang von Goethe
Mit Romuald Pekny u. a.
Regie: Dieter Dorn
Aufzeichnung einer Aufführung der Münchner Kammerspiele und der Salzburger Festspiele
1.00 heute

SAT 1

15.30 Musicbox
16.30 Bill Cosby
17.00 Ufo
18.00 Westlich von Santa Fé
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
18.45 Marie Antoinette
Anschließend: Wetterbericht
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
Eureka – Chancen für Europas Unternehmen? / Fragen an Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber / Handwerk – vom Wirtschaftswachstum abgekoppelt / *Das Porträt: Schwan-Stabilo – 130 Jahre Erfolg mit dem Stift*
21.00 Galerie Buecher
21.30 APF blick
22.15 Die Entführer lassen grüßen
Französischer Spielfilm (1971)
Mit Lino Ventura, Jacques Brel u. a.
Regie: Claude Lelouch
0.15 APF blick

3SAT

18.00 Löwenzahn
anschl. Kompaß
19.00 heute
19.30 Sportreport
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 cinema international
Franziskus, der Gaukler Gottes
Italienischer Spielfilm (1949)
Regie: Roberto Rosselini
23.10 Kennwort: Kino
Neues vom Schweizer Film
23.40 3-SAT-Nachrichten

RTL-plus

20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Mord um Macht
Französischer Spielfilm (1975)
22.25 RTL-Spiel
22.28 Das Kind im Manne
22.55 Horoskop
23.00 Betthupferl

III.

WEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Hilferufe
Wege aus der Krise
21.15 Medizin-Magazin
21.45 Der Offene Kanal
22.15 Thema des Monats
Der 8. Kontinent – Industrielle Nutzung des Weltraums
23.15 Der Sternenhimmel im November
23.30 Beständiger Wechsel
Begleitdokumentation von Stephan Köster zu der Fernsehserie „Heimat"
0.25 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Kindertränen
19.15 Metroplex – eine neue Stadt in Amerika
20.00 Tagesschau
20.15 Tennis-Schaukampf Boris Becker – Ivan Lendl
Direktübertragung aus der Berliner Deutschlandhalle
22.00 Die Braut trug Schwarz
Franz.-ital. Spielfilm (1967)
Mit Jeanne Moreau u. a.
Regie: François Truffaut
23.45 Nachrichten

HESSEN

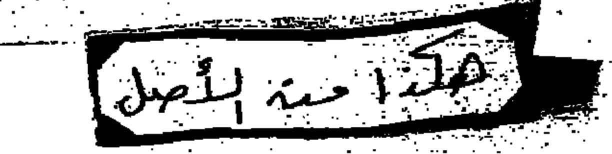
18.30 Kinder dieser Welt (7)
18.55 Schneewittchenfilm
19.05 Treffpunkt '85
20.00 Rückblende
Vor 300 Jahren: Die Hugenotten kommen
20.15 Sport-Report
Tennis-Schaukampf Boris Becker – Ivan Lendl
22.00 Drei aktuell
22.15 Die Sprechstunde
23.00 Magnum

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Der Beste für den Job
20.15 Zurück zur Natur – auch in der Architektur?
Über biologisches Bauen
21.00 Flash Gordons Flug zum Mars
Der Rauch des Vergessens
21.20 Rückblende
Vor 300 Jahren:
Die Hugenotten kommen
21.35 Menschen unter uns
22.35 Jazz am Montagabend
23.20 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Schicksal, das aus den Genen kommt
Bericht über Genforschung und Erbkrankheiten
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Element „D"
2. Erpresserinnen
23.45 Rundschau



Kohlen für Wärme

sas. – In seinem *jetzt vorgestellten* Jahresbericht 1984/85 appelliert der deutsche Steinkohlenbergbau nicht nur an Bonn, die vorgenommenen Kürzungen der Kohlehilfen zu überprüfen. Er zeigt sich auch verschnupft darüber, daß die Bundesregierung *es erneut abgelehnt* habe, den bislang nicht subventionierten Absatz von heimischer Kohle im Wärmemarkt durch „besondere Umstellungshilfen" zu unterstützen. Lediglich Nordrhein-Westfalen stelle ab 1985 zehn Millionen Mark als sogenannte „Markteinführungshilfen" aus Landesmitteln bereit.

Der Steinkohlenbergbau steht vor der zugegebenermaßen schwierigen Situation, seine Fördermengen an die sinkenden Absatzmöglichkeiten, vor allem in der Stahlindustrie, anpassen zu müssen. Erfolge einer stärkeren Steinkohle-Verwendung im Wärmemarkt konnten trotz der Marketing-Bemühungen der Branche kaum erzielt werden. Die Handling-Nachteile der Kohle und die von ihr ausgehenden Umweltbelastungen haben *dies verhindert* – trotz *günstigerer* Brennstoffkosten im Vergleich zu den Konkurrenten.

Es stellt sich die Frage, was da das Schielen auf neu zu schaffende Subventionstatbestände soll. Welchen Sinn soll es machen, einen Energieträger *mit hohen staatlichen* Aufwendungen in einem Absatzbereich künstlich zu verbilligen, wo seine Anwendungsnachteile einen Einsatz *offensichtlich* als nicht mehr sinnvoll erscheinen lassen. In einem Markt, in dem die Kohle in in den vergangenen Jahren ständig an Boden verloren hat, sind Rufe nach „Markteinführungshilfen" jedenfalls fehl am Platz.

Hermes

Mk. – Das, was bei dem Gerangel um die Hermes-Reform herausgekommen ist, kann sich durchaus sehen lassen. Es handelt sich um einen Kompromiß zwischen den Forderungen der Wirtschaft, die mit dem gleichziehen wollten, was es in *anderen Ländern gibt, und* der Bereitschaft des Finanzministers, sich weiter ins Obligo zu begeben. Immerhin belasten die Zahlungen des Bundes für eingetretene Schäden, weil einige Länder ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, die Staatskasse bereits mit Milliarden-Beträgen. Der Hinweis auf die Gebührenerhöhung hilft auch nur wenig, um die Forderungen zu begründen. *Immerhin haben* doch die Banken dadurch ihr Angebot an Exporteure so ausgebaut, daß er häufig auf die Indeckungnahme verzichtet, um Kosten zu sparen. Überdies muß eine Reform auch in die Zeit passen. Angesichts der steigenden Exportüberschüsse ist eine gewisse Abstinenz in diesem Bereich schon angebracht, auch wenn Hermes kein Subventions-Bote ist. *Mehr war in der gegenwärtigen* Situation kaum drin.

AUSSENWIRTSCHAFT / Vorschriften über Ausfuhrgarantien werden neu gefaßt

Die Pläne zur Hermes-Reform gehen der Wirtschaft noch nicht weit genug

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Zu einem abschließenden Gespräch über die Neufassung der Allgemeinen Bedingungen für Ausfuhrgarantien und über drei erweiterte Modelle der Hermes-Exportkreditversicherung treffen sich heute die Vertreter der Banken, der Industrie und des Außenhandels mit dem zuständigen Abteilungsleiter des Bundeswirtschaftsministeriums. In der Wirtschaft wurden die Verbesserungen, die zu keiner zusätzlichen Belastung des Bundes führen sollen, zwar bereits begrüßt, aber als nicht weitgehend genug bezeichnet.

Der jetzigen Reform sind monatelange Beratungen vorausgegangen. Ursprünglich bestand die Absicht, sie bereits zum Jahresende 1984 zu verabschieden. Zunächst hatte das Bundeswirtschaftsministerium auch weitergehende Veränderungen ins Auge gefaßt, wobei immer noch Forderungen der Wirtschaft unberücksichtigt blieben. Das Finanzministerium zeigte sich hartleibig.

Wegen der Zahlungsschwierigkeiten einiger Abnehmerländer sind die vom Bund zu deckenden Schäden stark gestiegen und trotz der Gebührenerhöhung um rund 40 Prozent aus den Einnahmen nicht auszugleichen.

Ausfuhrgarantien werden vom Bund zur Förderung der Kreditsicherheit für Geldforderungen deutscher Exporteure aus Ausfuhrverträgen mit privaten ausländischen Schuldnern übernommen. Die Allgemeinen Bedingungen für Ausfuhrgarantien – sie sind vergleichbar mit Allgemeinen Geschäftsbedingungen, mit dem Kleingedruckten also – sind Bestandteil des Gewährleistungsvertrages. Im wesentlichen werden sie jetzt an die Entwicklung der Rechtsprechung und der Praxis angepaßt.

Allerdings gibt es vor allem *aus der* Sicht der Außenhändler auch einige Verbesserungen, so etwa beim Anrechnungsverfahren. Ein Beispiel: Ein Land gerät in Zahlungsschwierigkeiten, Hermes stellt die Indekkungnahme ein, der Exporteur liefert weiter, um den Markt nicht zu verlieren. Gehen Zahlungen beim Exporteur ein, so gab es bisher Streit mit Hermes darüber, wie der Eingang auf die früheren abgesicherten Forderungen und auf das neue Geschäft aufgeteilt werden sollen.

In Zukunft kann der ausländische Schuldner bestimmen, worauf die Zahlung angerechnet werden soll. Ferner kann der Exporteur in Zukunft den Selbsterhalt von zehn bis 25 Prozent auf seine Lieferanten abwälzen, damit es nicht zu einer Kumulation bei ihm kommt.

Im Zusammenhang mit der Bedingungsreform müssen die Verbesserungen in drei Bereichen gesehen werden:

Treuhandmodell: Dadurch soll der deutschen Exportwirtschaft der Zugang zu Fremdwährungskrediten mit wettbewerbsfähigen Konditionen ermöglicht werden. Die Finanzkreditdeckung gilt auch für DM-Anleihen im Ausland. Die Fremdwährungsanleihe muß aber als deutscher Kredit bezeichnet werden können, also durch eine in der Bundesrepublik ansässige Bank, was auch eine Tochter einer ausländischen Bank sein kann, gewährt werden. Nur so wird die Forderung bei Umschuldungen vom Schuldnerland als deutsche Forderung akzeptiert. Dieses Modell gilt als ein Ersatz für die vor allem von der Industrie geforderte Ausweitung der Wechselkursversicherung.

Progress Payment: In Zukunft ist eine Auszahlung bundesgedeckter Finanzkredite gemäß des Fabrikations- und damit des Kostenfortschritts möglich. Da bisher zum Beispiel ein Hersteller von Maschinen sein Geld erst nach Abschluß der Arbeiten an dem Exportauftrag bekam, verbessert sich künftig seine Liquidität früher. Bei wichtigen Konkurrenten ist dies schon lange üblich.

Forfaitierung: Bei diesem regreßlosen Verkauf von Forderungen eines Exporteurs an eine Bank erfolgt künftig als „offene Zession", sie muß ausgewiesen werden. Dadurch wird die Transparenz über die Schuldner verbessert. Im Gegensatz zu den Forderungen der Wirtschaft bleibt es dabei, daß die Regreßansprüche des Bundes gegenüber dem Exporteur nicht bei der Forfaitierung erlöschen.

ROHSTOFFE

Der Internationale Zinnrat zieht seine Krisensitzung vor

WILHELM FURLER, **London**

Nach der Intervention der britischen *Regierung scheint unter den* Mitgliedsländern des Internationalen Zinnrats die Bereitschaft gewachsen zu sein, den Zinnmarkt vor dem drohenden Zusammenbruch ins Chaos zu bewahren. Auf das dringende Ersuchen vom britischen Minister für *Handel und Industrie, Leon Brittan,* hin hat der Zinnrat, dem die 22 wichtigsten Produzenten- und Verbraucherländer angehören, beschlossen, seine Krisensitzung auf übermorgen vorzuverlegen. Ursprünglich wollten sich die Regierungsvertreter der Mitgliedsländer erst am Dienstag nächster Woche in London treffen.

Unmißverständlich gab Minister Brittan dem Internationalen Zinnrat zu verstehen, daß alles darangesetzt werden müsse, die Außenstände gegenüber Banken und Metallhändlern an der Londoner Metallbörse zu begleichen. Inoffiziellen Schätzungen zufolge sollen diese Schulden des Zinnrats auf fast 500 Millionen Pfund (fast 2 Mrd. DM) aufgelaufen sein.

Die Londoner Metallbörse, an welcher der Zinnhandel am 24. Oktober ausgesetzt worden war, zeigte sich umgehend bereit, den Zinnhandel noch bis zum kommenden Freitag auszusetzen. Damit soll dem Zinnrat und seinen Mitgliedsregierungen mehr Zeit gelassen werden, Mittel und Wege für eine geordnete Wiederaufnahme des Zinnhandels zu finden.

Die Aufforderung von Minister Brittan war auf einer rasch improvisierten Sondersitzung unter Anwesenheit führender Vertreter der Londoner Metallbörse, des Zinnrats, Vertretern der Gläubigerbanken und der Bank von England vorgetragen worden. Allen 22 Mitgliedsregierungen wurde sie per Fernschreiben zugestellt. Der Regierung in London liegt besonders viel an einer raschen Beilegung der Krise. *Nicht grundlos macht* sie sich um die Zukunft der Londoner Metallbörse und die Stellung Londons als internationalem Finanzzentrum Sorgen.

Der Zinnhandel war vor eineinhalb Wochen ausgesetzt worden, weil die Internationale Zinnorganisation, die seit Jahren die Zinnotiz durch Käufe künstlich hochgehalten hatte, ihre Preisstützungs-Interventionen wegen *fehlender Mittel hatte einstellen müs*sen. Die letzte Notiz lag bei 8140 Pfund je Tonne.

Wieviel die Mitgliedsländer tatsächlich nachzuschießen oder an neuen Bankbürgschaften zu besorgen haben, hängt nicht zuletzt davon ab, *wie tief unter diese Notiz der* Zinnpreis nach Wiederaufnahme des Handels gefallen sein wird. Broker wollen einen Preiseinbruch um zwischen 2000 und 4000 Pfund nicht ausschließen.

Entsprechend zielen Sanierungsüberlegungen unter anderem darauf ab, die Zinnvorräte der Produzentenländer, der Londoner Metallbörse und der Banken, die von diesen als Sicherheiten gehalten werden, für einige Zeit vom Markt zu halten.

Die Zinnkrise belastet

Von LEO FISCHER

Die Aussetzung des Zinnhandels an der London Metal Exchange, der bedeutensten Metallbörse der Welt, ist das spektakulärste Ereignis der ansonsten wenig aufregenden Entwicklung an den Weltrohstoffmärkten im Oktober. Auch im letzten Monat ergaben sich keinerlei Anzeichen für eine Beendigung der nun schon 18 Monate dauernden Baisse bei Rohstoffen. Allerdings hat die Zinnkrise den Abwärtstrend insgesamt nicht verstärkt. Sowohl der auf Grund der New Yorker Notierungen berechnete Moody's-Index als auch der auf Pfundpreisen basierende Reuters-Index konnten sich auf niedrigem Niveau stabilisieren.

Die Suspendierung des Zinnhandels, die nötig wurde, um einen Preissturz *zu verhindern, nachdem der* Internationalen Zinnorganisation das Geld für weitere Interventionskäufe ausgegangen war, schlägt sich im Index kaum nieder, weil die Metalle in den Indices unterrepräsentiert sind.

Allerdings ist die Zinnaffäre nicht *ohne Einfluß auf die Preisbildung* des gesamten NE-Metallsektors geblieben. Zwar befinden sich die Notierungen der NE-Metalle schon seit drei Monaten auf einer beschleunigten Talfahrt, aber in den Tagen nach der Aussetzung des Zinnhandels hat sich der Preisdruck auf die NE-Metalle deutlich verstärkt.

Überraschend gut behaupten konnten sich dagegen die Edelmetalle. Allerdings äußert das Brokerhaus Hornblower und Fischer in seinem Informationsdienst „Terminmarkt" zu Recht die Befürchtung, daß die Zinnkrise „auch am Edelmetallmarkt ihre Opfer" fordert. In Londoner Handelskreisen wird nämlich davon ausgegangen, daß einige Händler ihre Zinnengagements mit hohen Verlusten glattstellen müssen, und zur Deckung dieser Verluste neben anderen NE-Metallen – wie bereits vielfach geschehen – auch Edelmetalle verkaufen müssen.

Aber auch ohne Zinnkrise war den NE-Metallen eine ungünstige Prognose gestellt worden. Nach dem jüngsten Vierteljahresbericht des Beratungsdienstes *„Metals Analysis and* Outlook" ging im Zuge der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den ersten sechs Monaten 1985 der Verbrauch von NE-Metallen um zwei Prozent zurück, nachdem er noch im Vorjahr um sechs Prozent zugenommen hatte.

Die stärksten Preiseinbrüche gab es bei Zink und Blei. Der Zinkpreis fiel in London auf 372,50 Pfund pro Tonne und *damit auf das niedrigste* Niveau seit Anfang 1983. Mit 255,5 Pfund wurde für Blei Ende Oktober der niedrigste Preis seit 28 Monaten notiert. Der Preissturz bei Zink wurde bereits im August eingeleitet durch die Rücknahme des Produzentenpreises der Metallgesellschaft, denen die amerikanischen und kanadischen Hersteller folgten. Angesichts der riesigen Vorräte, die auf den Markt drängen und den Preis drükken, entschlossen sich die meisten Hersteller auch zu Produktionskürzungen, die bislang den Abwärtstrend des *Zinkpreises allerdings* nicht stoppen konnten.

Bei Blei wird sich die Produktion in diesem Jahr kräftig erhöhen und den Verbrauch überschreiten. Im vergangenen Jahr war die Produktion auf Grund des Minenstreiks in Missouri hinter dem Verbrauch zurückgeblieben. Nach Einschätzung der meisten Broker wird der Bleipreis zumindest noch bis Jahresende unter Druck stehen.

Einen spektakulären Preisanstieg unter den „soft commodities" erlebte *der Kaffemarkt.* Die *nun schon* fünf Monate dauernde Dürre im brasilianischen Kaffee-Gürtel – mit dem trokkensten Oktober seit 40 Jahren, einem Monat, in dem der Regen für das Gedeihen der Kaffeepflanze besonders wichtig ist – haben den Preissprung bei Kaffee ausgelöst. Nach einer Ernte von gut 30 Millionen Sack (ein Sack = 60 Kilogramm) im vergangenen Jahr, erwarten Kaffee-Experten für das laufende Kaffeejahr nur noch 18 bis 20 Millionen Sack, also einen Verlust von rund einem Drittel.

Allerdings sind das nur vorläufige Schätzungen, die noch mit großen Unsicherheiten behaftet sind. Sollte der lang erwartete Regen jetzt *doch noch einsetzen, würden die* Einbußen wesentlich geringer ausfallen.

Allerdings haben auch die Lieferschwierigkeiten einiger afrikanischer Erzeuger zu dem Preisauftrieb bei Kaffee beigetragen. Die Lieferschwierigkeiten erklären sich aus Dürrephasen, aus Transportproblemen und aus der Tatsache, daß die Robusta-Exporteure nicht vor Dezember ernten, nach dem Internationalen Kaffee-Abkommen *die vereinbarten Export*mengen aber bis zum 30. September geliefert sein müssen. Die afrikanischen Hersteller haben aber auf einer Konferenz in Abidjan erklärt, in Zukunft ihren Lieferverpflichtungen nachzukommen. Beobachter gehen davon aus, daß es sich am Kaffeemarkt lediglich um eine temporäre Knappheit an sofort verfügbarer Ware handelt, die schnell überwunden *sein kann, und* warnen *davor,* allzusehr auf Hausse zu setzen.

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende Oktober 1985	Ende Sept. 1985	Hoch 1985	Tief 1985
Kupfer	L	£/t	943	959,75	1342,50	945,75
Zink	L	£/t	372,50	469	862,50	417,50
Zinn[3]	L	£/t	–	8719,50	10265	8543
Blei	L	£/t	255,50	276,87	395	266,25
Aluminium	L	£/t	645,60	692,75	1060,25	645,60
Nickel	L	£/t	2800	317,50	4227,50	2800
Gold	L	$/Unze	324,50	326,50	339,30	285
Silber	L	p/Unze	425,55	431,35	576,90	426,75
Platin	L	£/Unze	235,25	221,65	252,40	191,05
Weizen	C	Cts/bu	319,38	297	373,37	267,12
Mais	C	Cts/bu	221,75	224,75	285,62	217,67
Kakao[1]	L	£/t	1679	1823	2266,50	1657
Kaffee[1]	L	£/t	1893	1640	2423 50	1427,50
Zucker	L	£/t	138	133,50	142,50	82,00
Sojaöl	C	Cts/lb	19,48	21,16	33,57	19,27
Baumwolle[2]	Li	Cts/kg	48,15	50,30	71,95	48,15
Schweißwolle	S	Cts/kg	596	604	650,50	555
Kautschuk	L	p/kg	56	59,50	73,75	58,50
Indices:						
Moody's (31.12.31=100) New York			908,3	884,3	973,48	76,6
Reuter's (31. 9.31=100) London			1718	1706,2	2101,4	1600,9

[1])Zweite Abladung; [2])A-Index-Preis; [3])Letzte Notiz am 23.10. bei 8140 £
L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

AUF EIN WORT

„Auch wenn im Zeitalter der Technik das wirtschaftspolitische Attribut vom ‚sich selbst tragenden Aufschwung' einen Automatismus verheißt: der konjunkturelle Wachstumsprozeß kann immer nur so stark sein wie die Kräfte, die ihn tragen."

Walter Schlenkenbrock, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Apotheker- und Ärztebank eG, Düsseldorf
FOTO: DIE WELT

Ansturm auf den Einzelhandel

DW. **Köln**

Obwohl das Weihnachtsgeld erst in drei Wochen gezahlt wird, hat schon am ersten langen Samstag im November ein lebhafter Ansturm auf das Warenangebot des Einzelhandels eingesetzt. Bereits am Vormittag waren viele *Innenstädte* nur noch mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Umsatzsteigerungen bis zu 40 Prozent gegenüber dem ersten Samstag im Oktober und dem verkaufsoffenen November-Samstag des Vorjahres meldeten die Warenhäuser. Gefragt waren vor allem Elektro- und Hifi-Geräte, Einrichtungsgegenstände sowie Spielwaren. Als „Renner" erwies sich Winterbekleidung.

HANDEL EG–USA

Einigung im Stahlstreit – Konflikt um Spaghetti

DW. **Brüssel/Washington**

Die USA und die Europäische Gemeinschaft haben sich über die EG-Stahlexporte nach Amerika in den nächsten vier Jahren geeinigt. Im weniger bedeutsamen Bereich der Teigwaren- *und Zitrusexporte ist dagegen* einen möglicherweise folgenschweren Handelskonflikt begonnen worden.

Mit dem neuen Stahl-Abkommen ist das auslaufende Abkomen über die Begrenzung der EG-Stahlexporte *in die USA für weitere vier Jahre* verlängert worden. Nach Angaben von EG-Außenhandelskommissar Willy de Clercq vereinbarten beide Seiten, daß die EG im Massenstahlbereich künftig 125 000 Tonnen und im Bereich der sogenannten Konsultationsprodukte (Drähte und Bleche) 25 000 Tonnen mehr als bisher in die USA liefern darf. Die EG-Stahllieferungen belaufen sich jährlich auf etwa 2,5 Mrd. Dollar. Nichtfertige Stahlprodukte wurden entsprechend EG-Wunsch nicht einbezogen. Auch das Abkommen über Röhrenlieferungen wurde getrennt bis Ende September 1989 verlängert. De Clercq erklärte, die neue Vereinbarung begrenze die europäischen Stahlausfuhren in die USA auf einen etwas mehr als 5,5prozentigen Anteil am US-Sahlmarkt.

Zu der zuvor ausgebrochenen Eskalation im Spaghetti-Krieg sagte der EG-*Kommissar,* der Beschluß der USA, den Zoll auf in die USA eingeführte Teigwaren drastisch zu erhöhen, komme einem Embargo auf eine Ware nahe, deren Export vor allem für Italien von großer Bedeutung sei. De Clercq nannte die Maßnahme Washingtons einen klaren Verstoß gegen die Regeln des internationalen Handels, der überdies „unsinnig" sei.

US-AKTIENMÄRKTE

Zins-Spekulationen führten Dow Jones auf Rekord-Hoch

DW. **New York**

In der abgelaufenen Woche hielt *die freundliche Stimmung an den in*ternationalen Börsen überwiegend an. An gleich sechs Plätzen kam es zu einem neuen Rekord-Hoch. New York zeigte sich zwar nicht durchgehend einheitlich, konnte jedoch weiter Boden gut machen. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte verbesserte sich um 33,73 Punkte auf 1390,25 und erreichte damit einen neuen Höchststand. Der allgemeine *Börsenindex (NYSE) zog um* 2,19 Punkte auf 110,55 an. Umgesetzt wurden im Tagesdurchschnitt 115,95 Millionen Stücke, gegenüber 110,71 Millionen in der Vorwoche. Auch in Toronto mündete uneinheitlicher Verlauf zum Wochenschluß in Wochengewinne.

Verantwortlich für die kräftigen Gewinne waren vor allem anhaltende Spekulationen über fallende Zinsen sowie Berichte, wonach die Opec kurz vor dem Zusammenbruch stehe. Zu den Zinsspekulationen war es in dieser Woche gekommen, nachdem berichtet worden war, daß die US-Notenbank eine „relativ angemessene" Kreditpolitik verfolgen werde.

Beachtung fand vor allem eine Aussage des Erdölministers der Vereinigten Arabischen Emirate, wonach die Opec-Preisstruktur auseinandergefallen und daß jetzt jedes Mitgliedsland des Kartells in seiner Entschei*dung frei sei, Fördermengen und* Preise festzusetzen. Diese Berichte riefen, obwohl mehrfach dementiert, ein umfangreiches Kaufinteresse für Aktien von Fluggesellschaften hervor, die insbesondere von niedrigeren Ölpreisen profitieren werden. Im Gegensatz dazu traf die Ölaktien die volle Wucht der Abgaben, und die Titel schlossen mit zum Teil deutlichen Verlusten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Ifo sieht Vorteile durch Gewerbesteuer-Streichung

München (dpa/VWD) – *Ein Ersatz* der Gewerbesteuer durch Alternativen, wie eine Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer, eine Wertschöpfungssteuer oder eine Kombination von Umsatzsteuerbeteiligung und Gewerbesteuer, brächte für Gemeinden in Problemregionen und regionale Zentren mehr Steuerkraft und höhere Einnahmen. Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung, die das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München im Auftrag des Bundesverbandes der deutschen Industrie durchgeführt hat. Bei einer Umsatzsteuerbeteiligung unter Wegfall der Gewerbesteuer würde der Gemeindeanteil der Umsatzsteuer nach *einem Lohnsummenschlüssel auf die* „Arbeitsgemeinden" der Arbeitnehmer verteilt. Bei der Kombination Umsatzsteuer/Gewerbesteuer würde die Gewerbesteuer bis auf ein Drittel durch die Umsatzsteuerbeteiligung ersetzt und die Gemeinden behielten ein Hebesatzrecht. Beim Modell der Wertschöpfungssteuer wäre die Wertschöpfung der Volkswirtschaft Besteuerungsgrundlage; die Gemeinden könnten die Hebesätze *bestimmen.*

Acht Millionen arbeitslos

Washington (dpa/VWD) – *Die Ar*beitslosenquote in den USA hat sich im Oktober mit 7,1 Prozent gegenüber dem Vormonat nicht verändert. Wie das US-Arbeitsministerium mitteilte, waren im Oktober rund 8,3 Millionen Amerikaner arbeitslos gemeldet. Die Zahl der Beschäftigten stieg im Oktober erneut um 325 000 auf die neue Rekordzahl von 107,8 Millionen. Darunter waren 60 000 neue Jobs in *der Industrie, die seit Jahresbeginn* einen Rückgang um rund 300 000 Arbeitsplätze verzeichnet hatte.

Goldvorkommen in Japan

Tokio (AFP) – Ein außergewöhnlich reichhaltiges Goldvorkommen mit *Erträgen von 162 Gramm pro* Tonne wurde auf der Insel Kyushu (Südjapan) entdeckt, teilte in Tokio der Sprecher der Bergwerksgesell*schaft Sumitomo Metal Mining* Company mit. Dieser Ertrag stellt den bisherigen „Landesrekord" von 29 Gramm/Tonne in Sakagoe Odomari (Westjapan) weit in den Schatten. Nach Angaben des Firmensprechers wird das Supervorkommen insgesamt 120 Tonnen Gold liefern. Zunächst sollen bis März 1986 rund 2,8 Tonnen zum derzeitigen Marktwert von 32 Mill. Dollar gefördert werden.

Darlehen für Chile

New York (AP) – Chile wird neue Darlehen von über einer Milliarde Dollar erhalten. Ein dementsprechender Vertrag wurde zwischen der chi*lenischen Regierung und einem* internationalen Bankenkonsortium geschlossen. Wie die Manufacturers Hanover Bank als Vorsitzende des Beratungsausschusses des Konsortiums bekanntgab, einigte man sich auf die Gewährung von Krediten in Höhe von 785 Mill. Dollar mit einer Laufzeit von zehn Jahren. Darüberhinaus sollen dem südamerikanischen Land im Rahmen eines Kofinanzierungspro*gramms weitere 300 Mill. Dollar zur* Schuldentilgung gewährt werden. Weiter soll die Laufzeit von bereits bestehenden kurzfristigen Handelskrediten in Höhe von 1,7 Milliarden Dollar bis 1987 verlängert werden.

Neue DM-Anleihe

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Owens-Corning Fiberglas Corp. (*Toledo/Ohio*) - *weltweit führender Her*steller von Glasfasererzeugnissen - begibt über ein Internationales Konsortium unter Führung der Dresdner Bank AG und Goldman Sachs International Corp. eine DM-Auslandsanleihe über 130 Mill. Mark. Die Teilschuldverschreibungen werden mit 7,25 Prozent verzinst und zum Kurs von 100 Prozent ausgegeben. Die Laufzeit beträgt 15 Jahre, Abrech*nungstag ist der 2. Dezember 1985.*

BILANZRICHTLINIEN / Bundestag will Gesetz noch im November verabschieden

20 000 GmbHs werden prüfungspflichtig

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Das Bilanzrichtlinien-Gesetz soll im Bundestag noch im November verabschiedet werden, so daß es am 1. Januar in Kraft treten kann. Der vierköpfige Unterausschuß „Bilanzrichtlinie" des Rechtsausschusses hat sich bereits über die *Novelle* geeinigt. Bereits in dieser Woche sollen Wirtschafts- und Finanzausschuß Stellung nehmen.

Die in einem neuen Dritten Buch des Handelsgesetzbuchs zusammengefaßen Vorschriften werden in einen ersten, für alle Kaufleute geltenden Abschnitt und in einen zweiten, der die besonderen Regeln für Kapitalgesellschaften betrifft, aufgeteilt. Der Unterausschuß hat damit erreicht, daß Übersichtlichkeit und Lesbarkeit deutlich verbessert werden.

Kapitalgesellschaften mit bis zu 8 Mill. Mark Umsatz, bis zu 50 Beschäftigten oder einer Bilanzsumme unter 3,9 Mill. Mark müssen ihre Jahresabschlüsse nicht prüfen und testieren lassen. Sie müssen aber im Bundesanzeiger angeben, in welchem Handelsregister ihre Abschlüsse (ohne Gewinn- und Verlustrechnung) hinterlegt sind. Dies wird für etwa 310 000 der 350 000 GmbHs und jede fünfte AG (von rund 2000) gelten.

Gut 20 000 Kapitalgesellschaften mit bis zu 32 Mill. Mark Umsatz, bis zu 250 Mitarbeitern oder einer Bilanzsumme bis zu 15,5 Mill. Mark werden nach dem neuen Gesetz von 1988 an ihre Jahresabschlüsse von Wirt*schafts- oder vereidigten Buchprü*fern prüfen lassen müssen. Kapitalgesellschaften, die noch höhere Umsätze, mehr Beschäftigte oder eine noch größere Bilanzsumme haben, müssen ihre Jahresabschlüsse zusammen mit einem Anhang und einem Lagebe*richt im Bundesanzeiger offenlegen.*

Die Korrektheit der Unterlagen muß von einem Wirtschaftsprüfer bescheinigt werden. Als Neuerung müssen darüber hinaus Kapitalgesellschaften mit Töchtern im In- oder Ausland einen Konzern- oder Weltabschluß, verbunden mit einem Ge*samtlagebericht, erstellen.*

Der Geschäfts- und Firmenwert soll innerhalb von 15 Jahren nicht nur *handelsrechtlich, sondern auch steu*erlich abgeschrieben werden dürfen.

Möglicherweise noch Widerstände wird es gegen den insbesondere vom FDP-Rechtsexperten Detlef Kleinert verfochtenen Plan geben, nach dem Anteile an Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaften nur von Wirtschaftsprüfern oder Steuerberatern gehalten werden dürfen. Dadurch würde laut Kleinert auch nur der Anschein von Interessenkonflikten vermieden werden. Denn zur Zeit ist es noch möglich, daß Anteilseigner einer Prüfungs- oder Beratungsgesellschaft gleichzeitig auch Anteilseigner des zu prüfenden oder beratenden Unternehmens sind.

IFO

Kritik an SPD-Programm

rr. München

Das Münchener Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hat in einer Analyse des von der SPD geforderten staatlichen Sonderprogramms „Arbeit und Umwelt" dargestellt, daß die darin vorgeschlagenen Schritte nicht die erwarteten positiven Auswirkungen auf Umwelt und Beschäftigung haben können. Die Analyse, die dem Bundestagsausschuß für Wirtschaft am 14. Oktober in einem nicht öffentlichen Hearing vorgelegt wurde, räumt allerdings ein, daß das Programm sich deutlich von früheren, sehr kurzfristig angelegten Konjunktur- und Beschäftigungs-Programmen unterscheide.

Es könne deshalb nicht von vornherein mit dem Hinweis auf mangelnden Erfolg zurückgewiesen werden. Auch spreche viel für die Forderung, daß zumindest zur Beseitigung sogenannter Umwelt-Altlasten zusätzliche Finanzmittel der öffentlichen Hand in Höhe von rund 18 Mrd. DM in den nächsten zehn Jahren verfügbar gemacht werden müßten. Grundsätzlich wird erklärt, daß in der Bundesrepublik „Beschäftigungs- und Umweltziele in hohem Maße verfehlt" seien.

Der SPD-Vorschlag sieht vor, zehn Jahre lang jährlich 4,7 Mrd. DM an staatlichen Zinssubventionen und Zuschüssen für zusätzliche Umweltschutz-Investitionen auszugeben, um dadurch jährlich Investitionskredite in Höhe von rund 18 Mrd. DM zu mobilisieren. Die Ifo-Forscher schätzen den Impuls in ihrer Analyse weitaus geringer ein. Nach ihren Modellrechnungen könnten durch das Programm aber immerhin 200 000 zusätzliche Arbeitplätze geschaffen werden.

Als nicht gravierend bezeichnen die Ifo-Forscher dagegen die Auswirkungen der Finanzierung durch zusätzliche Energiesteuern auf die Wirtschaft. Aus umweltpolitischer Sicht ergebe sich wegen der voraussichtlich geringer als erwartet ausfallenden Investitionswirkungen, daß die „ehrgeizige umweltpolitische Zielsetzung" nicht erreicht werden könne. Da zu wenig das Verursacherprinzip berücksichtigt werde, könne zudem eine Fehlleitung privater Mittel die Folge sein.

EUROPÄISCHE AGRARPOLITIK / Schneller Handlungsbedarf besteht vor allem auf dem Getreidesektor

Reform-Diskussion kommt nur langsam in Gang

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Diskussion über die Reform der europäischen Agrarpolitik kommt nur zögernd voran. Nicht vor Mitte Dezember wird die Brüsseler Kommission ihre Vorschläge für eine neue Getreide- und Rindfleischpolitik präsentieren und damit eine erste Konkretisierung der in ihrem „Grünbuch" entwickelten Reformideen vornehmen können. Im Augenblick ist die „Anhörung" der betroffenen Verbände noch voll im Gange.

Auch wenn sich der Ministerrat – wie es die Luxemburger Präsidentschaft plant – noch vor Weihnachten den beiden Sektoren mit besonders akuten Problemen zuwendet, ist mit schnellen Entscheidungen kaum zu rechnen. Die Gefahr liegt also auf der Hand, daß die Reformdiskussion voll in das jährliche Gerangel um die Agrarpreise einmündet. Dabei wird nach allen Erfahrungen vorwiegend unter dem Gesichtspunkt politischer Tagesinteressen gehandelt. Ziel des „Grünbuches" ist es dagegen, die Probleme der europäischen Landwirtschaft in einem längerfristigen und umfassenderen Zusammenhang zu sehen.

Daß auch schneller Handlungsbedarf besteht, *zeigt besonders die Lage* auf dem Getreidesektor: Der erste Punkt auf der Tagesordnung jedes Agrarministerrates ist noch immer die „Festlegung der Erzeugerpreise für Getreide und Raps für das Wirtschaftsjahr 1985/86", ohne daß seit dem deutschen Veto gegen eine Preissenkung neue Gesprächsbereitschaft entstanden wäre.

Bonn akzeptiert zwar die von der Kommission im Verwaltungswege fixierten Preisminderungen, wartet aber ansonsten auf die versprochenen Vorschläge für eine grundlegende Neuorientierung der Getreidepolitik. Über die Notwendigkeit einer Reform kann es kaum Zweifel geben: Der zuständige holländische Agrarkommissar Franz Andriessen bemüht sich in diesen Wochen besonders in der Bundesrepublik um Verständnis dafür.

Die EG hat derzeit einen Getreideüberschuß von 25 Mill. Tonnen, der sich ohne Änderung der bisherigen Politik bis 1992 auf mindestens 80 Mill. Tonnen, also auf mehr als 40 Prozent der Jahreserzeugung der Gemeinschaft (einschließlich Spaniens und Portugals) erhöhen wird. Für jede Tonne, die exportiert wird, muß die EG eine Subvention von fast der Hälfte des innergemeinschaftlichen Preises zahlen. Nach britischen Berechnungen würden die Kosten für Exporterstattungen bei Getreide – wenn nichts geschieht – 1991 rund 31 Mrd. Mark erreichen. Dies entspricht etwa den im Jahre 1983 für die gesamte Agrarpolitik entstandenen Kosten.

Über das Rezept der Kommission zur Eindämmung der Agrarausgaben herrscht im einzelnen noch Ungewißheit. Fest steht jedoch, daß die EG-Behörde weder an weitere Preissenkungen noch an ein Quotensystem nach dem Vorbild des Milchmarktes denkt. Preissenkungen sind nach den Erfahrungen mit der Bundesrepublik politisch nicht durchsetzbar. Quoten würden nach Meinung von Andriessen unweigerlich ein Kontingentsystem für zahlreiche andere pflanzliche Erzeugnisse erfordern und längerfristig zu einer immer bedenklicheren Zementierung der bestehenden Produktionsstrukturen führen.

Was bleibt, ist also nur eine Kombination von mehreren anderen Maßnahmen. Dazu könnten neben einer restriktiven Preispolitik (Einfrieren der Interventionspreise) und der Beteiligung der Erzeuger an den Kosten der Überschußverwertung (Mitverantwortungsabgabe) auch ein Prämiensystem sowie eine preisliche Differenzierung zwischen Qualitäts- und Massenweizen gehören.

ITALIEN / Lederwarenindustrie hat sich zu spät auf geänderte Modetrends eingestellt

Die Schwierigkeiten im Export nehmen zu

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Hoffnungen der italienischen Lederwarenindustrie, in diesem Jahr die Stagnation des Inlandsmarktes durch eine Zunahme des Exportgeschäfts mindestens ebenso ausgleichen zu können wie 1984, werden aller Voraussicht nach nicht in Erfüllung gehen. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres sank der Export in die Bundesrepublik Deutschland mengenmäßig um 0,6 Prozent, der nach Frankreich und Japan sogar um zwölf bzw. 13 Prozent, so daß bis zum Jahresende sehr wahrscheinlich nur der Wertumsatz eine Steigerung erfahren wird. Eine Besserung auf längere Sicht könnte Verbandserwartungen zufolge allerdings im Falle der EG-Länder eintreten, wenn die Lira-Abwertung vom Juli dieses Jahres in den Preisen einen vollen Niederschlag finden sollte.

Nach Verbandsangaben stiegen die *Ausfuhren von Lederwaren in der* ersten Jahreshälfte gegenüber der gleichen Vorjahreszeit wertmäßig um 11,8 Prozent auf 524 Mrd. Lire (776 Mill. DM). Demgegenüber stieg im Gesamtjahr 1984 der Export dem Wert nach um 26,7 Prozent auf 1019 Mrd. Lire (1,5 Mrd. DM), der Menge nach um 18,7 Prozent. Besonders betroffen von der Stagnation im In- und Ausland sind die Damenhandtaschen, die an Produktion und Ausfuhr mit rund 50 Prozent beteiligt sind. In diesem Fall machen sich noch mehr als die hohen italienischen *Preise die Modetendenzen negativ* bemerkbar, die in vielen Absatzländern auf einfachere Formen und billigere Qualitäten gerichtet sind, während sich die italienischen Unternehmen in den letzten Jahren sowohl preislich als auch der Qualität nach immer höher in die Mode-Pyramide hineingeschraubt haben.

Die gesamte italienische Lederwarenproduktion beträgt nach Angaben des Fachverbands in Mailand etwas über 2000 Mrd. Lire. Davon entfällt etwa die Hälfte auf die Ausfuhr. In der Branche sind derzeit ungefähr 3000 meist kleine und mittlere Hersteller tätig. 47 Prozent davon sind Handwerksbetriebe mit weniger als zehn Beschäftigten. Was sich bis vor wenigen Jahren als Positivum erwies, die Vielzahl von flexiblen Kleinbetrieben, bremst jetzt zunehmend die *Export-Orientierung, weil nur wenige* Firmen in der Lage sind, teure Werbekampagnen im Ausland durchzuführen.

NAMEN

Dr. **Friedrich Ische**, Leiter der Bildungspolitischen Abteilung der Hoechst AG, Frankfurt, feiert heute seinen 60. Geburtstag.

Dr. **Helmut Baark** (65) übergibt nach fast 30 Jahren Tätigkeit für die Deutsche Lufthansa die Leitung des Ärztlichen Dienstes an **Lutz Bergau** (44), der am 1. November 1985 die Verantwortung für die medizinische Betreuung des Lufthansa-Personals übernimmt.

Fritz Napiwotzky, Mitglied der Geschäftsleitung der ATB-Bauknecht Motoren, ist in den Ruhestand getreten. Sein Nachfolger ist **Günther Wiehmeier** als Vorstandsmitglied bei der neufirmierten ATB Antriebstechnik G. Bauknecht AG, Welzheim.

Fritz-Jörg Landschulz, Leiter der *Zentralen Geldstelle der Vereins- und* Westbank, Hamburg, trat am 31. Oktober 1985 in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist **Burkhard Skibbe**.

KERNKRAFT / Bis 1990 sollen achtzig Prozent des französischen Stromverbrauchs durch Atomenergie gedeckt sein

Ausbau wurde in diesem Jahr etwas verlangsamt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das in Frankreich unmittelbar nach dem ersten Ölschock 1973 mit massiver staatlicher Hilfe eingeleitete Kernenergieprogramm wird spätestens 1990 sein wichtigstes Ziel erreichen, nämlich sämtliche thermischen Kraftwerke (Kohle, Öl, Erdgas) überflüssig zu machen. Dann sollen die Kernkraftwerke rund 80 (zur Zeit 60) Prozent des französischen Stromverbrauchs decken, während der Anteil der Wasserkraftwerke bei unverändert 20 Prozent bliebe. Anfang 1990 wird Frankreich über eine Kernkraftwerkskapazität von 60 000 (zur Zeit 35 000) MW verfügen, wenn sämtliche in Bau befindliche Anlagen planmäßig in Betrieb genommen werden, womit zu rechnen ist. Das wären dann halb soviel Kapazitäten wie in den USA und doppelt so viel wie in Japan, während die Bundesrepublik mit 24 000 MW stark abfallen würde. Wegen des starken Zuwachses in der Sowjetunion würde aber der Anteil Frankreichs an der Weltkapazität mit 15 Prozent konstant bleiben.

Nach Abschluß dieser Substitutionsphase kann das staatliche Elektrizitätsmonopol EDF nur noch auf den allgemeinen Stromverbrauchszuwachs setzen und auf die Steigerung der Stromexporte hoffen, die inzwischen zehn Prozent ihrer Stromproduktion erreichen. Zu diesem Zweck sollen die Stromtarife ab 1986 gesenkt werden. Sie sind schon heute die niedrigsten in der EG.

Die Durchführung des französischen Kernenergieprogramms wurde inzwischen gedrosselt. In diesem Jahr hat die EDF nur ein einziges Atomkraftwerk mit einer Leistung von 1300 MW bestellt, das nach 1990 in Betrieb genommen werden soll. Auch im nächsten Jahr wird es voraussichtlich bei nur einem weiteren Auftrag dieser Größenordnung bleiben. An sich könnte die EDF bis 1987 ohne Neubestellungen auskommen. Aber die Regierung will eine Unterbrechung der Beschäftigung bei den Atomkraftwerksbauern Framatome und Alsthom vermeiden. Ab 1988 ist ohne Berücksichtigung eventueller Exportaufträge die Bestellung von drei *Kernkraftwerken alle zwei Jahre* vorgesehen.

Gegenwärtig verfügt die EDF über 37 Atomkraftwerke, davon 32 mit einer Leistung von je 900 MW – sie waren ab 1977 im Jahresrhythmus von vier Tranchen in Betrieb genommen worden – und vier Tranchen mit je 1300 MW, deren erste Mitte 1984 an das Stromnetz angeschlossen wurde. Dazu kommt ein kleines Atomkraftwerk mit 305 MW. Das Durchschnittsalter der Kraftwerke liegt mit vier Jahren erheblich niedriger als in allen anderen Ländern.

Auch in der Stromverfügbarkeit stehen die französischen Atomkraftwerke mit 80 Prozent der Kapazitäten weltweit an der Spitze. 70 bis 75 Prozent in Japan und 60 bis 65 Prozent in den USA. Und schließlich sind die Einstandskosten für Atomstrom in Frankreich besonders niedrig, weil die Kernkraftwerke sehr stark standardisiert sind und die Durchführung der Projekte nicht durch Umweltschützer gestört wird. Viele Gemeinden bewerben sich wegen der Infrastruktur und ihrer Arbeitslosenprobleme um Atomkraftwerke.

Frankreich ist Nummer eins in der Urananreicherung (ein Drittel der Weltproduktion) und in der Wiederaufbereitung von nuklearen Brennelementen (80 Prozent).

CHINA

Käuferansturm auf Obligationen

AFP, Peking

Die von der Industrie- und Handelsbank in Shanghai vorgenommene Ausgabe von festverzinslichen Obligationen zu neun Prozent, die erste seit der kommunistischen Machtübernahme im Jahr 1949, hat in dieser Woche zu einem Käuferansturm geführt, berichtete die englischsprachige Pekinger Tageszeitung „China Daily".

Riesige Schlangen hätten sich vor den vierzehn Ausgabeschaltern gebildet. Bisher seien bereits 10 Mill. Yuan (3,14 Mill. Dollar) umgesetzt worden. Insgesamt will die Bank im Rahmen dieser ersten Finanzoperation Obligationen in Höhe von 15 Mill. Yuan (4,7 Mill. Dollar) ausgeben.

Unter Berufung auf den Direktor des Shanghaier Geldinstituts berichtete die Zeitung, daß jeder Käufer für maximal 2000 Yuan (627 Dollar) Wertpapiere erwerben kann, deren Jahreszinssatz spürbar über dem der gewöhnlichen Spareinlagen (7,2 Prozent in Shanghai) liegt. Staatliche Unternehmen dürfen die Obligationen nicht erwerben. Sie sind zur Finanzierung von Vorhaben kollektiver Betriebe gedacht. Insgesamt will die Industrie- und Handelsbank, eines der vier großen Geldinstitute des Landes, für 500 Mill. Yuan (156,7 Mill. Dollar) Obligationen mit neunprozentigem Jahreszinssatz ausgeben.

Im Februar 1985 war einem Betrieb der Großstadt erstmals seit 1949 wieder erlaubt worden, Aktien auszugeben. Die 100 000 Papiere im Nennwert von 50 Yuan (15,6 Dollar) das Stück, waren rasend schnell abgesetzt worden.

Die chinesische Landwirtschaftsbank hat angekündigt, daß sie in diesem Jahr Obligationen mit zwölf- bis 14prozentigen Zinssätzen im Gesamtwert von 1,5 Mrd. Yuan (470 Mill. Dollar) an Privatleute ausgeben wird, um Agrarprojekte finanzieren zu können.

FRANKREICH

Computermarkt wächst schnell

J. Sch. Paris

Im Informatikbereich ist die französische Konjunktur verhältnismäßig günstig geblieben. Die EDV- und Büromaschinenindustrie konnte 1984 ihren Umsatz um 20 Prozent auf 51,78 Mrd. Franc steigern. Sie stellte damit ein Viertel des gesamten Elektro- und Elektronikumsatzes. Ihr Export erreichte mit 13 Mrd. Franc allerdings bei weitem nicht die Einfuhr. Jedoch verbesserte sich das Deckungsverhältnis von 63 Prozent 1982 auf 72 Prozent 1984.

Für dieses Jahr erwartet der Branchenverband einen 28prozentigen Zuwachs der installierten Geräte, deren Zahl auf 212 000 (ohne Post-Terminals) veranschlagt wird. Der weitaus größte Teil davon entfällt auf Mini-Computer (155 000 Stück), bei denen die Zuwachsrate 33,3 Prozent erreicht. Dagegen hat sich die Expansion bei den Großcomputern (1769 Stück) auf 9,9 Prozent abgeschwächt. Im mittleren Bereich liegt sie zwischen 14 und 17 Prozent. Der Wert des gesamten Computerbestandes wird auf 88 Mrd. Franc geschätzt. Das entspricht einer Steigerung um 17 Prozent.

Der nationalen Informatikindustrie gelang es, in den letzten fünf Jahren 5000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Von ihren 52 900 Belegschaftsmitgliedern (Ende 1984) gehörten 80 Prozent der *hoch qualifizierten Kategorie* an. Für Forschung und Entwicklung wandten die Unternehmen der Branche zwischen sieben und 15 Prozent ihres Umsatzes auf.

Für ihre weitere Entwicklung setzt die Branche auf das europäische Forschungsprogramm Eureka, von dem man sich trotz der deutschen Vorbehalte Vorteile für die Computerbereiche verspricht, in denen sich Frankreich gegenüber der amerikanischen und japanischen Konkurrenz im Rückstand befindet. Als Beispiele dafür werden genannt der Mikrobereich und die Mini-Computer.

RENTENMARKT / Zinsanstieg zum Teil korrigiert

Die Stimmung schlug um

Der wochenlang aufwärts gerichtete Zinstrend ist von einer Abwärtsbewegung abgelöst worden, deren Hauptursache die von den auf 7,5 Prozent gestiegenen Pfandbriefrenditen wiederbelebte Nachfrage war, die auf einen weitgehend bereinigten Markt stieß. Hinzu kam das Wiederaufkeimen von Zinssenkungshoffnungen in den USA. Die kräftige Erholung des Rentenmarktes seit Mitte letzter Woche trug freilich ebenso Zeichen der Übertreibung wie der Zinsanstieg in der letzten Phase. Der Markt muß seine wirkliche Stärke noch beweisen, wenn er in den nächsten Wochen stärker in Anspruch genommen wird, so daß ein Zinsrückgang auf das Septemberniveau nicht erwartet wird. (ed.)

Emissionen	1.11. 85	25.10. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,19	6,29	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,50	6,49	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,41	6,15	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,35	6,33	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,42	6,28	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,04	5,88	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,09	6,97	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,40	6,27	6,64	7,89	7,64
DM-Auslandsanleihen	7,02	7,00	7,20	8,08	8,45

هكذا من الأصل

SCHICHAU UNTERWESER

Das Grundkapital wird aufgestockt

dpa/VWD, Bremen

Die Werft Schichau Unterweser AG, Bremerhaven, will ihr Grundkapital auf knapp 8 Mill. DM erhöhen. Darüber soll die Hauptversammlung am 9. Dezember beschließen. Das inzwischen durch Umtausch von Namens-Wandelschuldverschreibungen von 1983 auf 5,984 (vorher 1,002) Mill. DM erhöhte Grundkapital soll durch Ausgabe neuer Aktien im Nominalwert von 2 Mill. DM (zu Pari) auf 7,984 Mill. DM erhöht werden.

Die auf Inhaber lautenden Aktien sollen vom 1. Januar 1985 an gewinnberechtigt sein. Sie werden den Aktionären im Verhältnis drei zu eins angeboten. Die Namens-Wandelschuldverschreibungen, die bei der Staatlichen Bremer Gesellschaft für Wirtschaft und Arbeit mbH lagen, sind von der Bremer Vulkan AG Schiffbau und Maschinenfabrik erworben und in Aktien umgewandelt worden. Die Bremer Vulkan AG ist damit jetzt Großaktionär der Schichau Unterweser AG.

Beck: Zweitgrößte Coca-Cola-Lizenz

ww. Bremen

Beck & Co. als Mehrheitsgesellschafter der Bremer Erfrischungsgetränke GmbH, Bremen und die Gesellschafter der Norddeutsche Früchteverwertung Heinrich Rodekohr GmbH & Co., Hoya, haben vereinbart, die Aktivitäten beider Unternehmen zusammenzufassen. Für die Zusammenführung wird ein einheitlich bearbeitetes Coca-Cola-Konzessionsgebiet Bremen/Hoya mit einer Einwohnerzahl von 1,8 Millionen geschaffen.

Beck & Co. bleibt mit rund 80 Prozent Mehrheitsgesellschafter der Bremer Erfrischungsgetränke GmbH. Die Hauptgesellschafterin der Rodekohr KG, Frau Meier, Bonn-Bad Godesberg, übernimmt eine 20prozentige Beteiligung an der Bremer Erfrischungsgetränke GmbH. Mit der Zusammenfassung der beiden Konzessionen verstärkt die Beck's-Gruppe ihr Engagement im Markt für alkoholfreie Getränke.

Im letzten Geschäftsjahr erreichten die Bremer Erfrischungsgetränke GmbH einen Umsatz von rund 60 Mill. DM und die Rodekohr KG von rund 20 Mill. DM. Mit einem zusammengefaßten Absatz von mehr als 8 Mill. Kisten pro Jahr wird die Bremer Erfrischungsgetränke GmbH die zweitgrößte Coca-Cola-Konzession in der Bundesrepublik Deutschland.

Systems: Aussteller waren zufrieden

dpa/VWD, München

Die 9. internationale Fachmesse für Computer und Kommunikation, Systems '85, hat nach Angaben der Messeleitung ihre Weltspitzenstellung in der Kommunikationstechnik weiter ausgebaut. 62 Prozent der Aussteller bewerteten ihr Messeergebnis nach einer Umfrage mit „sehr gut" oer „gut". Die Zahl der 126 000 Fachbesucher aus 51 Ländern lag um 50 Prozent über der letzten Veranstaltung 1983.

Die Büro- und Informationstechnik in der Bundesrepublik befindet sich weiterhin auf Expansionskurs. Dahin stimmen der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), Frankfurt, und der Bundesverband Vertriebsunternehmen Büro-Informations- und Kommunikationstechnik (BVB), Bad Homburg, überein. Der BVB rechnet mit starken Zuwächsen sowohl bei Büromaschinen als auch bei Datentechnik. Die Steigerung bei Produktion, Außenhandel und Inlandsangebot von 20 Prozent 1984 würde in diesem Jahr wieder erreicht, wenn nicht sogar übertroffen, schreibt der Verband.

THYSSEN AUFZÜGE / Auslandstöchter erfolgreich

Rasante Aufwärtsfahrt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Vor allem dem zügigen Ausbau der Aktivitäten auf den Auslandsmärkten ist es zuzuschreiben, daß sich der Geschäftsbereich „Aufzüge" der Thyssen Industrie AG in rasanter Aufwärtsfahrt befindet. *Die Aufzugs-Gruppe, die auch Fahrtreppen, Fahrsteige und Förderanlagen herstellt und an deren Spitze die Thyssen-MAN Aufzüge GmbH, Neuhausen bei Stuttgart, steht, peilt im laufenden Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.)* einen Umsatz von etwa 750 Mill. DM an. In 1984/85 erreichte der Gesamtumsatz (nicht konsolidiert) 682 Mill. DM gegenüber 596 Mill. DM im Jahr zuvor.

Rund die Hälfte des Umsatzes holte die Neuhausener Gesellschaft herein. Den verbleibenden Teil erarbeiteten vor allem die zur Gruppe gehörenden Gesellschaften in Frankreich (Ascenseurs Soretex S. A.), Spanien (Thyssen Boetticher S. A.) und Österreich (Thyssen Aufzüge Ges. mbH). Mit einer in diesen Tagen erfolgten „nennenswerten" Kapitalbeteiligung an der *Aufzüge & Service AG*, Bichwil/Schweiz, erschließt sich die Thyssen-Aufzugsgruppe den schweizerischen Markt noch besser.

Positiv auf die Geschäftsentwicklung habe, wie es heißt, auch gewirkt, daß man beispielsweise *serienmäßig* den energiesparenden geregelten Drehstromantrieb für Seilaufzüge im Standardbereich *einsetze. Die Mikroprozessor-Technik werde konsequent* angewendet. Im Mittelpunkt eines *dieser Tage vorgestellten neuen Aufzugsprogramms* steht die Gestaltung der Aufzugskabinen im Hinblick auf ergonomische Anforderungen, Benutzerfreundlichkeit und Aspekte moderner Architektur. Der Geschäftsbereich Aufzüge zählt insgesamt 6900 Mitarbeiter, davon sind etwa 3200 bei der Neuhausener Gesellschaft beschäftigt.

HOECHST-KALLE / Markt für Polyesterfolien wächst

Teure Kapazitätserweiterung

JOACHIM WEBER, Wiesbaden

Die neue Folienanlage des Hoechst-Bereichs Kalle in Wiesbaden ist ein Paradebeispiel für die Kapitalintensität in der Chemie: Mit einer Investition von 95 Mill. DM wurden *ganze 70 Arbeitsplätze geschaffen,* 1,4 Mill. DM hat also jeder von ihnen gekostet. Und der hohe Einsatz zwingt das Unternehmen, die Maschine möglichst rund um die Uhr laufen zu lassen – jede Stunde Stillstand bringt Fixkosten von 3000 DM.

Eine leistungsfähige Computersteuerung erlaubt es, praktisch auf Knopfdruck von einem Produkt zum anderen (zum Beispiel zu verschiedenen Folienstärken) überzuwechseln; 2000 Meßgrößen werden ständig automatisch überwacht. Auf der Anlage werden Polyesterfolien in Stärken zwischen sechs und 25 Tausendstel Millimeter hergestellt. Ihre Einsatzgebiete erfordern hohe Genauigkeit: Magnetbänder für Audio, Video und Computer, Farbbänder für Drucker und Schreibmaschinen.

Um die Auslastung der neuen Kapazität von 6000 Jahrestonnen machen sich die Höchster keine Sorgen. Der Polyesterfolienmarkt ist in den vergangenen Jahren *durchschnittlich* um acht Prozent jährlich auf derzeit 320 000 Tonnen weltweit gewachsen. *Bis 1991 soll er die 500 000-Tonnen-*Marke erreichen. Die Hoechst AG produziert weltweit mehr als 50 000 Jahrestonnen, kommt also auf einen Marktanteil von 16 Prozent. Um ihn zu halten, sind bis Anfang des nächsten Jahrzehnts neue Kapazitäten von 25 000 Tonnen pro Jahr fällig. Insgesamt produziert der Folienbereich der Hoechst AG mit 5600 Beschäftigten weltweit rund 200 000 Tonnen Folie pro Jahr, auch aus anderen Materialien als Polyester. Seine *1,8 Mrd. DM Umsatz* machen runde vier Prozent des Weltumsatzes der Chemiegruppe von 44,5 Mrd. DM aus.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Franz Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn, 1985, 280 S., 19,80 Mark

Die Entwicklungspolitik der Industrienationen wird von vielen Seiten angegriffen. Häufig fehlt der Diskussion Tiefe. Mit seinem Buch versucht der Autor Begriffe und historische Abläufe zu klären, aktuelle Situationen betroffener Länder werden analysiert. Nuscheler spart allerdings auch nicht mit Kritik an der Politik gegenüber *der Dritten Welt. Entwicklungshilfe,* schreibt er, sei immer mehr oder weniger Instrument der Außen-, der Sicherheits- und der die Interessen der Industrienationen verteidigenden Wirtschaftspolitik gewesen. Der Autor fordert eine andere Art, Hilfe zu leisten.

Martin Ziener: Controlling in multinationalen Unternehmen, Verlag Moderne Industrie, Landsberg. 1985, 211 S., 78 Mark.

Multinationale Unternehmen sehen sich den Problemen der Koordination von Planung, Kontrolle und Informationsversorgung noch stärker ausgesetzt als die nur in einem Land vertretenen Firmen. Der Verfasser hat die internationale Literatur zum Thema ausgewertet, er gibt einen erschöpfenden Überblick über den aktuellen Stand der Diskussion, und er zeigt Möglichkeiten auf, wie Controlling seinen Beitrag zum optimalen Einsetzen der Unternehmensressourcen auf dem Hintergrund der Unternehmenszielsetzung leisten kann.

Prof. Dr. Karl J.R. Arndt (Hrsg.), Der Freundschafts- und Handelsvertrag von 1785 zwischen Seiner Majestät dem König von Preußen und den Vereinigten Staaten von Amerika, Heinz Moos Verlag, München, 1977, 120 S., 56 Mark

Die Handelsdifferenzen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten und die allgemeine Diskussion um den zunehmenden Protektionismus machen dieses Buch sehr aktuell. Die zweisprachige Ausgabe belegt, daß der vor 200 Jahren geschlossene Vertrag zwischen den USA und dem damaligen Preußen ein klares Bekenntnis zum Freihandel war, von dem heute manchmal nicht mehr viel zu spüren ist. Abbildungen zahlreicher Kupferstiche, alter Dokumente und der Abdruck des Originaltextes gestalten das Buch abwechslungsreich.

Erich Erlenbach: Finanzierungs-Prüfliste für den Bauherrn, Compact Verlag, München 1985, 180 S., 44 Mark.

Wer das Ziel anstrebt, ein eigenes Heim zu besitzen, wer sein Haus umbauen oder modernisieren möchte, muß sich über alle Fragen der Baufinanzierung informieren, um die günstigsten Finanzierungs-Möglichkeiten zu finden und zu nutzen. Mit der Prüfliste kann jeder Bauherr schon *im Stadium der Planung anhand von* über 450 Kontrollpunkten einfach und schnell prüfen, welche Bausumme er sich bei seinem Einkommen leisten kann, was über Bauspardarlehen und Hypotheken zu finanzieren ist, ob er für billige Baugelder in Frage kommt und wie er sie erhält, wie er bei Kreditverhandlungen vorgeht, die besten Konditionen errechnet und welche Steuervergünstigungen er in Anspruch nehmen kann.

Wochenschlußkurse

New York

	1.11.	25.10.
Adv. Micro Dev	24,125	24,125
Aetna Life	49	47,5
Alcan Aluminium	24,5	23,5
Alcoa	32,5	32,625
Allied Chemical	44,125	42,875
AMR Corp.	39,875	39,25
Amax	11,125	11,375
Am. Cyanamid	54,25	50,25
Am. Express	45,5	45,125
Am. Motors	2,75	2,875
Am. Tel. & Telegr.	21,25	20,125
Amoco Corp.	67	68,625
Asarco	16,75	17,125
Atlantic Richfield	65,75	66,375
Avon Products	26,625	25,625
Bally	15,625	17
Bk. of America	14,75	13,625
Bethlehem Steel	12,75	14,875
Black & Decker	19,875	19,625
Boeing	45,75	45,625
Brunswick	39,25	37
Burroughs	56,625	54,75
Caterpillar	36	34,875
Celanese	130	126,5
Chase Manhattan	58,75	56
Chrysler	40,5	37,875
Citicorp	44	41,75
City Investing	–	–
Clorox	45,25	43
Coca-Cola	72,875	71,25
Colgate	30,125	29,75
Commodore	9,875	9,875
Comwlth. Edison	28	29,375
Comm. Satellite	31	28,375
Control Data	16,75	17,375
CPC Int.	48,125	49
Curtiss Wright	33,5	33,5
Deere	24,5	25,375
Delta Airlines	38,25	38
Digital Equipm.	113,75	110,25
Dow Chemical	37	36,25
Du Pont	63	58,375
Eastern Gas-Fuel	24	22,75
Eastman Kodak	43,375	42,625
Exxon	55,625	53,5
Firestone	18,75	18,25
Fluor	14,375	14,625
Ford	47,25	45,375
Foster Wheeler	11,25	11,375
Fruehauf	27,5	27,5
GAF Corp.	40	40,25
General Dynamics	65,125	64,75
General Electric	59,875	58,875
General Foods	119,875	119,75
General Motors	67,5	64,625
Gen. T. & E.	40,375	39,75
Goodrich	31,125	31,125
Goodyear Tire	26,625	25,875
Grace	37,875	36,5
Halliburton	25,125	25
Heinz	28,625	28,375
Hewlett Packard	30	30,75
Homestake	23,125	23,125
Honeywell	67,875	68
IBM	130,875	128,125
Int. Tel. & Tel.	33	35,125
Int. Harvester	7,625	6,875
Int. Paper	45,5	45,875
Int. North. Inc.	41	43,375
Jim Walter	36,875	34,875
Litton Industries	83,75	84
Lockheed Corp.	46,375	44,75
Loew's Corp.	47,5	45,625
Lone Star	27,875	28,75
Louisiana Land	35,125	35,75
LTV Corp.	5,875	6,25
Mc Dermott	19	18
Mc Donnel Doug.	85,25	86,125
Merck & Co.	117,625	112,125
Merrill Lynch	30,375	27,75
Mesa Petroleum	16,875	16,125
MGM (Film)	25,75	24,875
Minnesota M.	79	77,375
Mobil Oil	33,5	31
Monsanto	44,75	44
Morgan J.P.	52,875	49,75
Nat. Semiconductor	11	11,25
National Steel	–	–
NCR	35,375	33,875
Newmont	48,125	45,125
PanAm World	8,125	7,625
Pfizer	47,25	44,875
Phibro	38,5	37
Philip Morris	79,375	75,125
Phillips Petroleum	12,75	13,125
Pittston	13,5	13,375
Polaroid	37,5	36,5
Prime Computer	18,5	17,875
Procter & Gamble	64,125	60,625
RCA	47	44,875
Revlon	58	56,875
Reynolds Ind.	25,5	25,125
Rockwell Int.	34,625	34
Rorer Group	41,25	40
Schlumberger	34	32,875
Sears Roebuck	34,625	33,625
Singer	38,5	37
Sperry Corp.	47,25	47,25
Stand. Oil Calif.	38,75	39,375
Storage Techn.	1,75	1,875
Tandy	37,25	34,25
Teledyne	254,125	255
Telex Corp.	45,75	45,625
Tesoro	10,875	11
Texaco	38,625	39
Texas Instrum.	98	92,625
Tosco	4,125	4
Trans World Corp.	48	41,625
Transamerica	31,875	31,5
Travellers	44,875	43,75
UAL	48,375	47,75
Uccel Corp.	15,125	15
Union Carbide	60	60,375
Union Oil of Calif.	29,125	29
US Gypsum	39,75	39
US Steel	27,5	28
United Technologies	40	39,625
Walt Disney	92	88,375
Warner Comm.	34,625	34,75
Westinghouse El.	43,625	41,875
Weyerhaeuser	27	26
Whittaker	19,125	20,125
Woolworth	52,125	52,25
Xerox	51,75	48,625
Zenith Radio	16,375	16,75
Dow Jones Index	1390,25	1356,57
Stand. & Poors	191,53	187,57

Toronto

	1.11.	25.10.
Abitibi-Price	17,5	16,75
Alcan Alu.	33,375	32,25
Bk. of Montreal	31,375	30,5
Bk. of Nova Scotia	13,875	13,125
Bell Cda Enterprises	42,375	40,375
Bluesky Oil	5,5	5,4
Bow Valley Ind.	14,875	14
Brenda Mines	8	8
Brunswick M. & Sm.	12,375	12,5
Cdn. Imperial Bk.	39,25	37,5
Cdn. Pacif. Enterpr.	27,5	26,375
Cdn. Pacific Ltd.	16,625	16
Cominco	–	–
Cassiar Res.	2,46	2,42
Denison Mines	13,75	12
Dome Petroleum	2,55	2,58
Dofasco	18,875	18,625
Falconbridge Ltd.	16,625	16,25
Great Lakes Forest	18,25	18
Gulf Canada	20,125	20,125
Gulfstream Res.	1,35	1,45
Hiram Walker Res.	32,875	31,875
Hudson Bay Mng. Sm.	6,125	6,375
Husky Oil	9,875	9,5
Imperial Oil -A-	50,875	50,75
Inco	14,875	14,375
Inter City Gas Ltd.	15,875	16,75
Interprov. Pipeline	44,375	42,625
Kerr Addison	14,75	15,125
Lac Minerals	33,25	32,625
Massey Ferguson	3,15	3,4
Moore Corp.	26,625	25,5
Noranda Mines	13,75	14
Norcen Energy Res.	14,75	14,625
Northgate Expl.	4	3,9
Northern Telecom.	44,625	43,25
Nova An Alberta 'A'	6,125	6
Nu West Group	0,37	0,35
Oakwood Petrol.	8,875	9
Placer Development	22,125	21,75
Provigo Inc.	25,125	25
Ranger Oil	6	5,38
Revenue Properties	2,15	2,2
Rio Algom	21,5	21
Royal Bk. of Can.	32,5	30,375
Seagram	61	56,875
Shell Canada	23,25	22,75
Sherritt Gordon	7,25	7,375
Stelco -A-	20,5	19,875
TransCda. PipeLines	22,375	20,75
Westcoast Transm.	17	16,5
Index: TSE 300	2705,40	2632,80

Tokio

	2.11.	26.10.
Alps.	1500	1540
Bank of Tokyo	756	752
Banyu Pharma	709	733
Bridgestone Tire	555	562
Canon	1160	1190
Daikin Kogyo	631	650
Daiwa House	925	880
Daiwa Sec.	882	845
Eisai	1250	1260
Fuji Bank	1510	1520
Fuji Photo	2010	2080
Fuji Radio	–	–
Hitachi	710	725
Honda	1120	1220
Ikegai Iron	347	336
Isetan	700	700
Ito Yokado	–	–
Japan Air	6460	6100
Japan Met.	–	–
Japan Syn. Rubber	357	358
Kajima	516	499
Kansai Elec.P.	1990	1940
Kao Soap	932	932
Kawasaki H	–	–
Kawasaki S	142	145
Kirin Brewery	760	765
Komatsu	540	517
Kubota Iron	357	384
Kyocera	4140	3870
Makita El.	940	980
Marui	1550	1450
Matsushita El. Ind.	1180	1210
Matsushita El. Wo.	906	890
Mitsubishi CP	503	483
Mitsubishi El.	341	356
Mitsubishi Estate	1180	985
Mitsubishi Heavy I.	386	394
Mitsui Co. Ltd	425	416
Mitsukoshi	625	645
Mitsumi El	730	730
Nichicon	–	–
Nihon Cement	312	315
Nikko Sec.	766	765
Nippon El.	–	–
Nippon Kokan	135	140
Nippon Oil	786	770
Nippon St.	162	169
Nippon Yusen	362	343
Nissan Motor	580	592
Nomura Sec.	1090	1130
Olympus	1030	1060
Penta-Ocean	–	–
Pioneer	1650	1670
Renown	765	730
Ricoh	1120	1050
Sankyo	1090	1080
Seiyu Stores	–	–
Sekisui Pref.	–	–
Sharp	841	855
Shiseido	1300	1240
Sony	3800	3880
Sumitomo Bank	1710	1700
Taisei Corp.	349	335
Taisho Marine	–	–
Takeda Chem.	877	884
Teijin	510	513
Tokyo Elec.	–	–
Tokyo Gas	317	290
Tokio Marine	925	913
Tokyo El. Power	2470	2390
Toray Ind.	518	525
Toshiba Elec.	361	379
Toto	–	–
Toyo Kogyo	–	–
Toyota Motor	1100	1110
Yamaichi	740	715
Yamanouchi	3310	3320
Yamaha	663	645
Yamazaki	–	–
Index	–	–

FUSSBALL / Neuer Titelanwärter in der Bundesliga? – Nürnberg: 1:15 Punkte aus letzten acht Spielen

Mönchengladbach vor Bremen

							Heim		Auswärts	
1. M'gladbach	13	5	3	2	30:16	19:7	17:2	11:1	13:14	8:6
2. Bremen	13	6	5	2	35:22	19:7	22:7	11:1	13:15	8:6
3. München	13	8	2	3	25:13	18:8	20:3	12:0	5:10	6:8
4. Leverkusen	13	6	4	3	27:17	16:10	20:9	12:2	7:8	4:8
5. Mannheim	13	6	4	3	26:19	16:10	21:7	13:1	5:12	3:9
6. Hamburg	13	6	3	4	21:15	15:11	14:5	9:3	7:8	6:8
7. Stuttgart	13	6	2	5	26:20	14:12	13:6	7:5	13:14	7:7
8. K'lautern	13	6	2	5	21:18	14:12	15:3	12:2	6:15	2:10
9. Bochum	13	6	1	6	28:25	13:13	20:11	9:5	8:12	4:8
10. Uerdingen	13	5	3	5	21:31	13:13	13:15	9:5	8:16	4:8
11. Köln	13	3	6	4	19:22	12:14	14:8	9:3	5:14	3:11
12. Schalke	13	4	3	6	17:21	11:15	8:5	7:5	9:16	4:10
13. Frankfurt	13	2	7	4	11:19	11:15	6:5	8:6	5:14	3:9
14. Hannover	13	3	4	6	21:38	10:16	10:8	7:5	11:30	3:11
15. Saarbrücken	13	2	5	6	16:23	9:17	11:7	8:4	5:16	1:13
16. Nürnberg	13	3	2	8	18:24	8:18	11:13	5:9	7:11	3:9
17. Düsseldorf	13	3	2	8	21:32	8:18	16:11	8:6	5:21	0:12
18. Dortmund	13	2	4	7	20:32	8:18	14:13	7:7	6:19	1:11

Statistik des 13. Spieltags

DIE ERGEBNISSE

Nürnberg – Hamburg	0:1	(0:0)
Mannheim – Hannover	5:1	(2:1)
Frankfurt – Stuttgart	1:1	(0:0)
Uerdingen – Köln	3:2	(1:2)
Bochum – Schalke	1:1	(1:1)
Düsseldorf – Saarbrücken	2:2	(0:2)
K'lautern – München	0:2	(0:0)
Leverkusen – Bremen	5:1	(3:0)
Dortmund – M'gladbach	2:3	(1:1)

DIE SPIELE

Leverkusen – Bremen 5:1 (3:0)

Leverkusen: Vollborn – Hörster – Reinhardt, Wojtowicz (70. Schlegel) – Zechel, Schreier, Geschlecht, Götz, Drews – Waas, Tscha (81. Glaß). – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Kutzop, Ruländer (27. Wolter) – Sidka, Möhlmann, Votava, Meier, Okudera – Ordenewitz (62. Hermann), Neubarth. – **Tore:** 1:0 Tscha (4.), 2:0 Tscha (16.), 3:0 Schreier (28.), 4:0 Votava (56., Eigentor), 4:1 Kutzop (62.), 5:1 Schlegel (80.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karten:** Wojtowicz, Votava.

Dortmund – M'gladbach 2:3 (1:1)

Dortmund: Immel – Zorc – Hupe, Kutowski – Storck, Bittcher, Pagelsdorf (72. Schüler), Raducanu – Wegmann, Hrubesch, Simmes (58. Anderbrügge). – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Hannes, Frontzeck – Winkhold, Herlovsen, Borowka, Herbst, Drehsen – Mill, Pinkall (61. Criens). – **Tore:** 0:1 Borowka (6.), 1:1 Raducanu (37.), 1:2 Mill (55.), 1:3 Mill (72.), 2:3 Wegmann (84.). – **Zuschauer:** 43 500. – **Gelbe Karten:** Borowka (4), Winkhold (2), Sude.

K'lautern – München 0:2 (0:0)

K'lautern: Ehrmann – Melzer (51. Loechelt) – Wolf, Dusek – Moser, Geye, Eilenfeldt, Brehme, Schupp (75. Roos) – Allofs, Trunk. – **München:** Pfaff – Augenthaler – Eder, Pflügler – Beierlorzer (50. Willmer), Winklhofer, Nachtweih, Lerby, Rummenigge – Wohlfarth (70. Hartmann), Mathy. – **Tore:** 0:1 Winklhofer (49.), 0:2 Eder (63.). – **Zuschauer:** 33 396 (ausverkauft). – **Gelbe Karte:** Rummenigge.

Düsseldorf – Saarbrücken 2:2 (0:2)

Düsseldorf: Schmadtke – Fach – Bunte, Weikl – Bockenfeld, Jakobs (46. Dusend), Zewe, Keim, Kremers – Thiele, Demandt. – **Saarbrücken:** Hallmann – Jusufi – W. Müller (6. Kruszynski), Boysen – Jambo, Blättel, Muntubila, Mohr, Foda – D. Müller, Seel. – **Tore:** 0:1 Blattel (6.), 0:2 Mohr (13.), 1:2 Keim (54.), 2:2 Keim (63.). – **Zuschauer:** 6000. – **Gelbe Karten:** Bockenfeld (4/1), Kremers, Jambo.

Nürnberg – Hamburg 0:1 (0:0)

Nürnberg: Grüner – Lieberwirth – Reuter, Güttler – Bittorf (81. Stenzel), Geyer, Nitsche (59. H. Brunner), Wagner, Neun – Andersen, Eckstein. – **Hamburg:** Stein – Jakobs – Schröder, Kaltz – Rolff, Lux, Rusche, Homp, Kroth – Gründel, von Heesen. – **Tor:** 0:1 Schröder (81.). – **Zuschauer:** 23 000. – **Gelbe Karte:** Gründel (2).

Frankfurt – Stuttgart 1:1 (0:0)

Frankfurt: Gundelach – Theiss – Körbel, Fruck – Müller (54. Krämer), Sievers, Falkenmayer, Trieb, Svensson – Sarroca, Friz. – **Stuttgart:** Roleder – Zietsch – K.-H. Förster, Nushöhr – Müller, Allgöwer, Buchwald, Sigurvinsson, Hartmann – Klinsmann (67. Reichert), Pasic. – **Tore:** 0:1 Sigurvinsson (50.), 1:1 Theiss (88.). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karten:** Körbel (3), Pasic, Klinsmann (2), Zietsch (2), Müller.

Bochum – Schalke 1:1 (1:1)

Bochum: Zumdick – Lameck – Oswald, Kree – Woelk, Tenhagen, Benatelli (70. Kempe), Schulz, Wegmann – Fischer (75. Leifeld), Kuntz. – **Schalke:** Junghans – Dietz – Roth, Schipper – Opitz, Dierßen, Jakobs, Thon, Kleppinger – Hartmann, Täuber. – **Tore:** 1:0 Kuntz (39.), 1:1 Dierßen (40.). – **Zuschauer:** 40 000. – **Gelbe Karten:** Oswald, Roth (3).

Mannheim – Hannover 5:1 (2:1)

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Kohler, Tsionanis – Schlindwein, Schön (68. Hein), Scholz, Quaisser – Bührer, Heck (80. Walter), Remark. – **Hannover:** Raps – Hellberg – Surmann, Vjetrovic, Baier – Thomas, Giesel (72. Reich), Fleer, Heidenreich – Gue, Schaub. – **Tore:** 1:0 Remark (17.), 2:0 Scholz (38.), 2:1 Gue (40.), 3:1 Bührer (72.), 4:1 Remark (77.), 5:1 Tsionanis (81.). – **Zuschauer:** 10 000.

Uerdingen – Köln 3:2 (1:2)

Uerdingen: Kubik – Herget – Dämgen, Wöhrlin – Bommer (46. Kirchhoff), Klinger, Feilzer, F. Funkel, Buttgereit – Schäfer, Loontiens (85. Edvaldsson). – **Köln:** Schumacher – van de Korput – Prestin (86. Lehnhoff), Steiner – Geilenkirchen, Janßen, Mennie (61. Pisanti), Engels, Geils – Littbarski, Bein. – **Tore:** 1:0 Loontiens (7.), 1:1 Littbarski (14.), 1:2 Geilenkirchen (34.), 2:2 Schäfer (57., Foulelfmeter), 3:2 Loontiens (84.). – **Zuschauer:** 8000.

VORSCHAU

Samstag, 9. 11., 15.30 Uhr:

München – Dortmund	(1:0)
Bremen – Uerdingen	(1:0)
Köln – Nürnberg	(–:–)
Hamburg – Düsseldorf	(1:2)
Saarbrücken – Mannheim	(–:–)
Hannover – Bochum	(–:–)
Schalke – Frankfurt	(1:3)
Stuttgart – K'lautern	(5:0)
M'gladbach – Leverkusen	(1:1)

● Die 13 als Pechzahl für Werder Bremen. Am 13. Spieltag verlor die Mannschaft von Otto Rehhagel die Tabellenführung, die sie am zweiten Spieltag der Saison erkämpft und seitdem verteidigt hatte. Mönchengladbach steht zum ersten Mal seit dem 21. Mai 1977, der Saison des letzten Titelgewinns der Mannschaft, allein an der Tabellenspitze. Und die große Überraschungsmannschaft ist Bayer Leverkusen ...

● Der Aufsteiger 1. FC Nürnberg stürzte nach seinem Höhenflug zu Beginn der Saison auf den 16. Tabellenplatz (Bericht nächste Seite). Das 0:1 gegen den Hamburger SV war bereits die vierte Heimniederlage der Nürnberger, die seit acht Spielen nicht mehr gewinnen konnten (1:15 Punkte). Die beste Serie besitzt zur Zeit Bayer Leverkusen mit fünf Spielen hintereinander ohne Niederlage (8:2 Punkte).

● 33 Tore gab es am 13. Spieltag. Damit stieg die Gesamtzahl auf stattliche 403 Treffer. Doch im Vergleich zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres fehlen noch 45 Tore. In der Torschützenliste führen weiter Stefan Kuntz vom VfL Bochum und Mannheims Thomas Remark (beide zwölf), zwei Treffer weniger erzielte Karl Allgöwer vom VfB Stuttgart. Der Bremer Mirko Votava traf als fünfter Spieler dieser Saison ins eigene Tor.

● Zum ersten Mal seit sechs Spieltagen gab es keinen Platzverweis (bisher 13). Mit 18 gelben Karten gab es so wenig Verwarnungen wie an keinem Spieltag zuvor in dieser Saison. Trotz dieser erfreulichen Tatsache sind für das nächste Wochenende zwei Spieler automatisch gesperrt, weil sie zum vierten Mal verwarnt wurden: Uli Borowka (Mönchengladbach) und Andreas Müller (VfB Stuttgart). Insgesamt 37 Spieler sind nach drei gelben Karten von dieser Sperre bedroht.



War der Ball hinter der Linie, war er es nicht? Das Foto beweist nicht, ob Bochums Führungstor gegen Schalke tatsächlich keines war. Kuntz (vorne) blickt ebenso fragend zum Linienrichter wie der Schalker Roth. Torwart Junghans liegt derweil im Tor – hat er aus ihm den Ball nach vorne geschoben? FOTO: MÜLLER

Cramer, Ribbeck und Leverkusens Höhenflug

Von ULRICH DOST

Als sich **Udo Lattek** (50) unlängst einmal die Bundesliga-Tabelle besah, schaute er, wie er es gewohnt ist, nur ganz nach oben, und dann stellte er zufrieden fest: „Die drei richtigen Mannschaften stehen an der Spitze." Udo Lattek sah dort – selbstverständlich – seinen FC Bayern. Die Bremer und die Gladbacher zählt er zu den Klubs, die ihm die größten Schwierigkeiten bei der Titelverteidigung in diesem Jahr machen. Wenn sich Udo Lattek demnächst einmal mit seinem Bremer Kollegen **Otto Rehhagel** (47) unterhält, was die beiden nach Beendigung ihrer Dauerfehde inzwischen ja wieder tun, dann wird er etwas Überraschendes hören. Nach Ansicht von Rehhagel nämlich ist noch ein vierter Klub dazugekommen, den die Konkurrenz an der Spitze ernst nehmen muß. Also sagte Rehhagel, nachdem er mit seinem Klub gerade 1:5 verloren hatte: „Leverkusen ist für mich ein Meisterschafts-Kandidat."

Da haben sie alle gelacht im Leverkusener Presseraum. Sie haben ihn nicht ausgelacht, aber sie haben sich darüber amüsiert. Leverkusen ein Titelaspirant? Schmunzeln möchte man da schon.

Die Werks-Elf aus Leverkusen, wie das Team so oft genannt wurde, soll plötzlich stellvertretend für deutsche Fußball-Kunst stehen? Werks-Fußballer – das klingt doch eher nach biederen Handwerkern, nach Malochern, die ihren Job ausfüllen, so gut es geht. Mehr ist eben nicht zu verlangen. Genauso spielte die Mannschaft auch über Jahre hinweg. Daß Fußball auch die Phantasie beflügeln kann, daß in einem Spiel Kreatives und nicht nur vorher Einstudiertes geschaffen werden kann, nein, damit hatten sie in Leverkusen wirklich nicht viel im Sinn. Aus welchen Gründen auch immer.

Nach dem 5:1 über den Tabellenführer Werder Bremen haben die Zuschauer im Ulrich-Haberland-Stadion auf den Sitzen gestanden und laut in den Abendhimmel geschrien: „So ein Tag, so wunderschön wie heute." Das haben sie tatsächlich zur allgemeinen Verblüffung getan. Und es war wirklich niemand im Stadion, der sich an ähnliches zu Bundesliga-Zeiten erinnern konnte. **Dettmar Cramer** (60) hatte immer davon geträumt, das noch einmal erleben zu dürfen, sein Nachfolger **Erich Ribbeck** (48) hat es Wirklichkeit werden lassen.

Doch mit Erich Ribbeck gehen die Gäule nicht so leicht durch, wie es noch bei Dettmar Cramer oft der Fall war. Ribbeck ist viel zu lange im Geschäft, als daß er nicht schlau genug wäre, Rehhagels Taktik zu durchschauen. Ribbeck: „Der Otto hat sich immer dagegen gewehrt, zum Favoriten hochgejubelt zu werden, weil dadurch der Druck für die Mannschaft größer wird." Ribbeck war clever genug, schon vor dem grandiosen Sieg über Bremen das Leistungsbild seiner Mannschaft festzulegen: „Ich habe immer gesagt, wir sind nicht viel schwächer als die Spitzenmannschaften, aber auch nicht viel stärker als die Mannschaften unter uns."

Der Fortschritt der Leverkusener Mannschaft ist dennoch nicht übersehbar. *Offensiv-Fußball hat Ribbeck versprochen*, er läßt ihn auch spielen. Mut zum Risiko, Einsatzfreude, Lauffreudigkeit zeichnet die Mannschaft heute aus, wo sie früher mit den gleichen Spielern unter Cramer gezaudert hat, gehemmt und verklemmt spielte. Ist Leverkusen deshalb ein Meisterschafts-Kandidat? So schnell werden Meister nicht geboren. Nur wer über einen längeren Zeitraum Überdurchschnittliches zeigt, darf das Wort vom Titel in den Mund nehmen.

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

*

Aus der Ferne in Reit im Winkl hat Dettmar Cramer den Höhenflug seiner früheren Mannschaft verfolgt. Cramer wollte nicht damit hinter dem Berg halten, daß es ihn besonders froh mache, daß seine früheren Spieler einen so schönen Fußball spielen. Man höre und staune, was der Alt-Meister erkannt hat. Die Erfolge, da gibt es für ihn keinen Zweifel, seien eine Bestätigung seiner Arbeit. Cramer: „Wenn es nicht weiter gegangen wäre, hätte ich alles falsch gemacht." So kann man es auch sehen. Über die jungen **Thomas Zechel** (20) und **Günter Drews** (18), die bei Ribbeck Stammspieler wurden, meinte Cramer: „Ich weiß, was in *Thomas Zechel steckt*, ich habe drei Jahre mit ihm gearbeitet. Aber vor drei Jahren konnte er nicht garantieren, ob er beim Torschuß das Tor oder die Eckfahne trifft. Mein Assistent **Gerd Kentschke** und ich wußten, daß wir nach Absprache mit unserem Talentsucher **Reiner Calmund** mit Günter Drews den mit Abstand besten Einkauf gemacht haben."

Spielen ließ sie Cramer jedoch so gut wie nie. Jetzt muß er sich sagen lassen: Hätte er geschwiegen, wäre er ein Philosoph gewesen.

*

Was ist nur in den Mannheimer Trainer **Klaus Schlappner** (45) gefahren? Dem Trainer-Clown bläst schon seit längerem der Wind kräftig von vorne ins Gesicht. Sein lustiges, pausbäckiges Gesicht wird dabei immer mehr zur Maske, hinter der ein Kopf steckt, in dem der Mund schneller arbeitet als das Gehirn.

Seine Kollegen Udo Lattek und **Ernst Happel** (59) beschimpfte Schlappner jetzt in einem Interview des „Fußball Magazin" als Alkoholiker. Mit ihnen möchte er in keinem Zusammenhang genannt werden. Gestern kam jedoch die Kehrtwende, „Schlappi" dementierte alles. Klaus Schlappner zur WELT: „Das trifft mich alles sehr. Von Udo Lattek war nie die Rede. **Franz Beckenbauer** hatte gesagt, daß Ernst Happel und **Branko Zebec** seine Trainer-Vorbilder sind. Danach wurde ich gefragt, und ich habe gesagt, daß ich es nicht gut finde, daß die Trainer in zwei Klassen geteilt werden. Über Happel und Zebec habe ich gesagt: Happel ist ein netter Kerl, wir haben viel Spaß miteinander. Zebec habe ich nur mit Alkoholproblemen kennengelernt, er ist für mich kein Vorbild. **Helmut Schön**, Dettmar Cramer oder Erich Ribbeck kann ich akzeptieren, *aber nicht Zebec*." **Matthias Preuß** (31) und **Werner-Johannes Müller** (33), die Sport-Redakteure vom „Kicker-Sportmagazin", die das Gespräch mit Schlappner führten, blieben auch gestern noch bei ihrer Aussage, daß jeder Satz in ihrem Interview stimme. Matthias Preuß: „Genauso hat es Schlappner gesagt. Wir bleiben dabei, auch wenn heute im Kicker ein Dementi von ihm steht."

Wieviel Hornhaut muß der Mannheimer Trainer eigentlich auf seiner Seele haben? Jetzt schiebt er alles auf den Jugoslawen Branko Zebec, dessen Alkoholproblem, und das müßte sich eigentlich auch bis in die Pfalz herumgesprochen haben, durch eine Krankheit bedingt ist und selbst Krankheit wurde. Es ist geradezu lächerlich, daß sich ein Fußball-Clown und Selbstdarsteller wie Klaus Schlappner über einen Mann wie Zebec ausläßt, an dessen fachliche Qualitäten er noch nicht einmal mit seinem Pepitahut tippen kann.

Aber Zebec wird schlau genug ein, er wird sich ebenso ruhig verhalten, wie es Ernst Happel tut. Was kümmert es die Eiche, hier eine österreichische und eine jugoslawische, wenn sich ein Schwein an ihr kratzt.

Jetzt sagt Schlappner, das alles habe ihm viel Ärger gemacht. Gewollt habe er es nicht: „Unser Betriebsklima ist gut. Damit es so bleibt, würde ich sogar mit dem Fahrrad nach Berlin fahren." Hätte er's doch getan. Bei frischer Luft wären ihm nicht so krause Gedanken gekommen.

Franz Beckenbauer Punktsieger über das ZDF

ULFERT SCHRÖDER, Bonn

Er kam auf einem Fahrrad herein und wer wollte, konnte das als Infamie des ZDF betrachten. Am Ende würde der Teamchef Franz Beckenbauer ja doch dementieren. Der Radfahrer. „Geistige Nichtschwimmer", hatte Beckenbauer die ZDF-Leute genannt, nun sollte offenbar Versöhnung auf bayrisch gefeiert werden. Nach dem üblichen Muster. Moderator Harry Valerien: „Gell Franz, so host dös net gmoint?" Beckenbauer: „Na, Harry, wo denkst denn hin".

Wer Beckenbauer kennt, sah gleich, als er auf dem Rad hereinrollte, *daß die Begegnung so nicht vor* sich gehen würde. Beckenbauer hatte sich ein künstliches Lächeln ins Gesicht gesetzt. Die kühlen Augen verrieten seine Spannung. Denn was da ablief im „Sportstudio" des ZDF, besaß den Wert der Einmaligkeit. Zum ersten Male stieg ein Chef der Nationalelf öffentlich in den Ring, stellte sich zum Schlagabtausch.

Die Vorgeschichte: Beckenbauer hatte sich in den vergangenen Monaten, wie die meisten Fußball-Liebhaber, über den Ton und die Zwischentöne geärgert, die die ZDF-Leute in Kommentaren und Berichten anschlugen. Sein Zorn hatte sich in erster Linie an Redakteur Michael Palme entzündet, den sich das ZDF als Hauszyniker hält.

„Geistige Nichtschwimmer". Beckenbauer hatte wenig Widerspruch aber viel Erstaunen geerntet. Würde *der „glattgebügelte* Mann seit Gottfried von Cramm" (eine Verehrerin), angesichts seiner Mißerfolge nun Form und Stil verlieren? Fing er an, um sich und unter die Gürtellinie zu schlagen? Immerhin hatte er zwei Wochen zuvor der Moderatorin Papperitz „laienhaftes Fragen" vorgeworfen und das Wort „Schwachsinn" ging ihm leicht von der Zunge. Beckenbauer *befand sich ständig im Angriff* und im Clinch.

Die vor ihm waren, hatten sich anders verhalten, Sepp Herberger hatte mit eisigem Schweigen gestraft. Helmut Schön zog sich in sein Schneckenhaus zurück, schaute vorsichtig heraus und schimpfte: „Lügner, Märchenerzähler". Und Jupp Derwall war ganz einfach ratlos.

Franz Beckenbauer also schimpft und dabei ist er im Umgang nicht zimperlich. Er erbittet sich „gescheitere Fragen". *Er rät Journalisten,* „runterzuschlucken bevor du redest mit mir". Um aufgestauten Unmut auszuräumen, sollte Beckenbauer an einer Redaktionskonferenz des ZDF teilnehmen. So hatte es Sportchef Dieter Kürten geplant. Nach den „Nichtschwimmern" war Beckenbauers Sportstudio-Auftritt dann für nächsten Samstag im Programm. *Aber der Teamchef mochte den* Schlagabtausch lieber mit dem bajuwarischen Valerien führen.

An der Häufigkeit und Intensität des Studio-Beifalls gemessen, ist Beckenbauer Punktsieger geblieben. Knapp aber sicher. Der Grund: Valerien konnte seine „Nichtschwimmer" (Palme, Ploog, Reif waren laut Beckenbauer gemeint) nur verteidigen, indem er Beckenbauer angriff. Beckenbauer hingegen konnte Namen ausklammern und dennoch zur Sache argumentieren. *Valerien: „Sind Sie* dünnhäutig geworden?"

Beckenbauer: „Ich bin engagierter, was den Fußball anlangt. Und wenn mies gemacht wird, setze ich mich zur Wehr. Wir haben auf der Trainertagung beschlossen, das lassen wir uns nicht mehr bieten. Hier sind die Zuschauer doch aufgefordert worden, sich zu überlegen, ob sie ins Stadion gehen sollten. *Es geht mir nicht um* meine Person, es geht mir um die negative Darstellung unseres Sports. Ich möchte erreichen, daß unser Fußball im eigenen Land dasselbe Ansehen genießt wie im Ausland."

Entschuldigt hat sich keiner beim andern. Beckenbauer hat nichts zurückgenommen. Und Valerien hat das nicht verlangt. Für Beckenbauer freilich stand mehr auf dem Spiel als nur die Abschwächung einer Beleidigung. Die Serie seiner Mißerfolge hat*te ihm den Mantel der Unangreifbar*keit verlieren lassen. Der Teamchef war schon zurechtgestellt für die ersten Kinnhaken. Sein Auftritt war somit jene Art von Angriff, die als beste Verteidigung gilt. Und die Branche darf ihn als Apostel feiern.

Mit Höher immer tiefer – er weiß keine Therapie

BERND WEBER, Nürnberg

„Unter Höher geht's kaum noch *tiefer", das schrieb der Sport-Infor*mationsdienst (sid) nach der 0:1-Heimniederlage des 1. FC Nürnberg gegen den Hamburger SV. Ganz klar, mit solchen Wortspielen muß der Nürnberger Trainer Heinz Höber leben, seitdem seine Mannschaft den freien Fall praktiziert. 1:15 Punkte stehen aus den letzten acht Begeg*nungen zu Buche, der letzte Sieg da*tiert vom 4. September, als der Klub mit 3:2 gegen Bayer Leverkusen gewann und sogar den zweiten Tabellenplatz eroberte.

Damals stürmte der Wiederaufsteiger so schwungvoll durch die erste Bundesliga, daß DFB-Trainer Berti Vogts schon Vergleiche mit seinen ehemaligen *Mönchengladbacher* „Fohlen" anstellte. Zitat Vogts: „Die Nürnberger spielen exakt den gleichen Stil wie wir früher bei Borussia. Ich traue ihnen zu, daß sie sich im oberen Tabellenbereich festsetzen können."

Jetzt aber stehen sie ganz unten, nur die bessere Tordifferenz gegenüber Düsseldorf und Dortmund bewahrt sie davor, Schlußlicht zu sein. Er habe sich niemals irgendwelchen Illussionen hingegeben, er habe auch *während der September-Euphorie* immer vor dem möglichen Einbruch gewarnt, aber so ein Zusammenklappen, gestand Höher in einem Gespräch mit der WELT, habe auch er für ziemlich ausgeschlossen gehalten.

Daß die Lage nach der neuen Heimniederlage (es war bereits die *vierte) „durchaus dramatisch" gewor*den sei, streitet der Trainer nicht ab. Höher: „Sie ist es deshalb, weil ich keine Therapie weiß, mit der ich meiner jungen Mannschaft helfen könnte. Seit Wochen versuche ich es jetzt mit langen Einzelgesprächen. Aber was nützen die besten Ratschläge, wenn meine Leute sie in Streßsitua*tionen nicht umsetzen können?* Es klingt banal, aber es fehlt ganz einfach ein Erfolgserlebnis, wie wir es zu Beginn der Meisterschaftsserie mehrfach hatten."

Ja, da trafen sie noch ins Tor, die blutjungen Nürnberger, deren Durchschnittsalter bei knapp über 20 Jahren liegt. Heute aber muß es ihnen *geradezu vernagelt erscheinen, selbst* mit dem klarsten Chancen wissen sie vor lauter Nervosität nichts anzufangen. Gegen den HSV standen Dieter Eckstein und Jörg Neun völlig frei vor HSV-Schlußmann Uli Stein, beide schossen ihn überhastet an, anstatt überlegt einzuschieben. Noch einmal Höher: „Genau das ist unsere Tragik. Wir kämpfen bis zum Umfallen, wir arbeiten auch genügend Möglichkeiten heraus, doch am Ende stehen wir stets mit leeren Händen da."

Kann das nicht auch damit zusammenhängen, daß die Mannschaft zu offensiv spielt, daß sie bei ihrem ungestümen Drang nach vorne die Absicherung nach hinten vergißt?

Der Trainer widerspricht entschieden: „Unsere Niederlagenserie ist nicht auf taktische Mängel, sondern *einzig und allein auf persönliches* Versagen zurückzuführen."

Und das schmerzt. Bei Höber hat der Sturzflug so tiefe Wunden gerissen, daß er es seit einiger Zeit nicht mehr fertigbringt, sich samstagabends vor den Fernseher zu setzen, wenn die ARD-Sportschau oder das ZDF-Sportstudio von den Nürnberger Spielen berichten. Als jetzt ZDF-Reporter Rolf Töpperwien das 0:1 gegen den HSV kommentierte, lag der Trainer bereits im Bett.

Richtig geschlafen hat er nach eigenem Bekunden nicht. Und er war denn auch am Sonntag schon wieder ganz früh auf den Beinen, obwohl das übliche leichte Vormittagstraining und der anschließende Sauna-Gang ausfielen. Statt dessen trafen sich alle gestern abend. Es war eine ungewöhnliche Zusammenkunft, der Trainer und Präsident Gerd Schmelzer hatten die Spieler gebeten, ihre Frauen und Freundinnen mitzubringen. Sie sollten mit nach Lösungen suchen, wie ihre Männer aus der tiefen Krise herausfinden können.

Es ist eine Krise übrigens, die im Umfeld des Vereins bislang noch keine allzu tiefen Spuren hinterlassen hat. Im Nürnberger Stadion wurden am Samstag auch keine Fahnen verbrannt, und niemand unter den 23 000 Zuschauern inszenierte die bei anhaltenden Mißerfolgen normalerweise stattfindenden Haßgesänge gegen den Trainer.

Die Fans standen bis zum Schlußpfiff geschlossen hinter ihrer Mannschaft, sie feuerten sogar Torhüter Roland Grüner an, als der, nach einem kapitalen Stellungsfehler, das 0:1 (Torschütze Michael Schröder per Kopfball in der 82. Minute) verschuldete. Der norwegische Neuzugang Jörn Andersen bekam immer wieder *aufmunternden Beifall, obwohl auch* er den Nürnberger Angriff (noch) keine frischen Impulse geben konnte. Höher war trotzdem mit dem 200 000 Mark-Einkauf zufrieden. Denn schließlich habe man sich von dem neuen Mann, der von Valerengen Oslo gekommen war, nicht versprochen, daß er ein Wunderdoktor sei.

*Genau ein solcher aber wird in an*derer Hinsicht von Nöten sein: Nürnbergs Spielmacher Hansi Dorfner mußte gegen den HSV zuschauen, weil ihn ein Innenbandschaden plagt. Und möglich ist es, daß der Klub seinen wichtigsten Mann langfristig ersetzen muß, weil der Schaden ohne Operation vielleicht nicht zu beheben ist. Finden die Nürnberger niemanden, der Dorfner so schnell wie möglich wieder fit macht, wäre das wohl das Ende aller Aufstiegsherrlichkeit. Der Trost von Teamchef Franz Beckenbauer, der auf der Tribüne saß und sagte, „Nürnberg hat eine gute Mannschaft, man muß nur Geduld mit ihr haben", reicht zum Überleben sicherlich nicht.

2. Liga

DIE ERGEBNISSE

Aachen – Aschaffenburg	3:1	(1:1)
Homburg – BW Berlin	2:1	(1:0)
Stuttgart – Wattenscheid	4:2	(2:0)
Freiburg – Osnabrück	3:0	(0:0)
Hertha BSC – Duisburg	3:3	(0:2)
Braunschweig – Bayreuth	5:2	(3:1)
Bielefeld – TB Berlin	2:0	(0:0)
Köln – Kassel	2:0	(1:0)
Oberhausen – Karlsruhe	3:0	(2:0)
Solingen – Darmstadt	2:0	(0:0)

DIE TABELLE

1.Aachen	15	7	6	2	25:13	20:10
2.Köln	15	8	4	3	27:17	20:10
3.Homburg	15	9	1	5	34:19	19:11
4.Bielefeld	15	8	3	4	28:17	19:11
5.Darmstadt	15	6	6	3	24:14	18:12
6.Stuttgart	15	7	4	4	28:23	18:12
7.Karlsruhe	15	7	3	5	25:19	17:13
8.Kassel	15	8	0	7	24:22	16:14
9.Wattenscheid	15	7	2	6	24:28	16:14
10.Solingen	16	6	4	6	24:30	16:16
11.BW Berlin	15	4	6	5	25:23	14:16
12.Braunschweig	15	4	6	5	27:26	14:16
13.Osnabrück	15	4	6	5	20:27	14:16
14.Bayreuth	15	6	2	7	22:33	14:16
15.Hertha BSC	16	4	5	7	25:32	13:19
16.Freiburg	15	4	4	7	19:25	12:18
17.Aschaffenb.	15	6	0	9	24:31	12:18
18.Oberhausen	15	4	4	7	19:26	12:18
19.TB Berlin	15	3	5	7	25:29	11:19
20.Duisburg	15	2	3	10	14:29	7:23

DIE VORSCHAU

Freitag, 8. 11., 19.30 Uhr: Wattenscheid – Oberhausen; **20.00 Uhr:** Karlsruhe – Braunschweig. – **Samstag, 9. 11., 14.30 Uhr:** Aschaffenburg – Freiburg, Bayreuth – Homburg, Kassel – Aachen; **15.30 Uhr:** BW Berlin – Bielefeld, Darmstadt – Stuttgart. – **Sonntag, 10. 11., 14.30 Uhr:** TB Berlin – Köln; **15.00 Uhr:** Osnabrück – Hertha BSC, Duisburg – Solingen.

NACHRICHTEN

Rücktritt ist erwünscht

Tokio (sid) – Neun japanische Profi-Boxer sollen auf Wunsch ihres Verbandes ihre Karriere möglichst sofort beenden. Grundlage der Rücktrittsforderung sind Hirnuntersuchungen, der sich auf Veranlassung des Verbandes alle 828 Berufsboxer und Anwärter in Japan unterziehen mußten. Dabei wurden bei 28 Preisboxern Befunde erhoben, 19 Anwärtern wurde die Profi-Lizenz verweigert. Sieben *Stunden nach einer* K.-o.-Niederlage gegen seinen Landsmann Brian Mitchell in Sun City starb der Südafrikaner Jacob Morake (30) an schweren Gehirnverletzungen. Der Junior-Leichtgewichtler war in der zwölften Runde nach dem zweiten Niederschlag zusammengebrochen.

Zielfoto entschied

Mülheim (dpa) – Erst die Vergrößerung der Zielfotografie entschied auf der Galopprennbahn von Mülheim über Sieger *und Plazierte im* Silbernen Band der Ruhr. Nach vier Kilometern (Deutschlands längstes Flachrennen) gewann Hydros mit Jockey Erwin Schindler gegen den von Peter Alafi gerittenen Mantelano.

Kein Liga-Fußball im TV

London (sid) – Die englischen Fernsehanstalten werden in dieser Saison keine Bilder von Spielen der englischen Fußball-Ligen senden, weil auch die letzte Verhandlungsrunde zwischen Vertretern der 92 Profi-Klubs und den Fernsehgesellschaften scheiterte. Gefährdet ist auch die Übertragung des Cup-Finales am 10. Mai.

Piasecki wird Profi

Mailand (sid) – Lech Piasecki, der polnische Straßenweltmeister der *Radamateure, wird in der kommen*den Saison Profi. Das polnische Sportministerium genehmigte den geplanten Wechsel des Weltmeisters zum italienischen Rennstall von Giuseppe Saronni. Im Gegenzug liefern die Italiener dem polnischen Verband Materialien im Wert von 300 000 Mark.

Lukac: Frist verlängert

Rosenheim (sid) – Der Eishockey-Weltverband hat die vorläufige Spielerlaubnis für den beim SB Rosenheim spielenden tschechoslowakischen Nationalstürmer Vincent Lukac (31) um einen Monat bis Ende *November verlängert. Bis dahin muß* Lukac die Vertragsprobleme mit dem kanadischen Profi-Klub Quebec Nordiques gelöst haben, sonst wird er gesperrt.

22. Partie verschoben

Moskau (AP) – Auf Antrag von Titelverteidiger Anatoli Karpow wurde die für Samstag vorgesehene 22. Partie der Schach-Weltmeisterschaft in Moskau auf morgen verschoben. Herausforderer Kasparow führt mit 11,5:9,5 und benötigt in den maximal ausstehenden drei Partien nur noch einen Sieg oder zwei Remis.

Spandau: Gute Grundlage

Barcelona (sid) – Mit einem 7:7 verschaffte sich der deutsche Wasserball-Meister Spandau 04 Berlin im Europapokal-Halbfinale bei Montjuich Barcelona eine gute Ausgangsposition für das Rückspiel am kommenden Sonntag.

Ulsperger: Gold in USA

Colorado Springs (sid) – Bei den Offenen Judo-Meisterschaften der USA gewann die Leverkusenerin Ute Ulsperger in der Klasse bis 72 kg den Titel und holte damit die erste Goldmedaille für die Mannschaft des deutschen Judo-Bundes.

Cunha ist Weltmeisterin

Gateshead (dpa/UPI) – Den ersten Titel einer Weltmeisterin im 15-km-Straßenlauf gewann im englischen *Gateshead die Potugiesin* Aurora Cunha in 49:17 Minuten vor der Amerikanerin Julie St. Hillaire (49:25) und der Britin Carole Bradford (49:59).

Nur das Finale verloren

Brüssel (sid) – Bis ins Endspiel eines internationalen Turniers in Brüssel drangen die Damen des Deutschen Tischtennis-Bundes vor. Nach einem überraschenden Sieg im Halbfinale über den WM-Dritten CSSR unterlag die deutsche Mannschaft im Finale gegen Japan mit 2:3.

Jacobsen: Sieg durch K. o.

Kopenhagen (sid) – Der dänische Box-Profi Bo Gert Jacobsen gewann in Kopenhagen einen Kampf gegen den Spanier José Antonio Garcia durch K. o. in der zweiten Runde. Jacobsen ist offizieller Herausforderer des Leichtgewicht-Europameisters René Weller (Pforzheim), der seinen Titel am 6. Dezember im dänischen Randers verteidigen muß.

FORMEL 1 / Das letzte Rennen der Saison

Sieger Keke Rosberg, wütender Niki Lauda

sid dpa. **Adelaide**

Der Weltmeister stand schon vor dem Rennen fest. Und doch verfolgten über 100 000 Zuschauer unter der heißen Sonne in Adelaide den letzten Formel-1-Lauf der Saison – den ersten Grand Prix von Australien. Der Finne Keke Rosberg, Weltmeister von 1982, gewann in seinem letzten Rennen für Williams-Honda vor den beiden französischen Ligier-Renault-Piloten Jacques Laffite und Philippe Streiff. Weltmeister Alain Prost aus Frankreich auf McLaren-Porsche fiel ebenso mit Motorschaden aus wie Rosbergs britischer Teamgefährte Nigel Mansell, der die beiden letzten Weltmeisterschafts-Läufe für sich entschieden hatte. Nur acht der 25 Fahrer beendeten das Rennen.

Auch der dreimalige Titelträger Niki Lauda aus Österreich gelangte in seinem letzten, dem 171. Grand Prix nicht ins Ziel. Der 36jährige, der vor dem Rennen ein Angebot des Brabham-Teams in Höhe von 6,5 Millionen Dollar abgelehnt hatte, war wütend und enttäuscht. Bis zur 55. Runde hatte Lauda durch seine besonnene Fahrweise hinter dem Brasilianer Ayrton Senna noch an zweiter Position gelegen. Doch dann versagten die Bremsen seines McLaren-Porsche. „Mir blieb nichts anderes übrig, als den Wagen auf der Geraden zu verlangsamen und gegen die Sicherheitsplanke zu fahren", erzählte Lauda später. Er sei ziemlich zuversichtlich gewesen, dieses Rennen zu gewinnen, das unwiderruflich sein letztes gewesen sein soll. „Manchmal denke ich, ich werfe etwas Großes weg", meinte Lauda, „aber ich bleibe bei meiner Entscheidung."

Die exzentrische Leitfigur Niki Lauda wird der Formel 1 in Zukunft fehlen. Der Österreicher hatte freiwillig die undankbare Aufgabe übernommen, den Funktionären mehr Respekt vor dem Leben der Fahrer abzuhandeln. Ein Nachfolger für diese Aufgabe ist nicht in Sicht.

Es war Laudas Verdienst, daß Sicherheit in dieser Branche mittlerweile groß geschrieben wird. Zwar starben auch in diesem Jahr zwei Fahrer der Formel 1, der Waiblinger Manfred Winkelhock und der Gießener Stefan Bellof. Doch beide ließen ihr Leben in Langstreckenrennen. Die Formel 1 hat ihre 26. Saison nach 1950 zu Ende gebracht, ohne in dieser Hinsicht ins Gerede zu kommen.

Zum Politikum wurde sie gegen Ende der diesjährigen Saison. Im Oktober fand, umstritten wie selten ein Rennen zuvor, in Kyalami der Große Preis von Südafrika statt – nur 24 Stunden nach der Hinrichtung des farbigen Oppositionellen Benjamin Moloise im 35 Kilometer entfernten Johannesburg.

Jean-Marie Balestre, neuer Präsident des Automobil-Weltverbandes FIA, demonstrierte seinen innerhalb weniger Wochen vollzogenen Gesinnungswandel auch nach außen. Er, der zu den lautesten Verfechtern für den Start in Südafrika zählte, verkündete nur 14 Tage danach die Streichung des Grand Prix von Kyalami aus dem internationalen Terminkalender.

Durch Niki Laudas Abschied ist auch das Transfer-Karussell heftiger denn je in Schwung geraten. Rosberg war im Rennen um den freien Platz bei McLaren der Schnellste. Er wird 1986 Weltmeister Prost als Teamgefährte zur Seite gestellt. Und Rosberg könnte auch ein ernst zu nehmender Konkurrent werden.

Der Franzose, den viele schon als ewigen Zweiten gesehen hatten, gewann im dritten Anlauf endlich den ersehnten Titel. Seinen enormen Reifeprozeß im Schatten Niki Laudas übertrug Prost erfolgreich auf die Rennstrecke. Abwartendes Taktieren ersetzte sein oft unüberlegtes Attakkieren früherer Zeiten. Der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten. Nach 35 Jahren, in denen Frankreich mit seiner intensiven Nachwuchs-Schulung immer wieder große Talente in die Formel 1 gebracht hatte, belohnte Prost dieses Engagement als erster mit dem Titel.

Endstand der Fahrer-Weltmeisterschaft: 1. Prost (Frankreich) McLaren-Porsche 76 Punkte, 2. Alboreto (Italien) Ferrari 53, 3. Rosberg (Finnland) Williams-Honda 40, 4. Senna (Brasilien) 38, 5. de Angelis (Italien) beide Lotus-Renault 33, 6. Mansell (Großbritannien) Williams-Honda 31, 7. Johansson (Schweden) Ferrari 26, 8. Piquet (Brasilien) Brabham-BMW 21, 9. Laffite (Frankreich) Ligier-Renault 16, 10. Lauda (Österreich) McLaren-Porsche 14.

Becker unterlag im Halbfinale des Turniers von Antwerpen, Claudia Kohde in Zürich

John McEnroe: „Boris will meinen Platz, also muß ich ihm zeigen, daß dazu noch viel mehr gehört"

dpa/sid/DW. **Antwerpen**

So einträchtig, wie sie jeweils den fünften Platz der Weltrangliste belegen, teilen sich Boris Becker und Claudia Kohde Erfolg und Mißerfolg. Während Claudia Kohde im Halbfinale der inoffiziellen Hallen-Europameisterschaft der Damen in Zürich durch eine 2:6, 3:6-Niederlage gegen die Amerikanerin Zina Garrison ausschied, unterlag Boris Becker ebenfalls im Halbfinale der inoffiziellen Europameisterschaft der Männer in Antwerpen dem Amerikaner John McEnroe mit 3:6, 4:6.

„Dieses Spiel war für mich natürlich auch eine Prestige-Angelegenheit. Boris will meinen Platz, also muß ich ihm zeigen, daß dazu noch viel mehr gehört, als einmal Wimbledon zu gewinnen." John McEnroe faßte in Worten zusammen, was er zuvor innerhalb von fünf Tagen zweimal deutlich auf dem Spielfeld demonstriert hatte: Spielwitz und technische Perfektion sind die wirkungsvollsten Waffen im Kampf gegen die ungestüme Kraft des Jung-Profis Boris Becker.



Boris Becker und John McEnroe: Der Weg zur Weltspitze geht noch rechts, nach links führt er zu Platz fünf der Weltrangliste FOTO: PERENYI

Der Deutsche hatte gebrüllt, auf den Boden gestampft, dem Schiedsrichter gedroht, die Linienrichter beschimpft – aber er hatte darüber offensichtlich das Tennisspielen vergessen. Er hatte sich selbst in gewohnt lautstarker Art angefeuert, doch seine Schreie verhallten offenbar ungehört. Schon im Verlauf des Spiels mußte er erkennen, was er später eingestand: „John ist halt noch besser als ich", bekannte Boris Bekker fast resigniert, „aber wenn mein erster Aufschlag nicht kommt, kann man gegen ihn einfach nichts ausrichten."

Nur für einen kurzen Moment schien es in Antwerpen, als könne er sich erfolgreich gegen die drohende Niederlage wehren. Becker führte im zweiten Satz mit 2:1, als er McEnroe erstmals in seiner Laufbahn ein Aufschlagspiel abnahm und auf 3:1 erhöhte. „Bei diesem Vorsprung muß er wohl Probleme bekommen haben", vermutete sein Trainer Günter Bosch später, „denn plötzlich hat er viel ängstlicher gespielt als zuvor."

Becker unterliefen reihenweise Doppelfehler, sieben waren es insgesamt. Er ließ sich von McEnroe an die Grundlinie drängen und von umstrittenen Linierichter-Entscheidungen irritieren. McEnroe tat ein übriges, um seinen jungen Gegner zu verunsichern. Bei einem Seitenwechsel ermahnte er ihn: „Hör' doch endlich auf zu meckern." Ein anderes Mal meinte er angesichts einer umstrittenen Entscheidung: „Den nächsten Punkt, den sie zu verschenken haben, kriegst sicher du." Doch Boris Becker hat spätestens in Antwerpen erkennen müssen, daß ihm nichts geschenkt wird auf seinem Weg zur Nummer eins im Welttennis. Bislang hat er von seiner Außenseiterrolle und seiner jugendlichen Unbekümmertheit profitiert. Jetzt folgt alltägliche Kleinarbeit, denn der Überraschungseffekt ist dahin. Auch das Publikumsinteresse sinkt: Die Halle in Antwerpen war mit 12 000 Besuchern nicht ausverkauft, und am Bildschirm verfolgten nur 7,7 Millionen Zuschauer das Match gegen McEnroe. Zum Vergleich: Beim Wimbledonfinale waren es noch 11,1 Millionen, und das letzte Fußball-Länderspiel gegen Potugal wurde sogar von 20,23 Millionen Menschen verfolgt.

Mit seiner Niederlage gegen McEnroe und der Endspielpaarung Lendl – McEnroe wurden die Verhältnisse im Welttennis in ihren Strukturen wieder gefestigt, nachdem sie von Boris Becker vorübergehend aufgeweicht wurden. Doch die Entwicklung nach dem Turnier Wimbledon hat gezeigt, daß sich die seit Jahren bekannte Situation kaum verändert hat. Lendl und McEnroe bleiben zwei Ausnahmespieler, die mit der Konkurrenz Katz und Maus spielen. Mit Niederlagen bei unbedeutenden Turnieren nähren sie von Zeit zu Zeit nur die Hoffnungen der Gegner.

Immer dann, wenn es um viel Geld geht, werden beide ihrer Favoritenstellung gerecht. So wie jetzt in Antwerpen, wo der Sieger 200 000 Dollar kassiert und der Zweite für seine Final-Niederlage immerhin noch 130 000 Dollar erhält. Selbst Boris Becker wurde für seinen dreitägigen Auftritt noch mit 90 000 Dollar entlohnt. Ivan Lendl wird seinen Reichtum möglicherweise um ein Vielfaches mehren können. Im Falle eines Sieges über John McEnroe (das Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor) wird er neben der Geldprämie auch einen mit Gold und Brillanten besetzten Tennisschläger gewinnen. Die Trophäe hat einen Wert von 700 000 Dollar und wird dem Spieler geschenkt, der das Einladungs-Turnier dreimal innerhalb von fünf Jahren gewinnt. Lendl siegte schon zweimal.

Insgesamt ist das Turnier in Antwerpen mit 850 000 Dollar dotiert. Nur die vier Grand-Slam-Turniere sind ähnlich kostspielig. Das nächste zum Grand Slam zählende Turnier findet vom 25. November bis zum 8. Dezember in Melbourne statt. Über die Teilnahme von Boris Becker wird erst nach den Schaukämpfen gegen Ivan Lendl in dieser Woche in Berlin, Amsterdam und Düsseldorf entschieden. Becker verfügt über eine sogenannte „Wild Card", die ihm die Möglichkeit bietet, seine Teilnahme noch kurz vor Turnierbeginn bekanntzugeben. Zuvor wird er auf jeden Fall noch bei einem Grand-Prix-Turnier in London starten. „Vielleicht spielt er in London wieder so gut, daß er auf die Australienreise verzichten kann und dennoch seinen fünften Platz in der Weltrangliste halten kann", hofft Bosch. Im Vorjahr hatte Becker als noch völlig unbekannter Spieler überraschend das Viertelfinale in Melborune erreicht, doch in diesem Jahr soll er nach Möglichkeit auf eine Teilnahme verzichten, um ausgeruht in das Davispokal-Finale vom 20. bis 22. Dezember in München gegen Cupverteidiger Schweden zu gehen.

RALLYE

Kankkunen wird zum Spezialisten für Afrika . . .

sid, **Yamoussoukro**

Der Finne Juha Kankkunen entwickelt sich in der Rallye-Weltmeisterschaft zu einem Afrika-Spezialisten. Der 26 Jahre alte Toyota-Werksfahrer aus der finnischen Kleinstadt Laukaa gewann gestern in Yamoussoukro die Rallye Elfenbeinküste, den elften von zwölf Läufen zur Fahrer-Weltmeisterschaft. Bereits im April hatten Kankkunen und sein britischer Beifahrer Fred Gallagher die Safari-Rallye für sich entschieden.

Schwedens ehemaliger Weltmeister Björn Waldegaard und sein Landsmann und Beifahrer Hans Thorszelius sorgten auf dem zweiten Platz für einen Doppelsieg des Toyota-Teams. Bereits auf der zweiten der insgesamt vier Etappen hatte sich das Duo Kankkunen/Waldegaard vom Rest des Feldes abgesetzt und fuhr an der Spitze ein einsames Rennen. Dritte wurden die Einheimischen Alain Ambrosino und Daniel Le Saux auf einem Nissan 240.

Im krassen Gegensatz zu dem Toyota-Triumph stand das erneute Pech des Ingolstädter Audi-Teams. Michèle Mouton aus Frankreich, zu Beginn der ersten Etappe gemeinsam mit Kankkunen in Führung, verlor durch eine defekte Lichtmaschine an ihrem Audi Sport Quattro und eine ständig nachlassende Motorleistung immer mehr Zeit auf das Spitzenduo und gab schließlich zu Beginn der vierten Etappe auf. Michèle Mouton und ihr schwedischer Beifahrer Arne Hertz steuerten an der Elfenbeinküste den einzigen Werks-Audi.

Der bereits als Weltmeister feststehende Timo Salonen (Finnland) und das Peugeot-Team hatten auf die Reise nach Afrika verzichtet. Kankkunen, Waldegaard und Michèle Mouton waren die einzigen europäischen Spitzenfahrer, die an der Rallye teilnahmen. Der Keniate Shekhar Mehta, fünfmal Gewinner der Safari-Rallye, spielte nach einem Getriebeschaden an seinem Nissan schon frühzeitig keine Rolle mehr.

1986 verläßt Juha Kankkunen nach zwei Jahren das Toyota-Team in Richtung Peugeot. Bei den Franzosen ersetzt er seinen Landsmann Ari Vatanen, dessen Comeback nach seinem schweren Unfall bei der Argentinien-Rallye im September fraglich erscheint.

Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Erste englische Division, 15. Spieltag: Arsenal – Manchester 1:0, Aston – Oxford 2:0, Ipswich – Chelsea 0:2, Liverpool – Leicester 1:0, Luton – Birmingham 2:0, Manchester United – Coventry 2:0, Newcastle – Watford 1:1, Queens Park – Sheffield 1:1, Southampton – Tottenham 1:0, West Ham – Everton 2:1. – **„DDR"-Pokal**, Achtelfinal-Hinspiele: Jena – Dresden II 3:1, Lok Leipzig – Stralsund 5:1, Karl-Marx-Stadt – Böhlen 2:0, Dynamo Berlin – Erfurt 2:0, Union Berlin – Magdeburg 4:1, Halle II – Dresden (TV) – Union Berlin II 4:1. – **Länderpokal**, Damen, 2. Vorrunden-Spieltag, Gruppe 2: Bayern – Hessen 1:2, Südwest – Rheinland 1:5. **WM-Qualifikation**, Asien-Zone, Halbfinale, Rückspiel: Südkorea – Japan 1:0, Australien – Neuseeland 2:0.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 10. Spieltag: Bamberg – Charlottenburg 83:84, 1860 Hagen – Gießen 70:83, Langen – Leverkusen 55:86, Köln – Bayreuth 70:69, Göttingen – Oldenburg 95:79, Osnabrück – SSV Hagen 61:85. – **Damen**, 7. Spieltag: Porz/Hennef – Heidenheim 55:64, Köln – München 62:63, Osterfeld – Barmen 100:97, Düsseldorf – Leverkusen 113:63.

EISHOCKEY

Bundesliga, 12. Spieltag: Düsseldorf – Rießersee 11:5, Iserlohn – Bayreuth 7:4, Kaufbeuren – Schwenningen 3:5, Landshut – Köln 1:5, Rosenheim – Mannheim 4:1.

HANDBALL

Bundesliga, Männer, 8. Spieltag: Reinickendorf – Dankersen 19:21, Lemgo – Weiche-Handewitt 20:20, Hofweier – Essen 19:15, Günzburg – Dortmund 16:16. – **Frauen**, 4. Spieltag: Jarplund-Weding – Leverkusen 17:23, Auerbach – Lützellinden 19:22. – **IHF-Pokal**, Achtelfinale, Hinspiel: Dimitroff Sofia – Kiel 19:19.

RINGEN

Bundesliga, 12. Kampftag, Gruppe West: Goldbach – Aldenhoven 20:19, Witten – Bonn-Duisdorf 32,5:5,5, Mömbris-Königshofen – Schifferstadt 12,5:27,5, Köllerbach – Aschaffenburg-Damm 9,5:29,5. – Gruppe Süd: Wiesental – Nürnberg 35:4, Freiburg-Haslach – Reilingen 20:14, Aalen – Urloffen 32:7,5, Bad Reichenhall – Freiburg-St. Georgen 15:25.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Damen, 6. Spieltag: Donauwörth – Reinickendorf 5:9, Stuttgart – Reinickendorf 4:9, Soest – Kleve 9:1.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Damen: Augsburg – Münster 2:3, Lohhof – Berlin 3:0, Oythe – Rüsselsheim 3:1, Feuerbach – Vilsbiburg 3:0. – **Europapokal**, Herren, CEV-Pokal Qualifikation: Paderborn – Reio/Türkei 3:1, Hapoel Kyriat Ata/Israel – Berlin 2:3.

TENNIS

Einladungsturnier in Antwerpen, Halbfinale: McEnroe (USA) – Becker (Deutschland) 6:3, 6:4, Lendl (CSSR) – Jarryd (Schweden) 6:3, 6:2. – **Damenturnier** in Zürich, Viertelfinale: Kohde (Deutschland) – M. Maleeva (Bulgarien) 6:4, 6:2. – Halbfinale: Mandlikova – Sukova (beide CSSR) 6:2, 7:6, Garrison (USA) – Kohde 6:3, 6:2. – Finale: Garrison – Mandlikova 6:1, 6:3. – Doppel, Halbfinale: Kohde/Sukova – K./M. Maleeva 6:0, 6:1, Mandlikova/Temesvari (CSSR/Frankreich) – Mesker/Tanvier (Holland/Frankreich) 7:6, 2:6, 6:4. – 57. „Wightman-Cup", Länderkampf der Damen, USA – England in Williamsburg/USA: Evert-Lloyd – Durie 6:2, 6:3, Rinaldi – Hobbs 7:5, 7:5, Shriver – Croft 6:0, 6:0, Nagelson/White – Croft/Wade 6:4, 6:1, Shriver – Durie 6:4, 6:4, Evert-Lloyd – Croft 6:3, 6:0, Evert-Lloyd/Shriver – Durie/Croft 6:3, 6:7 (6:8), 6:2. – Endstand: USA – England 7:0.

MOTOR

Großer Preis von Australien in Adelaide (82 Rd. = 309,9 km): 1. Rosberg (Finnland) Williams-Honda 2:00:40,473 Std., 2. Laffite (Frankreich) Ligier-Renault 2:01:26,603, 3. Streiff (Frankreich) Ligier-Renault 2:02:09,009, 4. Capelli (Italien) Tyrrell-Renault, 5. Johansson (Schweden) Ferrari, 6. Berger (Österreich) Arrow-BMW alle eine Rd. zur.

BOXEN

4. Weltcup der Amateure in Seoul, Viertelfinale: Fliegen: Rincone (Venezuela) K.o. 2. Rd. – Cook (USA), Kwang-Sun (Südkorea) 4:1-PS – Mwema (Kenia), Cepeda (Puerto Rico) RSC 1. Rd. – Chen-Wen (Taiwan), Berg („DDR") 5:0-PS – Samrajit (Thailand). – Leicht: Ki-Teak (Südkorea) K.o. 1. Rd. – Cornett (Australien), Kakouris (USA) RSC 2. R. – Limpio (Venezuela), Mehnert („DDR") 5:0-PS – Haeng-Bum (Südkorea), Morales (Puerto Rico) 5:0-PS – Ebanga (Kenia). – Mittel: Garland (USA) K.o. 1. Rd. – In-Do (Südkorea), Silva (Brasilien) K.o. 1. Rd. – Mahamed (Algerien), Maske („DDR") 5:0-PS – Ki-Ho (Südkorea), Sherry (Kanada) 5:0-PS – Harding (Australien). – Superschwer: Barrientos (Puerto Rico) PS – Dong-Joo (Südkorea), Jakowlew (UdSR) RSC 2. Rd. – Hyun-Man (Südkorea).

JUDO

Deutsche Meisterschaften in Frankenthal, Halbmittel (bis 78 kg), Meister: Wieneke (Wolfsburg). – Mittel (bis 86 kg): Fegert (Ebingen). – Halbschwer (bis 95 kg): Gerber (Rüsselsheim). – Offene Kategorie (über 95 kg), Meister: von der Gröben (Wolfsburg). – Superleicht: Utzig (Witten-Annen). – Halbleicht: Brenner (München-Großhadern). – Leicht: Stranz (Rüsselsheim).

GALOPP

Rennen in Neuss: 1.R.: 1. Corsaro (St. Eccles), 2. Ballada, 3. Liebschaft, Toto: 44/20, 26, 19, ZW: 940, DW: 40 076, 2. R.: 1. Kuratus (Am. R. Barthelmes), 2. Saturn, 3. Funny Duke, Toto: 68/20, 22, 58, ZW: 472, DW: 44 608, 3. R.: 1. Amalfi (Frl. V. Furler), 2. Ila, 3. Ulanka, Toto: 88/22, 17, 21, ZW: 228, DW: 1568, 4. R.: 1. Abu Simbel (Am. R. Brenner), 2. Afriola, 3. Argonaut, Toto: 40/26, 19, 22, ZW: 336, DW: 2200, 5. R.: 1. Santuco (Frl. U. Kuckenburg), 2. Banderio, 3. Nigritto, Toto: 40/26, 54, 62, ZW: 828, DW: 14 420, 6. R.: 1. Norton (St. Wegner), 2. Borama, 3. Libertas, Toto: 19/14, 21, 38, ZW: 108, DW: 1392, 7. R.: 1. Silberkaiser (E. Schindler), 2. Prince Charmant, 3. Kaiserjäger, Toto: 48/16, 20, 15, ZW: 656, DW: 1696, 8. R.: 1. Atlantikvogel ((Frl. V. Furler), 2. Sharima, 3. Thronjuwel, Toto: 28/13, 18, 17, ZW: 124, DW: 448, 9. R.: 1. Liviro (Am. Frl. E. Habermayer), 2. Lourenco, 3. Rouen, Toto: 180/26, 18, 12, ZW: 864, DW: 2904, 10. R.: 1. Naseweis (H.-P. Barthelmes), 2. Boy Christopher, 3. Palisade, Toto: 64/30, 22, 20, ZW: 420, DW: 1336.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 2, 5, 9, 24, 34, 42, Zusatzzahl: 15. – **Spiel 77**: 0 4 2 3 2 4 8. – **Toto, Elferwette**: 0, 2, 0, 0, 1, 1, 1, 1, 1, 0, 1. – **Glücksspirale**, Endziffern: 7, 37, 238, 0700, 04578, 992016. – Los-Nummer: 1569659, 1867513, 9012685. – Prämienziehung: 959887, 647746, 038349. (Ohne Gewähr).

SÜDKOREA

Für Mexiko qualifiziert

sid, **Seoul**

Südkoreas Fußball-Nationalmannschaft hat sich durch einen 1:0-Sieg im Halbfinal-Rückspiel der Asiengruppe über Japan als 17. von 24 Teams für die Weltmeisterschafts-Endrunde 1986 in Mexko qualifiziert. Australiens Fußball-Auswahl sicherte sich mit einem 2:0-Erfolg in Sydney gegen Neuseeland den Gruppensieg in Ozeanien und bestreitet nun am 20. November und 4. Dezember zwei Entscheidungsspiele gegen Schottland, den Zweiten der Europagruppe sieben. Der Sieger qualifiziert sich ebenfalls für Mexiko.

Südkorea steht zum zweiten Mal nach 1954 in der Endrunde einer Fußball-Weltmeisterschaft. Die Mannschaft mußte damals in der deutschen Gruppe allerdings zwei hohe Niederlagen gegen Ungarn (0:9) und gegen die Türkei (0:7) hinnehmen. Die erneute Qualifikation gelang jetzt vor 8000 Zuschauern gegen Japan, das schon im Hinspiel in Tokio mit 2:1 bezwungen worden war.

Um die zweite Mexiko-Fahrkarte der Asiengruppe kämpfen im zweiten Halbfinale Syrien und der Irak am 15. und 29. November.

Auf eine Einladung für Mexiko hofft jetzt auch ein Spieler der Bundesliga: Bum-Kun Tscha, 32 Jahre alter südkoreanischer Stürmer in Diensten von Bayer Leverkusen und bester Spieler beim 5:1-Sieger seiner Mannschaft am Wochenende über Spitzenreiter Werder Bremen.

Vor zwei Jahren kam Tscha, verheiratet, zwei Kinder, über die Stationen Darmstadt 98 und Eintracht Frankfurt nach Leverkusen. 76 Bundesliga-Tore stehen bislang auf seinem Konto, und am kommenden Samstag will er beim Tabellenführer Borussia Mönchengladbach sein 200. Bundesligaspiel bestreiten. Sein Vertrag läuft noch bis zum 30. Juni 1987. Ob Tscha darüber hinaus um ein Jahr verlängert, ist noch offen. Wenn nicht, will er mit seiner Familie in die südkoreanische Heimat zurückkehren und eine Fußball-Schule eröffnen.

Doch zuvor möchte Bum Kun Tscha noch eine andere große Reise machen. „Es wäre für mich eine große Ehre, wenn ich mit Südkorea bei der Weltmeisterschaft in Mexiko spielen könnte", sagt Tscha, „und ich möchte unbedingt dabeisein." Nun wartet der Torjäger, der es in dieser Bundesliga-Saison schon auf acht Treffer brachte, sehnlichst auf einen Anruf aus Seoul – um seinen 141 Länderspielen weitere hinzuzufügen.

VOLLEYBALL

Augsburg verlor erstes Spiel in eigener Halle

dpa/sid, Bonn

Die Volleyball-Bundesligaklubs VBC Paderborn und VdS Berlin haben gute Chancen, die Qualifikation des europäischen CEV-Pokals zu überstehen und die erste Hauptrunde zu erreichen. Paderborn gewann in eigener Halle mit 3:1 das Hinspiel gegen Oyak Reio Bursa aus der Türkei, Berlin gelang beim israelischen Vertreter Hapoel Kyryat Ata ein 3:2-Sieg.

Vor 1000 Zuschauern in Paderborn konnte das türkische Team das Spiel in den ersten beiden Sätzen ausgeglichen gestalten. Mit schnellen Kombinationen brchte Oyak Bursa den deutschen Vize-Meister einige Male in Verlegenheit. Erst als die Kondition der Türken in der 90minütigen Begegnung nachließ, kam das Team von Bundestrainer Zbigniew Jasiukiewicz noch zu einem deutlichen Erfolg. Bester Spieler der Westfalen war Andreas Koller, der bislang nicht zur Stammbesetzung zählte.

Eine noch bessere Ausgangsposition hat die Mannschaft des Meisterschafts-Vierten aus Berlin. Vor 3000 Zuschauern konnten die Berliner ihren Auswärts-Erfolg nach 143 Minuten allerdings erst sicherstellen, als Trainer Kaweh Niroomand neben Nationalspieler Sven Eggert noch Thomas Brall als zweiten Stell-Spieler einsetzte.

Die noch junge Saison der Volleyball-Bundesliga der Damen hat ihre erste Überraschung. Dem USC Münster gelang ein 3:2-Sieg beim Meister und Pokalsieger FC Augsburg – die erste Heimniederlage der Augsburgerinnen seit April 1984. Auf Augsburger Seite schmerzte allerdings nicht nur die Niederlage, sondern auch der erneute Ausfall der ehemaligen Nationalspielerin Regina Vossen. Sie verletzte sich wieder am gerade erst operierten linken Knie. „Wir sind weit von unserer Bestform entfernt, und dem USC Münster genügte eine durchschnittliche, wenn auch fast fehlerfreie Leistung, um zu gewinnen", kommentierte Augsburgs Trainer Peter Götz.

Allein, die SG/JDZ Feuerbach ist noch ohne jeden Satzverlust. Das Team gewann mit 3:0 gegen den TSV Vilsbiburg. Der dreimalige Meister SV Lohhof kam mit dem 3:0 über den TSV Rudow Berlin ebenfalls zum zweiten Saisonsieg.

HANDBALL / Kiel erreichte im Europacup ein 19:19 bei Dimitrov Sofia

Staatssekretär führte Hofweier zum ersten Sieg – mit Schobels Hilfe?

dpa/sid, Sofia/Bonn

Der THW Kiel kann im IHF-Pokal, der im Handball dem Fußball-UEFA-Cup entspricht, bereits mit dem Viertelfinale liebäugeln. Mit einem 19:19 (10:8)-Hinspiel bei Dimitrov Sofia stellten die Kieler schon die *Weichen für das Weiterkommen im* Rückkampf am nächsten Sonntag in der Ostseehalle. Trainer Johann Ingi *Gunnarsson, nach Dämpfern in der* Bundesliga mit gemischten Gefühlen nach Bulgarien gereist, war nach dem Remis zwar erleichtert, doch uneingeschränkt zufrieden konnte er erneut nicht sein: „Das Ergebnis ist optimal. Leider kann man das von unserer Leistung nicht gerade behaupten."

Zum Glück war Torwart Jörg-Uwe *Lütt vor nur 800 Zuschauern ganz* groß. Er parierte nicht nur zwei Siebenmeter, er rettete in der Schlußphase, als bei einem 16:19-Rückstand ein Fiasko drohte, noch zwei Mal hervorragend. Lütt gab damit seinem Team die nötige Rückendeckung zur Aufholjagd in den letzten vier Minuten. Mit dem Remis erreichte Kiel mehr als der TV Großwallstadt und TuSEM Essen, die in den letzten beiden Jahren jeweils in Sofia mit zwei Toren verloren hatten.

Auch Nationalspieler Uwe Schwenker gehörte zum Kreis der Unzufriedenen: „Kaum zu fassen, daß Sofia kein Tor aus dem schwachen Rückraum warf, aber wir uns trotzdem 19 Treffer eingefangen haben." Auch Marek Panas fand Worte der Kritik: „Handball ist nur etwas für harte Leute. Einige bei uns müssen noch lernen, sich auf internationalem Parkett durchzubeißen."

Damit spielte der polnische Spiel*macher auf die nach guter erster* Halbzeit schwache Vorstellung nach der Pause an. Da ließen sich die Kieler *durch die harte Gangart der* Bulgaren einschüchtern und verloren die Konzentration. Gunnarsson: „Das *war schon fast brutal von Sofia."* Zweimal hatte die in der neuen Saison zu anfällige Kieler Mannschaft *sogar zwei Spieler mehr auf dem* Spielfeld, ohne daraus Kapital schlagen zu können.

In der Handball-Bundesliga gibt es jetzt keinen Klub mehr ohne Niederlage. Und daran hat ein Politiker großen Anteil. Robert *Ruder (CDU)*, Staatssekretär im baden-württembergischen Innenministerium, führte *den TuS Hofweier als Aushilfs-Coach* zum 19:15-Sieg über den bis dahin allein verlustpunktfreien Vorjahrsdritten TuSEM Essen.

Der 51 Jahre alte Ruder, Obmann des Traditionsvereins, saß beim er*sten Saisonsieg am Ruder, er vertrat* Trainer Marinko Andric, der in Untersuchungshaft sitzt (Verdacht auf „Un*zucht mit Abhängigen"*). „Jetzt beginnt für uns die Normalität. Die Spieler haben gesehen, daß sie noch gewinnen können, und glauben wieder an sich", sagte Robert Ruder. Der Obmann wies das Gerücht, wonach der frühere Hofweier-Coach und heutige Bundestrainer Simon Schobel den TuS vorbereitet und taktisch eingestellt haben soll, entschieden zurück. „Das ist absolut nicht wahr."

Schobel selbst erklärte zu dieser Vermutung: „Ich habe in der letzten *Woche lediglich* bei einem Bier im TuS-Treff mit Arnulf Meffle ein Trainer-Gespräch geführt." Essens Trai*ner Petre Ivanescu will den Fall* überprüfen lassen, während Abteilungsleiter Klaus Schorn sagt: „Ich bin für *den Klub zuständig, nicht Herr Iva*nescu. Die Sache ist erledigt." Essen spielte ohne den erkrankten Kapitän *Thomas Happe, Nationalspieler* Jochen Fraatz erzielte bei neun Schußversuchen lediglich einen Treffer und „*auch Torwart Stefan* Hecker habe ich lange nicht so schwach gesehen" (Trainer Ivanescu).

Der TuS Hofweier (*3:13 Punkte*) verwies die Reinickendorfer Füchse ans Tabellenende. Die Berliner sind *nach der 19:21-Heimniederlage* gegen Grün-Weiß Dankersen allein noch sieglos. „Das Wasser stand uns schon vor dem Spiel bis zum Hals. Jetzt schielen wir nur noch mit einem Auge", sagt Trainer Peter Frank vor dem Spiel gegen Hofweier am Mittwoch.

Der VfL Günzburg kam im Duell der Aufsteiger nicht über ein 16:16 gegen *den* OSC Dortmund hinaus und beklagt aus den letzten fünf Spielen eine Negativserie von 1:9 Punkten. Der TBV Lemgo rettete durch einen verwandelten Siebenmeter von Jörg Harke eine Minute vor der Schlußsirene ein 20:20-Unentschieden gegen Weiche-Handewitt, das sich im Mittelfeld festgesetzt hat.

JUDO / Deutsche Meisterschaften

Frank Wieneke raufte sich zum ersten Titel

sid/dpa, Frankenthal

Der Olympiasieger kann wieder lachen. Der Wolfsburger Frank Wieneke, der nach dem Gewinn der Goldmedaille bei den Olympischen Spielen in Los Angeles keinen bedeutenden Erfolg mehr erkämpfen konnte, *sicherte sich bei den deutschen Ju*do-Meisterschaften in Frankenthal im Halbmittelgewicht seinen ersten na*tionalen Titel. Im Finale bezwang er* seinen ständigen Widersacher in der Klasse bis 78 Kilogramm, Christian Sebald *aus München, durch* Kampfrichterentscheid.

Vor einem Jahr hatte Frank Wieneke auf dem *Gipfel des Ruhms* gestanden. Im Olympia-Finale hatte er den als unbezwingbar geltenden Bri*ten Neil Adams mit einem Schulter*wurf besiegt. Adams, der jahrelang auf das Olympiagold hingearbeitet *hatte, konnte nach diesem Tag nie* mehr an seine frühere Form anknüpfen. Zu tief saß die Enttäuschung. Doch auch Frank Wieneke erlebte nach diesem Tag nur noch sportliche Mißerfolge.

Als der Olympiasieger nach all den Feiern und Galas wieder zu trainieren begann, hatten die Konkurrenten seinen Vorsprung aufgeholt. Der Bonus des Siegers kehrte sich in das Gegenteil um. Schwächen wurden konsequent ausgenutzt, Wieneke wurde zum Verlierer. Bei den Europa- und Weltmeisterschaften schied er jeweils in den Vorrunden aus, und selbst im eigenen Verband hatte er ein Jahr nach Los Angeles jeden Kredit eingebüßt. „Wieneke muß sich wieder qualifizieren", hieß es dort, „wenn er weiter unsere Förderung genießen will."

„Nach den Weltmeisterschaften von Seoul", meinte Frank Wieneke, „war ich vor vier Wochen am Tiefpunkt angekommen. Da fragt man sich nämlich, ob es nicht besser ist, aufzuhören."

Der Olympiasieger hat nicht aufgegeben. In Frankenthal war ein ganz neuer Wieneke zu sehen. Er ging aus sich heraus und raufte sich buchstäblich mit seinen Gegnern auf der Matte. Titelvertediger Walter Rieß aus Bayreuth, im Judo selbst kein Freund von Zurückhaltung, schaute verdutzt, als er den neuen Kampfstil seines Gegners am eigenen Leibe spürte. „Das war sicherlich kein brillantes Judo", gab Wieneke nach seinem Finalsieg zu, „aber ich habe endlich gewonnen." Sprach's und tröstete zu mitternächtlicher Stunde seine diesmal geschlagenen Kameraden aus der Nationalmannschaft, die ihm in den vergangenen Monaten oft Mut zugesprochen hatten.

So mußte sich der Weltmeisterschaftsdritte Günther Neureuther aus München im Halbschwergewicht nach fünf Erfolgen hintereinander ebenso mit Rang drei zufrieden geben wie Vize-Europameister Max Meiling aus Sindelfingen. Dagegen verteidigte Europameister Alexander von der Groeben seinen Titel in der offenen Kategorie trotz einer Armverletzung erfolgreich.

GOLF

Ballesteros denkt laut über einen Boykott nach

dpa, Quinta do Lago

Der Brite Warren Humphreys sicherte sich zum *Saisonabschluß der* europäischen Turnier-Serie der Golf-Profis seinen ersten Sieg in seiner 14jährigen *Tour-Karriere*. Auf dem 6488 Meter langen Par-72-Kurs von Quinta do Lago (Portugal) gewann er mit 279 (69+68+71+71) Schlägen die 15 000-Dollar-Siegprämie vor dem Südafrikaner Hugh Baiocchi (280) sowie den gleichplazierten Poxon, Brand (beide Großbritannien) und Crosby (USA/alle 281).

Der favorisierte Spanier Severiano Ballesteros fiel mit einer 73er-Runde noch auf Rang sechs zurück (282 Schläge). Dennoch behauptete er mit einer Tour-Gewinnsumme von 103 000 Pfund (rund 340 000 Mark) den dritten Ranglistenplatz hinter dem souveränen Sieger des „Order of Merit", dem bereits 1979 und 1982 *erfolgreichen Schotten Sandy Lyle* (162 552 Pfund), und dem wie Lyle an den letzten europäischen Turnieren *nicht mehr beteiligten Vorjahressie*ger Bernhard Langer aus Anhausen (115 716). Lyle erhält aus dem Bonustopf *für seinen Spitzenplatz* weitere 25 000 Pfund. Langer 15 000 und Ballesteros 12 000.

Hohe Wellen schlägt die für 1986 ausgesprochene Verbannung von Severiano Ballesteros aus der Turnier-Tour der USA. Der verärgerte Spanier sprach in seiner ersten Reaktion auf die Entscheidung der Zulassungskommission der Profi-Golfvereinigung (PGA) sogar von einem Boykott der US-Turniere durch die Europäer. Die Aussperrung des zweimaligen Masters- und British-Open-Gewinners begründete PGA-Tour-Kommissar Deane R. Beman damit, daß Ballesteros 1985 nur bei neun der vereinbarten 15 PGA-Turniere mitgewirkt habe. „Severiano Ballesteros wird uns 1987 wieder willkommen sein, wenn er sich an die normalen Richtlinien hält", meinte Beman.

„Ich werde mich gegen diese Entscheidung wehren", kündigte der hitzige Spanier an, „wenn die Amerikaner bei dieser Entscheidung bleiben, werden sie bald einsehen müssen, daß dies ein schrecklicher Fehler war." Ballesteros dachte dabei laut über einen Boykott der US-Tour durch die Europäer und über eine Aussperrung der Amerikaner in Europa nach.

Montreal: Die „aufgeweckten" Turnerinnen des Vladimir Prorok

Wecken 4.30 Uhr, 6.00 Uhr Antre*ten zum Frühstück, anschlie*ßend Abmarsch in die Halle – nicht etwa der Dienstplan einer Bundeswehrkompanie, *sondern die Vorbe*reitung der deutschen Kunstturnerinnen auf ihr abschließendes Podiumstraining. Ohne Widerworte ertrugen die sieben jungen Damen die ungewohnte tägliche Frühschicht. Grund dieser barbarischen Tortur: Die Auslosung sieht vor, daß die Mädchen morgen bereits um 8.00 Uhr ihr Pflichtprogramm bei den 23. Weltmeisterschaften in Montreal absolvieren müssen.

Auch Stefanie Tautz, die am Samstag 16 Jahre alt wurde, blieb das frühe Aufstehen nicht erspart. Zum Trost gab es für die Detmolderin von der Delegationsleitung einen wertvollen Montreal-Teller und als Glücksbringer ein aufblasbares Gummipferd von den Riegenkameradinnen.

Im Gegensatz zu seinen „aufgeweckten" Schützlingen fiel Cheftrainer Vladimir Prorok (55) das frühe Aufstehen mehr als schwer. „Einfach grausam", stöhnte der Tschechoslowake und verzog das Gesicht. Nach den Trainingsleistungen seiner Riege befragt, strahlte Prorok jedoch wie der wolkenlose blaue Himmel über der Olympiastadt von 1976: „Die Pflicht war super, und auch mit den Kürleistungen war ich zufrieden."

Während bei den Turnerinnen unter ungünstigen Bedingungen gute Trainingsleistungen erbracht wurden, lief es bei den männlichen Vertretern des Deutschen Turner-Bundes (DTB) genau umgekehrt. „Einigen fehlt noch Spritzigkeit und Explosivität", bemängelte Bundesfachwart Klaus Zschunke. Eine alte Lendenwirbelverletzung von Bernhard Simmelbauer aus Mühldorf konnte zwar vorerst behoben werden, doch sie kann, wie schon beim Vorbereitungslehrgang in Oppau, jederzeit wieder aufbrechen. Fest vergeben hat Trainer Philipp Fürst den sechsten und letzten Riegenplatz. „Holger Wochnowski hat den stabilsten Eindruck gemacht und wird turnen."

Weniger als ein zehnter Platz wäre für den Norderstedter und seine Kameraden eine Enttäuschung, denn das Umfeld ist fast optimal. Die Auslosung bescherte den deutschen Turnern einen Platz in der vorletzten Gruppe, die heute um 19.00 Uhr beginnt. Zudem *fallen* drei potentielle Gegner aus. Rumänien und die CSSR haben nur jeweils zwei Einzelturner entsandt, Nordkorea, bei der Universiade in Kobe unerwartet stark, hat aus finanziellen Gründen ganz auf einen Start verzichtet. (sid)

Er liebte das Leben und die Gerechtigkeit

Wir nehmen Abschied von

Rechtsanwalt

Erich Selbach

25. 7. 1905 29. 10. 1985

In tiefer Trauer

Ursula Selbach geb. von Beckerath
Helga Falkenhagen geb. Selbach
Karl Heinrich Selbach
Richard Selbach und Frau Ellen geb. Krüger
Erika Littmann geb. Selbach
Friedrich Karl Selbach und Frau Marianne geb. Wulf
Leonard von Beckerath und Frau Marlies geb. Gottschalk
Lieselotte Selbach geb. Schopper
und 7 Enkelkinder

4054 Nettetal 1, Niedieckstr. 38

Die Trauerfeier hat auf Wunsch des Verstorbenen im engsten Kreise stattgefunden.

Am 29. Oktober 1985 verstarb im einundachtzigsten Lebensjahr

Erich Selbach

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
Ehrensenator der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.
Ehrenpräsident der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein Krefeld – Mönchengladbach – Neuss
Ehrenbürger der Stadt Granby, Quebec/Kanada
Träger der Ehrenplakette der Stadt Krefeld
Ehrenvorsitzender der Girmes-Werke Aktiengesellschaft
sowie Träger zahlreicher anderer Ehrungen und Auszeichnungen.

Mehr als vier Jahrzehnte hat Erich Selbach als Mitglied des Vorstands, als Mitglied sowie als Vorsitzender des Aufsichtsrats und als Ehrenvorsitzender unserer Gesellschaft die Geschicke der Girmes-Gruppe geprägt.

Als großer Unternehmer hat er die Girmes-Werke Aktiengesellschaft zu einem Unternehmen geformt, das in der internationalen Textilindustrie einen bedeutenden Rang einnimmt.

Durch sein Wirken in zahlreichen Ehrenämtern hat Erich Selbach den Aufschwung der deutschen Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg wesentlich gefördert und mitgestaltet.

In tiefer Trauer und Verehrung nehmen wir Abschied von einer außerordentlichen Persönlichkeit, deren Engagement zum Wohle unseres Unternehmens und seiner Beschäftigten uns über seinen Tod hinaus Ansporn sein wird. Erich Selbach wird in der Geschichte unseres Unternehmens fortleben.

Aufsichtsrat, Vorstand und Belegschaft
der
Girmes-Werke Aktiengesellschaft

Meine liebe Frau und meine gute Großmutter

Margarete Schüller

geb. Lohrmann

* 5. Oktober 1899 † 1. November 1985

wurde heute nach einem erfüllten Leben friedlich in die Ewigkeit abberufen.

In tiefer Trauer:
Josef Schüller
Axel Schüller
Gertrud Hilgenstock

4000 Düsseldorf 31 (Kalkum), An der alten Mühle 3

Trauerfeier und Beisetzung finden am Dienstag, dem 5. November 1985, um 11.30 Uhr auf dem Waldfriedhof in Duisburg statt.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giesken, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 30 80 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Pankraz, das Mitleid und das kalte Herz

Wir haben zuviel Mitleid und zu wenig Barmherzigkeit. So könnte man den Ertrag eines Essays von Käte Hamburger zusammenfassen, der unter dem Titel *„Das Mitleid" im Stuttgarter Verlag* Klett-Cotta erschienen ist. Mitleid sei ein diffuser, aus vielerlei Quellen gespeister Affekt, der an sich zu nichts verpflichte, der oft genug in Überheblichkeit und Herablassung umschlage („Er hatte Mitleid mit der *Dummheit* der *anderen*") und leicht zum leeren, tatenlosen Zetern verführe. Barmherzigkeit dagegen sei jene tätige Nächstenliebe, von der in der Bergpredigt und im Gleichnis vom barmherzigen (und eben nicht „mitleidigen") Samariter geredet werde, ein Handeln nach Gottes Gebot, die Erfüllung selbstverständlicher menschlicher Sittlichkeit.

Frau Hamburger geht sogar soweit, einen regelrechten Abgrund zwischen Mitleid und Barmherzigkeit aufzureißen. Den Satz „Ich habe Mitleid mit dir, und deshalb helfe ich dir" hält sie für moralisch irrelevant. Barmherziges Tun könne auch der Mitleidlosigkeit „abgerungen" werden, etwa mit dem Satz: „Ich habe kein Mitleid mit dir, da du dein Mißgeschick selbst verschuldet hast, aber ich helfe dir trotzdem". Nur dieser zweite Satz *dürfe ethische Qualität beanspru*chen, sagt Frau Hamburger. Sie plädiert gewissermaßen für eine erbarmungslose Barmherzigkeit.

Pankraz ist damit nicht einverstanden. Natürlich sieht auch er, daß ein Moralist erst mit tätiger Barmherzigkeit sicheres verantwortungsethisches Gelände erreicht. Aber er hält es für leichtfertig, ja, für gefährlich, sich überhaupt nicht um den gefühlsmäßigen Mutterboden, aus dem die Barmherzigkeit letztlich doch kommt, zu kümmern, einzig und allein der Macht des Sittengesetzes zu vertrauen und am Ende nur der *contre cœur* praktizierten Nächstenliebe moralischen Rang zuzusprechen. Damit werden *die Menschen überfordert.* Sie wollen wenigstens beim Gutestun mit sich selbst in Übereinstimmung sein, und das empfindungsmäßige Korrelat zur tätigen Barmherzigkeit ist nun einmal das Mitleid, das spontane Bedauern für den vom Schicksal Geschlagenen, *in dessen* Unglück man sich nur allzu gut hineinversetzen kann.

Daran ändert auch nichts, daß das Mitleid ein sogenannter „unreiner Affekt" ist, in dem sich Egoismus und Altruismus fast ununterscheidbar miteinander vermischen. Gewiß, viele Menschen empfinden Mitleid, weil sie gleichzeitig Furcht oder Schrecken empfinden („So etwas kann jederzeit auch mir passieren"). *Und Joseph Addison hat das* Mitleid sogar einmal als – Vergnügen definiert: „Da Liebe die freudigste Leidenschaft ist, ist Mitleid nichts anderes als durch einen Grad von Kummer gedämpfte Liebe, eine Art von erfreulichem Schmerz". Doch gerade das *Ineinanderfließen* von Egoismus und Altruismus bringt eine sehr dauerhafte Legierung hervor, die berechnet und ausgenutzt werden kann. Unmittelbare Appelle an das *Mitleid* (z. B. durch brutale Ausstellung eines Gebrechens) erweisen sich noch jedes Mal als sicherste Methode zur Erzeugung von Barmherzigkeit.

Frau Hamburger hat völlig recht, wenn sie darauf hinweist, daß das Mitleid der Gerechtigkeit in die Quere kommt. Der Verbrecher oder sein Anwalt „drücken auf die Tränendrüse", um die Geschworenen mitleidig zu stimmen, und sehr oft geht ihre Rechnung auf. Aber Pankraz mag darin nichts prinzipiell Schlechtes sehen. Das Mitleid, aus so vielen divergierenden Antrieben zusammengesetzt, weicht die notwendigerweise eindimensionale, binäre Rechtsprechung auf; es macht dadurch bewußt, daß man das Leben nicht über einen einzigen Leisten schlagen darf, und das ist sehr willkommen. Der Sünder erfährt seine Strafe, aber aus der menschlichen Gemeinschaft scheidet er *nicht aus,* was er *nicht zuletzt* eben dem Vorhandensein von Mitleid verdankt.

„Wir sind doch alle Menschen". Zweifellos kann man diesen Satz in vielen Modulierungen sprechen, man kann ihn, augenzwinkernd und mit öliger Betonung, in ein Stück semantischer Lumperei verwandeln. Die meisten der möglichen Modulationen klingen freilich eindeutig positiv, und sie erhärten ihre Positivität noch, wenn man das Menschliche ins allgemein Kreatürliche ausdehnt, wie das Arthur Schopenhauer, der scharfsinnigste Nachdenker über das Mitleid, vor*exerziert hat.*

Für Schopenhauer war das Mitleid die menschliche Tugend schlechthin, und sie erstreckte sich auf jegliche leidende Kreatur, ja, gerade indem sie über das Nur-Menschliche hinaus Tier und Pflanze einschloß, begab sie sich weitgehend ihres angestammten Egoismus und offenbarte sich als höchste Erkenntnis der auf Leiden gegründeten Lebenswelt und als deren Überwindung. Tierschutz, Naturschutz, ökologisches Gewissen – alle die Forderungen und Erfordernisse der neuesten Zeit wären ohne das Schopenhauersche Mitleid gar nicht möglich. Insofern kommt Käte Hamburgers Philippika gegen *die Wertschätzung dieses Mitleids* zur *unrechten* Zeit.

Aber auch für die tätige Nächstenliebe unter den politischen Bedingungen der Gegenwart könnte sich eine Denunziation des Mitleids verhängnisvoll auswirken. Die Ver*härtung der Herzen gegenüber den* Schreckensbildern aus Hungerzonen wäre dabei noch das geringste; ein Appell an die *Pflicht* zur Barmherzigkeit könnte sie eventuell ausgleichen. Doch würde damit wieder einmal genau jene abstrakte „Fernstenliebe" gefördert, die die Nächstenliebe ohnehin zu untergraben droht.

Dauernd wird von den Menschen des Medienzeitalters gefordert, daß sie ihre Barmherzigkeit gegen Verhältnisse mobilisieren, die sie nicht selbst erfahren haben und die sie sich nur mittels rationalen Kalküls erschließen können. So etwas trocknet das Gemüt aus, und das Verhalten auch gegenüber dem *Nächsten und Allernächsten wird* dabei allmählich kalt und vernünftlerisch. Wie soll man diesem Zug in die Kälte gegensteuern, wenn einem der Appell an das Mitleid verdächtig gemacht wird?

Pankraz

Esslingen: Versuch mit Laubes „Karlsschülern"

Schillers Quarta-Abitur

I bin g'liebt und jetscht bin i a Dichter", sagt Friedrich Schiller in Heinrich Laubes Schauspiel „Die Karlsschüler" in der Esslinger Fassung von Hartmut Henne und Winni Victor, soeben aufgeführt von der Württembergischen Landesbühne am Neckar. Wie bitte? Die Esslinger haben also der Originalvorlage von 1846 nicht getraut und das seit Jahrzehnten nicht mehr gespielte Stück in den schwäbischen Dialekt umgeschrieben.

Das Stück war nie gut. Und die *Zumutung einer Wiederaufführung* dieses letzten dramatischen Heulers aus dem 19. Jahrhundert wird auch nicht dadurch gemildert, daß sie an dem hübschen, fast niedlichen, aber engagierten Esslinger Theaterchen stattfindet, dessen Aktivitäten unter *der neuen Indentanz* von Friedrich Schirmer darauf gerichtet sind, eine Reihe von Stücken wiederzubeleben oder gar uraufzuführen, mit denen man „über Land und Leute in Schwaben erzählen" möchte. Dazu gehören Konrad Wolfs Bauerkriegsdrama „Der Arme Konrad", *Hermann* Essigs „Der Schweinepriester" oder die Uraufführung von Manfred Meihofers Wilhelm-Hauff-Drama „Ein Schwabe träumt sich in die Welt".

Zu Beginn also „Die Karlsschüler" des schlesischen Vormärzdichters und späteren langjährigen Burgtheater-Direktors Heinrich Laube: Sie spielen zur Zeit der Entstehung der „Räuber" und erzählen jene Ereignisse, die 1782 zu Schillers Flucht aus Stuttgart und damit aus der Karlsschule Herzog Karl Eugens führten. Auf Erziehungsmethoden der Karlsschule – soldatische Disziplin und strengste Überwachung – reagierte Schiller nicht nur mit seinem Räuberstück, sondern auch als Anführer eines Schülerkomplottes. Als die heimlich gedruckten „Räuber" dem Herzog zugespielt wurden, ließ dieser zur Wahrung seiner landesherrlichen Autorität den zunächst demütigen, dann jungenhaft-kecken Jungdramatiker Schiller verfolgen. Nur die Flucht *durch das „dunkle Esslinger Tor"* rettete Schiller vor dem sicheren Tod. In dieser weitgehend erfundenen Handlung stecken natürlich alle politischen Probleme des Vormärz drin.

Wichtiger war Laube indessen die Darstellung des Nationalheros Schiller (im Sinne des Schillerkultus seiner Zeit), der aber in der verqueren Liebesgeschichte dieses Stückes wie eine Nebenfigur wirkt. Hier sind es eigentlich die Frauen, zumindestens in der Esslinger Inszenierung, die alle Fäden *in den hübschen Händen* halten und den dramatischen Knoten schürzen, die Handlung zu einem guten Ende bringen.

Schiller bleibt derjenige, mit dem etwas gemacht wird. Auch der neu engagierte blutjunge Esslinger Schauspieler Stefan Heckel konnte dieser im dramaturgischen Sinne mißlungenen Figur Laubes kein wirkliches Leben einhauchen, so ernst die Inszenierung der Figur auch gemeint war. Bei aller bemühten Kraftmeierei blieb dieser Schiller tot. Und seine Mitkarlsschüler desgleichen. CHRISTIAN ANDREE

Wiedereröffnung des Königlichen Theaters von Kopenhagen mit John Neumeiers Ballett „Amleth"

Der Dänenprinz in der Schlangengrube

In Anwesenheit der Königin und ihrer Familie wurde in Kopenhagen nach zweieinhalbjährigem Umbau „Det Kongelige Teater" wiedereröffnet. Dabei hat man den festlich-be*haglichen,* über *hundertjährigen* Bau nicht (wie in Deutschland inzwischen üblich) ins preziös Angeberische hinaufrestauriert. Man hat ihm im Innern, in der dem Publikum zugänglichen Hälfte, seine Wärme, seine würdige Einfachheit belassen und höchstens den Marmorbüsten im Foyer ein bißchen die Nase geputzt.

Doch die Fußböden ächzen nach wie vor ihr uraltes Lied, die kleinen Bars bieten nicht nur Erfrischung, sie selbst sind erfrischend in ihren geselligen Proportionen geblieben. Auf den Marmorkaminen des kleinen Wandelsaals türmen sich zur Feier des Tages Riesenbouquets aus Gladiolen und Kürbissen: ein Erntedank auch den Künsten. Das ist Kopenhagen.

Man hat den Orchestergraben erheblich *vergrößert,* und zum Dank spielt die Königliche Kapelle unter Peter Ernst Lassen mit einer kunstreichen Intensität wie selten zuvor. Man hat den Bühnenrahmen weit auf*gerissen, eine Vorderbühne* gebaut und die Hinterbühne durch mehrere anschließende Häuserblöcke geführt, die hinter den stehengebliebenen alten Fassaden von der Kunst nun geradezu ausgehöhlt wurden. Als immens praktikabler Baukörper erweist sich jetzt das traditionsreiche Haus, und seit je behütet es als seinen kostbarsten Besitz das Wundertheater des Tanzes, das Königlich Dänische Ballett, das seit dieser Spielzeit unter der *Direktion des jungen Tänzers Frank* Andersen steht. Er träumt davon, das einst weltberühmte alljährliche Ballettfestival, das unverständlichen Sparmaßnahmen zum Opfer fiel, die wie nichts anderes Dänemark reprovinzialisierten, Kopenhagen ins künstlerische Kleinstädtische zurückdrückten, neu zu begründen.

Zum königlichen Auftakt im neueröffneten Haus zeigten die Tanzdänen die berühmteste Prinzenballade des Landes, wie Saxo Grammaticus und der (berühmtere) William Shakespeare sie aufgezeichnet haben. Doch nicht etwa „Hamlet" hat John Neumeier sein abendfüllendes Ballett genannt, sondern „Amleth". Das weist ins Nordisch-Archaische, Vikingerhafte, *Alt-Dänische.* „Amleth" erweist sich – zumal *in* Klaus Hellensteins ins Finstere drängender Ausstattung wie in Neumeiers hervornebelnden Schlachtszenen – als verstohlener Ansatz zu einem Nationalballett, wie es indessen die frohen, hellen, lebenslustigen Dänen wahrscheinlich *gar nicht* besonders mögen.



Düsteres Nationalballett nach Saxo Grammaticus: Linda Hindberg als Gerut und Lars Bimsgaard in John Neumeiers „Amleth" FOTO: ERIK PETERSEN

Als *Musik* hat sich Neumeier Werke des Nestors der englischen Komponisten, des 80jährigen Michael Tippett, gewählt, die in ihrer Wucht und Sprödigkeit, ihrer Tanzferne auch dem Ballett wie Beton in die Glieder fahren. Man spielt an diesem einen *Ballettabend* mehr von Sir Michaels *Musik,* als man normalerweise in zehn Jahren zu hören bekommt: die zweite und die vierte Sinfonie, das Tripel-Konzert und drei Sätze aus dem Divertimento, alles hochindividuelle, schwerfüßige Musik, von Lassen und seinem Orchester kompetent und hörenswert ausgebreitet. Tippetts Beitrag zum „Amleth"-Ballett erzwingt sich durch Konsequenz und Hartnäckigkeit in Verfolg der sinfonischen Ideen von vornherein und durchgehend Respekt.

Neumeier macht sich die Musik nach Kräften choreographisch zu Diensten. Das aber zwingt ihn wiederum zu einer lapidaren Bewegungssprache, einer Stacheligkeit der Gesten, kratzbürstigen Entwicklungen, die ihre stete Bremswirkung auf den tänzerischen Ablauf üben. Selten kommt es zu ausgedehnteren choreo*graphischen Durchführungen von* ariosem Reiz. Meist gibt sich der Tanz rezitativisch erzählend. An Tippetts musikalischer Kandare knirscht das Ballett immer wieder in die archaisierenden Ausdruckswelten Martha Grahams hinein.

Neumeier beginnt seine Tanzerzählung mit der Geschichte der beiden Brüder, die zum Thron hinaufdrängen, derselben Frau zu, die später Amleths Mutter sein wird und sich verstrickt in den Brudermord am eigenen Mann. Doch Frau Gerut kommt am Ende mit dem Leben davon wie auch Amleth selbst. Er ist es, der Fortinbras eigenhändig den goldenen Königskranz ins Haar drückt. Dann geht er, um in Freiheit von allen Verbrechen die süße Ophelia zu betrauern.

Das mächtigste choreographische Bild steht am Anfang des dritten Aktes. Da setzt es ein atemberaubendes Geschlinge aus Königskörpern, realen wie irrealen, die sich auf dem Thron über- *und durcheinander* wälzen, der Geist des Ermordeten über die ineinander verkrallten Leiber der Usurpatoren geduckt: eine Schlangengrube aus Menschenfleisch.

Aber auch in den seltenen Zweierbeziehungen von einiger tänzerischer Ausführlichkeit zeigt sich Neumeier wieder als Meister. In der Szene zwischen Mutter und Sohn, mit der eleganten, distanziert kühlen Linda Hindberg als Königin, findet er zu *einer schlanken, expressiven* Dramatik aus Schritten und Gesten von geschliffener Konzentration. Und im Pas de deux des Abschiednehmens, in dem Amleth vor der Abreise nach Wittenberg Ophelia trifft, zeigt Neumeier, daß auch in diesem blutjungen Paar keine *anderen Menschen* als Romeo und Julia stecken, und sie tanzen ganz unheroisch danach.

Bonnie Lund Hansen, das süßeste Tanzmädel der Welt, und ihr Amleth Peter Bo Bendixen sind gerade erst der Ballettschule entwachsen, beide zusammen kaum gerade so alt wie ein einziger gestandener Tänzer. Diesem blühenden Amleth schlug denn auch voller Tanzglück am Schluß das Herz sichtlich hoch hinauf bis zum nackten Hals. KLAUS GEITEL

Die Ehe von Ton und Text befragt: Das diesjährige Internationale Musikfestival im mährischen Brünn

Schneller Weg der Folklore durch den Synthesizer

Für zwei Wochen versammeln sich alljährlich im Herbst in Brünn Musiker und Musikwissenschaftler zu einem „Internationalen Musikfestival". Die Hauptstadt Mährens stellt dabei immer einen musikalischen Aspekt *in* den Vordergrund und unterscheidet sich dadurch wohltuend von jenen bravourös inszenierten Großveranstaltungen, die oftmals in ihrem eigenen voluminösen Anspruch ersticken.

Die tschechischen und slowakischen *Traditionen* (und auch die Moderne) rückten in den vergangenen Jahren thematisch in den Vordergrund. „Bohuslav Martinu", „Leos Janáček und die europäische Musik" oder „Josef Suk" waren Themen, aber auch weniger national geprägte wie „*Musikalische Metamorphosen* des XX. Jahrhunderts", „Musik – Kunst – Revolution" oder „Musica – pax – progressus", also „Musik – Frieden – Fortschritt". Das diesjährige Festival stand unter dem Zeichen von „Hudba a slove", von „Musik und Wort" also.

Beides wurde geboten, in den über 40 Konzerten und ebensovielen musikwissenschaftlichen Vorträgen. Die zahlreichen Konzertsäle und Theater Brünns, Janáček-Theater, Janáček-Akademie, Mahen-Theater und andere, bildeten einen repräsentativen Rahmen. Das Opernrepertoire war *naturgemäß stark vertreten, von Hän*dels „Rodelinda" und „Il pastor fido" bis zu Mozart, von Cimarosa bis natürlich zu Janáčeks „Schlauem Füchslein". Es gab rührend-sentimentale Ausdeutungen von Smetanas „Verkaufter Braut", aber auch übersteigert-naturalistische Inszenierungen von Verdis „Nabucco". Zahlreiche Sinfoniekonzerte, Balletteinstudierungen, auch Bachs h-Moll-Messe mit dem Marburger Bachchor *ergänzten sich zu einem überaus fa*cettenreichen Programm.

Die *historische* Spannweite der Konzerte reichte von den Liedern der Troubadoure, von tschechischen gotischen Liedern, vom Ludus Danielis und den Carmina burana bis zu zeitgenössischer tschechischer Liedproduktion (die so zeitgenössisch nun auch wieder nicht ist). So zeigte etwa eine Komposition von Josef Bohac mit dem Titel „Lyrische Sonate" und den Satzbezeichnungen „Speranza – Amore – Gioia", eine Komposition für Sopran, Vibraphon und Kammerorchester, eine Agglomeration von dem, was etwa Schostakowitsch als Reservoir zurückgelassen hatte.

Alois Simandl Pinos versuchte in seinem Zyklus „Kraft und Stärke der Liebe" auch westliches Zeitgenössisches mit diatonischer Gesanglichkeit zu verbinden. Andere Wege – so *von Miloslav Ištván in dem Zyklus* „Liebe, Haß und Tod" für Mezzosopran, Zymbal, Klavier, Synthiziser und Schlagwerk – zeigten eine gelungene Montage und Amalgamierung von höchst unterschiedlichen Musiksphären und Instrumenten: die Synthese der Sprache des Synthisizers und der folkloristisch inspirierten Zymbalmusik, des raffiniert eingesetzten Schlagwerks und des Klaviers mit der Gesangsstimme.

Daß die scheinbar divergierenden Bereiche sich gegenseitig durchdrin*gen können, wurde hier bewiesen.* Insgesamt ist es erstaunlich – läßt man vieles an mäßig progressiver Handwerklichkeit beiseite – wie unproblematisch und ohne Skrupel hier verschiedene *Musiksphären* zusammengefügt werden. So bereitete es auch für den Veranstalter keinerlei Schwierigkeiten, neben Aufführungen der Moskauer und der Japanischen Philharmonie mährische oder slowakische Volkslieder zu setzen, *ohne dem Anspruch des Festivals* Abbruch zu tun (was wohl nur in der heute noch sehr lebendigen tschechischen und slowakischen Tradition der Folklore zu ergründen ist).

Das musikwissenschaftliche Kolloquium setzte sich zwei Schwerpunkte. Neben der Interpretation der tschechischen, slowakischen, polni*schen, slowenischen oder bulgari*schen Musik galt das Interesse einer Bestimmung des Begriffs „Jugendstil" in der Musik. Wie schwierig es ist, den Begriff aus dem Bereich der Bildenden Kunst in die Musik zu übertragen, demonstrierten die musikalischen Genres und Komponisten, auf die Elemente des Begriffs auszudehnen versucht wurde: Reger, Debussy, Strauss, der Symbolismus oder der Folklorismus ist nur ein Ausschnitt aus der *Palette* seiner Konkretisierungsversuche. Eher die Problematik des Begriffs in der Musik konnte somit demonstriert werden als die Zuverlässigkeit einer Begriffsbestimmung.

Kolloquium und Konzerte zeigten spezifisch osteuropäische nationale Traditionen, ohne den internationalen Aspekt zu vernachlässigen. Wie wenig Musik von Josef Suk, Bohuslav Martinu, ja selbst von Leos Janáček (um nur von dem tschechoslowakischen Anteil zu sprechen) vertraut *und gängig ist, wird dem westlichen* Besucher hier eindringlich bewußt. Um so freudiger offenbart sich jedoch die Chance der Kenntnisnahme und Aneignung. Das musikalische Erbe *von Leos Janáček jedenfalls* wird in Brünn angemessen verwaltet.

LOTHAR MATTNER

Modell auf 60 Quadratmetern: Friedhelm Grundmanns Marburger Wohnhaus

Kleiner Lückenbüßer am Schuhmarkt



Eingefügt ins Ensemble: Das Marburger Haus Schwebel von F. Grundmann *FOTO: WULF BRACKROCK*

So groß wie ein nobles Wohnzimmer, nämlich lediglich 63,5 Quadratmeter, war der Bauplatz; die Grundfläche maß sogar nur knapp *sechzig Quadratmeter.* Und der Zuschnitt des Geländes war zudem so verwinkelt, wie das bei einem Altstadtgrundstück nur sein kann: in jede Himmelsrichtung versprungen und schief im Niveau. Darauf also sollte der Hamburger Architekt Professor *Friedhelm Grundmann ein* Wohnhaus für eine vierköpfige Familie bauen.

Der Auftrag las sich wie die Suche nach der architektonischen Quadratur des Kreises. Die Familie brauchte ausreichend Platz zum Wohnen, Arbeiten und für die Kinder, und das Haus sollte sich in ein historisches *Ensemble einfügen,* mitten in der Marburger Oberstadt, am Schuhmarkt 3, einen Steinwurf entfernt von der Lahn.

Grundmann brachte für den „baulichen Winkelzug" jahrelange Erfahrungen aus der Sanierung von Althäusern und Kirchenbauten mit; er arbeitet auch für Kirchen in der „DDR". *Die Liebe zum baulichen Er*be hat er von seinem Vater, dem ersten Denkmalpfleger in Hamburg nach dem Kriege. Das „Haus Schwebel" am Schuhmarkt 3 zu Marburg *kann man nun nach seiner Fertigstel*lung als „Denkmal" für architektonischen Erfindungsreichtum ansehen.

Exakt 217 Quadratmeter Wohnfläche hat das Büro Grundmann/Rehder (die Baudurchführung übernahm der Marburger Kollege Himmelmann) zwischen die Fachwerk-, Putz- und Steinfassaden der Altstadt praktiziert. *Auf dem Gefälle des Geländes* zwischen dem Schuhmarkt und Innenhof fanden fünf Wohnebenen Platz, ein Wohnturm, dessen Herz das Treppenhaus ist, um das sich Wohn-, Schlaf-, Eß- und Arbeitsräume gruppieren. Soweit wie möglich wurden *Räume geöffnet, Durchblicke ge*schaffen, um die eher karge Grundfläche wenigstens optisch zu öffnen.

Gestalterisch hat Grundmann sich von dem „verschnittenen" Grundstück inspirieren lassen. So bescheiden sich das Haus nämlich gegen den Schuhmarkt, lediglich durch einen spitzigen Giebel markiert, einordnet, *so vielfältig gebrochen mit* Vor- und Rücksprüngen öffnet sich der Bau zum Hof: Balkons und Rückschwünge der Fassade, ein durchgehender Lichtschlitz für das bauchig vorra*gende Treppenhaus und erfindungs*reiche Fensterformen spiegeln den komplizierten Planungs- und Bauvorgang wieder und machen das Gebäude optisch so interessant wie ein Gebäude mit langer Geschichte.

Aus der Ferne gesehen, paßt sich der kleine „Lückenbüßer" nahtlos in die Marburger Altstadt ein, in der sich *noch ganze* Straßen- *und Gassenzüge* im historischen Gewand präsentieren. Denn dort hatten schon vor Jahrhunderten Baumeister die Geländeprobleme so gelöst, wie das Grundmann jetzt tat – durch höhere Geschoßzahlen oder winklig gebrochene Fassaden.

Zu loben ist, daß sich das Haus Schwebel bei allen äußeren Zwängen formal nicht unterordnet. Grundmann hat sich den Weg ins Stadtbild nicht durch den Griff in den Historismus erschlichen. Die Referenz an das bauliche Erbe erweist sich hier in der Qualität und Eigenständigkeit des Neuen. GISELA SCHÜTTE

JOURNAL

Architekt Helmut Jahn baut in Frankfurt

dg. **Frankfurt**

Die Mainmetropole, seit einiger Zeit ein Mekka der jüngsten „postmodernen" Architektur, meldet neue spektakuläre Bauprojekte. So *soll das Chicagoer Büro Mur*phy/Jahn des Deutschen Helmut Jahn, der von amerikanischen Architekturkritikern wegen seiner kühnen Bauten als „teutonisches Wunderkind" gefeiert wird, in Bahnhofsnähe ein Hotel für die Hy*att-Regency-Gruppe* errichten. Es wäre der erste Bau Jahns in Europa. Gleichzeitig wird bekannt, daß auch der Maler und Schöpfer skurriler Gras- und „Öko-Häuser", Friedensreich Hundertwasser, mit dem Baudezernat im Gespräch ist. Der Vertrag über einen Kindergarten ist bereits perfekt. Außerdem verhandelt er über den Bau eines Wohnhauses.

Harry Kupfer kritisiert „DDR"-Musiktheater

dpa, **Berlin**

Der Regisseur Harry Kupfer hat *die Musiktheatersituation* in der „DDR" scharf kritisiert. In einem Interview mit der Ost-Berliner Wochenzeitung „Sonntag" bemängelte er vor allem die Aufführungen an kleinen und mittleren Bühnen. Es sei nicht möglich, dem Anspruch von bestimmten Werken zu genügen, wenn Orchester und Chor nicht einigermaßen besetzt seien. Insbesondere lasse die Ausbildung des Nachwuchses sehr zu wün*schen übrig, betonte der Chefregis*seur der Komischen Oper. „Ich bin im Laufe der Zeit müde geworden, darüber zu sprechen, zu protestieren gegen den Verschleiß von Talenten und gegen die nicht sinnvolle Sängerausbildung." Von der Hochschulreform, an der er mitgewirkt habe, sei nur Geringfügiges durchgesetzt worden. Selbst die großen Häuser hätten Schwierigkeiten mit dem Nachwuchs.

Siebtes Theatertreffen der Jugend in Berlin

DW. **Berlin**

Vom 28. *Mai* bis 5. *Juni 1986* findet in Berlin zum siebten Mal das Theatertreffen der Jugend statt. Im Mittelpunkt werden dabei mindestens zehn beispielhafte Aufführungen von Schülertheatergruppen stehen, die eine Fachjury auswählt. *Die Teilnehmer können ihre Erfah*rungen untereinander austauschen und in Kolloquien und Theaterwerkstätten mit Fachleuten, Journalisten und Lehrern erweitern. Mitmachen können auch Ensembles von Auszubildenden und Ju*gendgruppen. Bewerbungsunterla*gen und Informationen gibt es bei der Berliner Festspiele GmbH, Budapester Straße 50, 1000 Berlin 30.

France Musique erinnert an Guido Cantelli

AFP, **Paris**

Dem 1956 tödlich verunglückten Dirigenten Guido Cantelli widmet der französische Sender France Mu*sique eine heute beginnende Sende*reihe (bis 8. November). Das Wirken des Musikers, dessen internationale Karriere nur zehn Jahre währte, wird in fünf Kapiteln vorgestellt – Reisen, NBC-Konzerte, Konzerte mit den Londoner und den New Yorker Philharmonikern und Repertoire. Der 1920 geborene Cantelli, eine Entdeckung Toscanini, trat unter anderem bei Musikfestspielen in Salzburg, Luzern und Ed*inburgh auf.*

Jeanne Moreaus Debüt am Broadway geplatzt

AFP, **New York**

An der Kritik der Presse ist das Broadway-Debüt der französischen Schauspielerin Jeanne Moreau gescheitert. Tennessee Williams' „The *night of the iguana*", in dem Jeanne Moreau die Hannah spielt, wird nicht in New York aufgeführt, nachdem es in der üblichen Provinz-„Probezeit" in Baltimore durchgefallen ist. Besonders hart war der Verriß der „Washington Post" ausgefallen, die der Französin „falsche Töne" im Spiel und ungenügende Beherrschung des Englischen vorwarf. „Die Nacht des Leguan" sollte am 21. November in New York auf die Bühne gehen.

Bucerius rät Raddatz, den Hut zu nehmen

dg. **Hamburg**

Der Verleger der „Zeit", Gerd Bucerius, hat dem Feuilletonchef des Blattes, Fritz Raddatz, indirekt nahegelegt, aus der Redaktion auszuscheiden. Raddatz hatte in einem Aufsatz für die „Zeit" ein erfundenes Goethezitat verwendet und war daraufhin von der „Zeit"-Herausgeberin Marion Gräfin Dönhoff in einer Meldung des Blattes öffentlich gerügt worden. Dazu erklärte nun Bucerius in der Sendung „Medienplatz Hamburg" des Deutschlandfunks anläßlich der Eröffnung einer neuen UKW-Station dieses Senders *am Sonnabend in der Hansestadt:* „Man muß nun mal sehen, was daraus wird. Wenn über mich so'n Artikel in der Zeitung stände, würde ich da nicht bleiben."

Die Steuertricks eines begabten Finanzbeamten

UWE BAHNSEN, Hamburg

Die Hamburger Kriminalpolizei hat am Wochenende einen 27jährigen Finanzbeamten verhaftet, der Steuergelder in Höhe von 6,9 Millionen Mark veruntreut haben soll. Nach seiner Festnahme am Freitagabend war der in einem Finanzamt des Vororts Blankenese tätige Steuerinspektor weitgehend geständig. Der weitaus größte Teil des beiseite gebrachten Geldes wurde sichergestellt.

In der Finanzverwaltung der Hansestadt hat dieser Fall Betroffenheit ausgelöst, galt der Beamte doch als besonders befähigt. Nach den bisherigen Ermittlungen hatte der Steuerinspektor am 3. September damit begonnen, fingierte Steuerakten für ein Ehepaar Kr. anzulegen. Dazu richtete er beim Finanzamt Speicherkonten ein. Mit je einem gefälschten Führerschein und Personalausweis, beides auf den Namen des Ehemannes Kr. lautend, eröffnete er bei einem Geldinstitut ein Bankkonto. Eine von mehreren Sicherheitsregelungen umging er, indem er das Einkommen des fiktiven Ehepaares Kr. auf einen Betrag unter 100 000 Mark festsetzte. Damit war er allein für Steuerrückzahlungen an dieses Ehepaar anweisungsberechtigt. Eine weitere Sicherung unterlief er, indem er dafür sorgte, daß die „Rückzahlungen" nicht über die elektronische Datenverarbeitung liefen. Zu diesem Zweck veranlagte er die Ehepartner getrennt und sorgte damit für einen Vorgang, der gegenwärtig in den Finanzämtern der Hansestadt noch manuell bearbeitet wird. Der Beamte überlistete noch weitere Sicherheitsvorschriften, zu denen sich die Finanzverwaltung freilich aus naheliegenden Gründen in Schweigen hüllte. So gelang es dem 27jährigen, für die Jahre 1981 bis '84 in mehreren Teilbeträgen von 700 000 bis 900 000 Mark „Steuerrückzahlungen" auf das Bankkonto der Eheleute Kr. zu überweisen. Als von diesem Konto am Freitag sechs Millionen Mark in bar abgehoben wurden, benachrichtigte die Bank die Polizei ...

Tausende verfolgten am Wochenende ein grandioses technisches Schauspiel: Die Bergung eines Frachters in der Unterelbe





Ein Schiff am Haken – Bergung der „Hornbelt"

DW. Hamburg

Trotz schlechter Witterung ist es den Bergungsunternehmen Bugsier und Harms am Sonnabend gelungen, den Hamburger Frachter „Hornbelt" (897 BRT) zu heben (oberes Bild). Die „Hornbelt" war am Dienstag nach einer Kollision vor Brunsbüttel gesunken. Drei gewaltige Schwimmkräne (rechts) zogen das Schiff vom Grund der Elbe und brachten es mit Schlepperhilfe aus dem Fahrwasser.

Die Vorbereitungen für die Bergung liefen bei ruhigem Wetter ab. Am Sonnabend kam dann starker Wind mit Böen bis zu Stärke acht auf. Das Hochwasser stieg gut 1,5 Meter über die Normalmarke.

Fünf armdicke Trossen mußten unter den Schiffsrumpf durchgezogen werden. An ihnen wurde die „Hornbelt" innerhalb von rund 20 Minuten so weit aus dem Wasser gezogen, daß die Aufbauten und das Deck sichtbar wurden. Schlepper brachten dann die Kräne zusammen mit der „Hornbelt" am Haken elbabwärts zur Neufelder Bucht.

Dort wurde inzwischen mit der Bergung der restlichen Container begonnen, die mittels Pontons zum Brunsbütteler Elbhafen gebracht werden. Sobald die Ladung von Bord ist, soll das Schiff soweit wiederhergestellt werden, daß es am Haken nach Cuxhaven ins Trockendock gebracht werden kann.

Zwei Container mit gefährlichen Gütern sind mittlerweile geborgen worden. Ihr Inhalt besteht aus Treibbandpulver und Jagdpatronen.

Die Bergung lockte eine große Schar Schaulustiger auf den Deich vor Brunsbüttel. Sie konnten die Aktionen mit bloßem Auge gut verfolgen und ließen sich auch durch Regen und Hagelschauer nicht von dem Schauspiel ablenken.

FOTOS: AP

Hagelsturm über Norddeutschland

dpa, Hamburg

Deutschland erlebte einen Hauch von Winter. Am ersten Novemberwochenende fiel der erste Schnee auch in den Mittelgebirgen. Hagelschauer und Glatteis in den Morgenstunden führte auf den Fernstraßen zu teils kritischen Situationen. Zu Serienunfällen und kilometerlangen Staus kam es am Sonnabendnachmittag auf der Autobahn zwischen Flensburg und Hannover als ein Hagelsturm über Nordeutschland hinwegfegte. Die Meteorologen rechnen jedoch damit, daß das winterliche Zwischenspiel nur kurz andauert, denn milde Biskaya-Luft soll schon in den nächsten Tagen für wärmere Temperaturen sorgen. Der lange Samstag sorgte in den Städten für Verkehrsprobleme. Angesichts der kühlen Temperaturen wurde vor allem Winterkleidung gekauft.

Fähre verfehlt

AP, Aschaffenburg

Drei Menschen kamen ums Leben, als ein Auto am Samstag morgen bei Karlstein in der Nähe von Aschaffenburg in den Main stürzte. Der Wagen war aus ungeklärter Ursache auf der nicht beleuchteten, aber mit Warnschildern ausgestatteten Zufahrt zur Mainfähre Karlstein in den Fluß gefahren. Nur eine 33jährige Frau konnte sich retten. Ihre fünfjährige Tochter wurde ebenso wie ihre 67jährige Mutter inzwischen tot aus dem Main geborgen. Der 67jährige Vater der Frau wurde noch nicht gefunden.

Aids als Kassenproblem

AP, Frankfurt

Aids ist nach Auffassung des Deutschen Kassenarztverbandes eine Krankheit, deren Behandlung auch weiterhin von den Krankenkassen bezahlt werden sollte. In seiner Jahreshauptversammlung in Frankfurt wehrte sich der Verband am Wochenende gegen den Versuch, Bekämpfung und Vorbeugung der Immunschwächekrankheit aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen zu streichen. „Meldungen, wonach Aids durch Kontakte mit Türgriffen und Straßenbahnhaltegriffen übertragen wird, sind übertrieben und falsch", betonte der Vorsitzende Helmut Walther.

Jäger erschossen

dpa, Düsseldorf

Aus dem Hinterhalt ist ein Düsseldorfer Jagdpächter, wie erst gestern bekannt wurde, am Donnerstag in seinem Revier erschossen worden. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft kommt die Ehefrau als Täterin infrage. Der Jagdpächter hatte Freunde zur Sauhatz geladen und war Donnerstag vormittag zum „Anfüttern" in das Revier gefahren. Dort traf ihn ein Schuß in die Brust. Selbstmord oder ein Unglück scheiden aus. Der Mann hatte keine Waffe mitgenommen.

Anschlag auf Diskothek

AP, Frankfurt

Ein mysteriöser Anschlag mit einer Nebelkerze ist in der Nacht zum Sonntag auf eine stark besuchte Diskothek in der Frankfurter Innenstadt verübt worden. 15 bis 20 der rund 600 Disko-Besucher erlitten Rauchvergiftungen, nachdem Unbekannte kurz nach 2.30 Uhr die Nebelkerze auf der Tanzfläche angezündet hatten. Das Lokal mußte geräumt werden, acht Besucher wurden mit Rettungswagen in Krankenhäuser gebracht.

Weniger Autopsien

dpa, Frankfurt

Die sinkende Zahl von Autopsien (Leichenöffnungen zur Feststellung der Todesursache) in Deutschland hat der ehemalige Direktor der Medizinischen Universitätsklinik Köln, Rudolf Gross, beklagt. Bei mehr als 80 Prozent der Toten in der Bundesrepublik steht auf den Leichenscheinen nur die vermutete Todesursache, bemängelte Gross auf dem 20. Hessischen Internistentag. Zugleich wies er daraufhin, daß die Anzahl der Autopsien von früher 60 bis 90 Prozent auf derzeit zehn bis 30 Prozent in den westlichen Ländern gesunken sei.

WETTER: Zwischenhoch

Lage: Die nach Deutschland eingeflossene Kaltluft gelangt kurzzeitig unter Hochdruckeinfluß, bevor in der Nacht zum Dienstag ein atlantischer Tiefausläufer auf den Westen übergreift.

Vorhersage für Montag: Im Süden verbreitet Frühnebel und weitgehend trocken. Höchsttemperaturen 5 bis 10 Grad. In der Nacht von Südwesten her Bewölkungszunahme und nachfolgend in der Westhälfte länger andauernder Regen. Tiefsttemperaturen im Westen und Norden 4 bis null Grad, im Südosten Frost bis minus 5 Grad. Schwacher Wind aus südlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Im Südosten anfangs noch föhnig, sonst regnerisch, windig und sehr mild.

Sonnenaufgang* am Dienstag: 7.22 Uhr, Untergang: 16.49 Uhr; **Mondaufgang:** 22.37 Uhr, Untergang: 14.24 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 4. Nov., 7 Uhr

- H Hochdruckzentrum
- T Tiefdruckzentrum
- wolkenlos
- heiter
- halb bedeckt
- wolkig
- bedeckt
- Windstille
- Nordwind 10 km/h
- Ostwind 20 km/h
- Südwind 30 km/h
- Westwind 40 km/h
- Nebel
- Nieseln
- Regen
- Schnee
- Schauer
- Gewitter
- Niederschlagsgebiet
- Temperaturen in °C
- Warmfront
- Okklusion
- Kaltfront am Boden
- Kaltfront in der Höhe
- Luftströmung warm
- Luftströmung kalt
- Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter	Ort	°C	Wetter
Berlin	6	bd	Mannheim	7	be
Bielefeld	8	be	München	5	bw
Braunlage	1	bw	Münster	7	be
Bremen	7	bw	Norderney	7	bw
Dortmund	6	bw	Nürnberg	5	bw
Dresden	7	bw	Oberstdorf	7	be
Düsseldorf	8	be	Passau	5	be
Erfurt	5	be	Saarbrücken	4	be
Essen	6	be	Stuttgart	5	bw
Feldberg/S.	-1	Ne	Trier	4	be
Flensburg	7	be	Zugspitze	-10	be
Frankfurt/M.	6	be			
Freiburg	6	bw			
Garmisch	6	bw			
Greifswald	7	bw			
Hamburg	6	bw			
Hannover	7	be			
Kahler Asten	-1	bw			
Kassel	6	bw			
Kiel	8	bw			
Koblenz	5	be			
Köln-Bonn	7	be			
Konstanz	9	be			
Leipzig	7	bw			
List/Sylt	6	bw			
Lübeck	4	bw			

Ausland:

Ort	°C	Wetter	Ort	°C	Wetter	Ort	°C	Wetter
			Faro	22	bw	Ostende	6	be
			Florenz	16	bw	Palermo	18	bw
			Genf	8	bw	Paris	9	be
			Helsinki	3	Rs	Peking	15	bw
			Hongkong	24	be	Prag	5	be
			Innsbruck	9	be	Rhodos	22	be
			Istanbul	17	bw	Rom	14	bw
			Kairo	25	be	Salzburg	7	be
			Klagenfurt	9	be	Singapur	24	be
			Konstanza	10	bw	Split	18	bw
			Kopenhagen	8	bw	Stockholm	2	Rs
			Korfu	20	bw	Straßburg	6	bd
			Las Palmas	24	be	Tel Aviv	25	be
			Leningrad	4	bw	Tokio	17	be
Algier	21	bw	Lissabon	20	bw	Tunis	19	R
Amsterdam	7	bw	Locarno	10	bw	Valencia	20	bw
Athen	21	bw	London	7	be	Varna	16	be
Barcelona	17	bw	Los Angeles	15	be	Venedig	14	be
Belgrad	14	bw	Luxemburg	3	be	Warschau	7	bw
Bordeaux	15	be	Madrid	14	bw	Wien	11	be
Bozen	12	bw	Mailand	12	bw	Zürich	10	be
Brüssel	7	be	Malaga	21	be			
Budapest	11	be	Mallorca	21	bw			
Bukarest	16	bw	Moskau	3	Sp			
Casablanca	23	be	Neapel	15	bd			
Dublin	8	be	New York	10	bw			
Dubrovnik	18	bw	Nizza	17	be			
Edinburgh	4	bw	Oslo	6	be			

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gw = Gewitter; be = heiter; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schnee; Sp = Sprühregen; wl = wolkenlos

„Grenzen dicht" für Masthormone

Der Präsident des deutschen Bauernverbandes fordert: Notfalls auch Bonner Alleingang

E. REVERMANN, Münster

„Deutsche Bauern brauchen dieses Zeug nicht. Wenn die übrigen EG-Staaten nicht mitziehen, werden wir im Alleingang jegliche Hormonbehandlungen zur Wachstumsförderung in der Tiermast unterbinden und den Import solcher Mittel untersagen." Mit diesen Worten reagierte der Präsident des deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr von Heereman, gestern in einem Gespräch mit der WELT auf den in der Vorwoche aufgedeckten neuen Kälbermast-Skandal in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Es sei eine äußerst bedauerliche Entwicklung, wenn Inhaber von sogenannten Agrarfabriken den Landwirten unerlaubte Praktiken aufzwängen, sorgte sich von Heereman nach der Beschlagnahme von insgesamt mehr als 11 000 Kälbern, die mit einem offensichtlich gesundheitsgefährdenden Wachstumshormon behandelt sein sollen. Ein europaweites Verbot zur Anwendung von künstlichen und natürlichen Hormonen sei bisher am Widerstand von Irland, Großbritannien und Frankreich gescheitert. Sollten entsprechende Verbotsanträge, die derzeit im europäischen Parlament behandelt würden, bis Jahresende nicht mit Erfolg abgeschlossen sein, „dann machen wir auch gegen den Willen der anderen die Grenzen für solche Mittel, die bisher ausnahmslos aus Holland und Frankreich kommen, dicht".

Der Bauernpräsident räumte ein, angesichts der unbefriedigenden Preissituationen könne ein Landwirt schon in Versuchung geraten, mit künstlichen Mitteln ein schnelleres Wachstum zu fördern und so bei Verkürzung der Mastzeit einige hundert Mark pro Tier einzusparen. „Wir aber müssen zuerst an den Verbraucher denken, der ein Anrecht auf Qualität und saubere Ware hat." In Wirklichkeit habe der deutsche Landwirt bei einem Hormonverbot keine finanziellen Nachteile, denn er bezieht nur zwei bis drei Prozent seiner Einnahmen aus der Kälbermast.

Heute werden Urinproben von den Ende vergangener Woche beschlagnahmten 11 000 Kälbern zur Untersuchung in ein Institut nach Weihenstephan bei München geflogen. In 57 Stallungen in den Landkreisen Emsland, Grafschaft Bentheim, Diepholz und Vechta in Niedersachsen sowie in den Kreisen Steinfurt und Borken in Nordrhein-Westfalen hatte die Polizei Tiere „sichergestellt"

Der Verdacht auf Hormonbehandlung hatte sich erhärtet, nachdem das Veterinäramt in Krefeld bei Schlachthofkontrollen im Rheinland auffällige Injektionsstiche in geschlachteten Kälbern entdeckt hatten. In 14 durchsuchten Betrieben wurden auch Ampullen sichergestellt, in denen man das Präparat „Trenbolon" vermutet. Dieses nachweislich verwendete Mittel kann die Mastzeit um einige Wochen verkürzen. Es wird in Paris hergestellt, ist in Frankreich erlaubt, im Bundesgebiet jedoch verboten. Nach Meinung von Tiermedizinern kann es für Menschen gesundheitsgefährdend sein.

Die 11 000 Tiere gehörten zwei Großmästern und einem Großlandwirt, die die Kälber in sogenannten Lohnverträgen bei verschiedenen Bauern gegen Futterkosten untergebracht hatten. Auch die Staatsanwaltschaft, die die Razzia auf richterlichen Beschluß durchführte, geht davon aus, daß die einzelnen Landwirte möglicherweise nichts von dem Doping gewußt haben.

Die jetzt beschlagnahmten Tiere – sie sind in der Regel in der 22. Lebenswoche schlachtreif – stehen so lange unter behördlicher Aufsicht, bis die Untersuchungsergebnisse vorliegen. Schon im Sommer und im Vorjahr waren im Emsland mehr als 2000 Tiere beschlagnahmt und etwa 1500 notgeschlachtet worden, weil sie mit einem illegal in Holland hergestellten Mittel behandelt waren.

Von Weizsäckers erstes Zeugnis war nicht zu finden

dpa, Kopenhagen

An sein Klassenzimmer als ABC-Schüler in der Kopenhagener St. Petri-Schule konnte sich der Bundespräsident nicht mehr erinnern, als es ihm gestern in der dänischen Hauptstadt noch einmal vorgeführt wurde. Doch Richard von Weizsäcker wartete bei seinem Privatbesuch anläßlich des 400jährigen Jubiläums der deutschsprachigen St. Petri-Gemeinde mit anderen Geschichten aus seiner Kindheit als Diplomatensohn in Dänemark auf: Er habe vor seiner Einschulung immer vor der Wohnung der Familie auf der Straße gespielt. Und da sei jeden Tag ein älterer Herr vorbeigeritten gekommen, mit dem er jedesmal Grüße auf dänisch gewechselt habe.

„Erst als wir schon aus Kopenhagen weggezogen waren, habe ich erfahren, daß dieser freundliche ältere Herr Dänemarks damaliger König Christian X. war", berichtete der Bundespräsident der versammelten Gemeinde nach einem Festgottesdienst, zu dem sich auch Königin Margrethe II. und ihr Gemahl Prinz Henrik eingefunden hatten.

Von Weizsäcker erwähnte auch, daß die täglichen Ausritte des damaligen Königs zwischen 1940 und 1945 eine politische Dimension bekamen. Sie galten in den Jahren der Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen als Symbol für Selbstbehauptungswillen und Widerstand.

Ein „ermutigendes Zeichen" für ein vereintes Europa, in dem alle Völker ihre Identität wahren könnten, nannte der Bundespräsident die 400jährige Geschichte einer deutschsprachigen Gemeinde in Kopenhagen. Die St. Petri-Gemeinde verdankt ihre Existenz einer Schenkung: 1585 überließ König Frederik II. den Deutschen das älteste Gotteshaus Kopenhagens.

Auch mit der inzwischen stark renovierungsbedürftigen St. Petri-Kirche verbindet den Bundespräsidenten Persönliches. Hier erlebte er seinen ersten Gottesdienst.

Ganz unstaatsmännisch neugierig wurde der Bundespräsident, als ihm bei der Schulbesichtigung Fotos und Akten seiner eigenen Klasse gezeigt wurden. „Da bin ich aber froh", kommentierte er die Mitteilung, daß man trotz aller Anstrengungen sein erstes Zeugnis nicht habe finden können.

LEUTE HEUTE

Nach den Windsors stellten sich auch die Grimaldis

Kaum eine königliche Familie beflügelt die Phantasie der Medien so sehr wie die monegassische, sorgten doch vor allem die Töchter immer wieder für Schlagzeilen. Jetzt tritt die Familie freiwillig ins Rampenlicht. Für die amerikanische Fernsehsendung „Good morning America", eine lockere Mischung aus Nachrichten, Reportagen und Gesprächen mit Studiogästen befragte **Joan Lunden** (rechts) von ABC-News Prinz **Rainier von Monaco** (62) und zwei seiner Kinder zum Familienleben. Mit dabei: die als Bademoden-Designerin erfolgreiche **Stephanie** (20) und Prinz **Albert** (27), der in einer New Yorker Anwaltskanzlei ein Volontariat absolviert. Nur **Caroline** (28) scheute die Öffentlichkeit.



ZU GUTER LETZT

Drei Monate nach der Ausgabe neuer Banknoten müssen die Behörden des ostafrikanischen Landes Tansania jetzt wohl die Geldscheine wieder einziehen. Grund: Auf den Landkarten der neuen 20-, 50- und 100-Schilling-Scheinen sind die beiden zu Tansania gehörenden „Gewürzinseln" Sansibar und Pemba vergessen worden. Diesen Schildbürgerstreich meldete dpa.